

ARBEITSHEFTE AUS DEM OTTO-STAMMER-ZENTRUM

Nr. 7

Mit einem blauen Auge davon gekommen

Eine Analyse der Bundestagswahl 2002

von

Richard Stöss
Gero Neugebauer

Berlin, November 2002

ISBN -3-929532-17-4

Impressum:

PD Dr. Richard Stöss, Dr. Gero Neugebauer

Freie Universität Berlin, Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften
Otto-Stammer-Zentrum (Arbeitsstelle für Empirische Politische Soziologie)

Ihnestr. 26, 14195 Berlin

Tel. Sekretariat: (030) 838-54959; Fax: (030) 838-54960

Internet: <http://www.polwiss.fu-berlin.de/osz/index.htm>

Tel. Stöss: (030) 838-52023. E-Mail: rstoess@zedat.fu-berlin.de

Tel. Neugebauer: (030) 838-52024, E-Mail: gerosofo@zedat.fu-berlin.de

Inhalt

1. Vorbemerkung	4
2. Die Ausgangsbedingungen.....	7
a) Talfahrt der SPD und Aufstieg der CDU.....	7
b) Krise der CDU und Erholung der PDS	11
c) Konsolidierung der CDU - Normalität im Parteienwettbewerb.....	11
d) Zur Entwicklung der kleineren Bundestagsparteien.....	13
FDP	13
Bündnisgrüne	16
PDS.....	20
3. Die Entwicklungen im Bundestagswahljahr 2002.....	22
a) Die Union im Mobilisierungshoch.....	22
b) Strategiewechsel der SPD	27
c) Die "Jahrhundert-Flut"	29
4. Das Wahlergebnis	34
a) Erst- und Zweitstimmen, Stimmensplitting.....	34
b) Regionale Aspekte.....	38
c) Sozialstrukturelle Aspekte	44
d) Wählerwanderungen.....	49
e) Leistungen und Kompetenzen	52
5. Die PDS auf dem Weg in die Liquidation?	60
a) Die Situation der PDS zu Beginn des Wahljahres 2002	60
b) Die Wahlziele der PDS	64
c) Die PDS ohne neues Grundsatzprogramm.....	68
d) Das Wahlprogramm der PDS.....	75
e) Der Wahlkampf der PDS.....	77
f) Das Wahlergebnis der PDS	83
g) Bilanz und Ausblick.....	89
6. Die Bündnisgrünen in Ostdeutschland.....	93
7. Zusammenfassung und Diskussion der Untersuchungsergebnisse	101
Chronologie ausgewählter Ereignisse zwischen den Bundestagswahlen 1998 und 2002	113

1. Vorbemerkung

Bei der Bundestagswahl ist die rot-grüne Koalition um Haaresbreite einer Niederlage entgangen. Die SPD überflügelte die Unionsparteien mit dem denkbar knappen Vorsprung von nur 6.027 Zweitstimmen, und Rot-Grün erzielte gerade einmal 1,2 Prozentpunkte mehr als Schwarz-Gelb. Mit Verweis auf die Flutkatastrophe, die Irak-Debatte und Möllemanns anti-jüdische bzw. antiisraelische Postwurfaktion lautete der Tenor der meisten Deutungen des Wahlausgangs daher "Glück gehabt" (SPD, Grüne), "Pech gehabt" (CDU/CSU) oder "selber Schuld" (FDP, PDS).

"Eigentlich hätte der Wahltag zur Stunde der Opposition werden müssen. Seit geraumer Zeit deuten alle Wirtschaftsdaten auf eine ausgeprägte Rezession hin. Wirtschaft und Aktienkurse befinden sich auf Talfahrt. Die Arbeitslosigkeit erreicht Höchststände. Daher prognostizierten noch wenige Wochen vor der Wahl etliche politische Beobachter und Meinungsforscher einen klaren Sieg der Unionsparteien, zumal diese in wirtschaftlichen Fragen traditionell einen Kompetenzvorsprung vor der SPD zugeschrieben bekommen."¹

Nun neigen die Bürger der Bundesrepublik nicht gerade dazu, ihre Regierungen häufig zu wechseln. Sie setzen vielmehr auf Kontinuität und Stabilität. Dass sie eine Bundesregierung bereits nach vier Jahren wieder aus dem Amt jagen, ist noch nie vorgekommen. (Die große Koalition 1966-69 war ein Ausnahmefall, weil es sich dabei explizit um ein Bündnis auf Zeit handelte.) So gesehen hätte das Wahlergebnis vom September 2002 guter deutscher Tradition entsprochen.

Allerdings bevorzugen die Bundesbürger normalerweise Mitte-Rechts-Regierungen. 32 Jahre lang (1949-1965, 1982-1998) ließen sie sich von "bürgerlichen" Parteien regieren, und auch während der großen Koalition stellte die CDU den Bundeskanzler. Einer Mitte-Links-Konstellation vertrauten sie sich gerade einmal 13 Jahre an (1969-82). 1998 entschieden sie sich dann erstmalig für eine Koalition links von der Mitte, was nun gar nicht deutscher Tradition entsprach. Und deren Mandat verlängerten sie 2002 auch noch - wenn auch nur mit

1 Dieter Oberndörfer/Gerd Mielke/Ulrich Eith: Analyse der Bundestagswahl vom 22. September 2002, in: Frankfurter Rundschau v. 27.9.2002.

hauchdünner Mehrheit - um weitere vier Jahre. Hatte die rot-grüne Koalition also mehr als nur Glück, ist ihr ein kleines Wahlwunder widerfahren? Oder sind die Machtchancen im Parteienwettbewerb mittlerweile symmetrisch angeordnet? Ist das Lager links der Mitte dauerhaft mehrheitsfähig geworden?

Daraus ergeben sich zunächst drei Leitfragen:

- ▶ Ist das Wahlergebnis Ausdruck eines Strukturwandels des Parteiensystems?
- ▶ Waren eher gouvernementale Beharrungseffekte maßgeblich?
- ▶ Oder regierte gar der Zufall?

Wenn ein Wahlergebnis davon abhängt, ob eine Partei Glück oder Pech im Wahlkampf hat, ob sie ihre Chancen nutzt oder vergibt, dann muss einer weiteren Problemstellung nachgegangen werden:

- ▶ Wie war es um die Strategiefähigkeit der Parteien bestellt? Inwieweit lassen sich Wahlkämpfe überhaupt nach einem vorab festgelegten Plan gestalten und zum Erfolg führen? Konkret: Gab es unbeherrschbare Ereignisse während des Wahlkampfs 2002, die die Wahlkampfstrategien der Parteien zunichte gemacht haben, oder haben die Parteien einfach nur vermeidbare Fehler gemacht?

Gegenstand unserer Analyse sind Ursachen und Hintergründe des Ausgangs der Bundestagswahl. Dabei folgen wir im Prinzip den genannten vier Leitfragen. Die oft als maßgeblich genannten Ereignisse im August und September 2002 erklären unseres Erachtens das Ergebnis nur teilweise. Es erschließt sich in vollem Umfang erst, wenn auch die neueren politischen Entwicklungen und der Wahlkampf in die Untersuchung mit einbezogen werden.

Daher beschäftigen wir uns zunächst ausführlich mit den Ausgangsbedingungen (Abschnitt 2) und mit den Vorgängen im Wahljahr (Abschnitt 3)². Dann wenden wir uns dem Ergebnis der Wahl zu (Abschnitt 4). Dass die Regierungskoalition ihre zweite Chance erhielt, lag unter anderem auch daran, dass die PDS an der Sperrklausel scheiterte und damit nur noch vier Par-

2 Siehe dazu auch die Chronologie ausgewählter Ereignisse 1998-2002, unten S. 113 ff.

teien im Bundestag vertreten sind. Wir werden daher ausführlich auf die Niederlage der Postkommunisten eingehen und ein wenig über ihre Perspektiven im Parteienwettbewerb spekulieren (Abschnitt 5). Nachdem auch die FDP bei der Bundestagswahl in allen fünf neuen Ländern die Fünf-Prozent-Hürde gemeistert hat, bilden die Grünen die einzige Bundestagspartei, die in Ostdeutschland schwächelt. Wir befassen uns daher abschließend mit den Ost-Grünen, insbesondere mit dem Problem, ob und wie sie sich zusätzliche Wählerschichten erschließen könnten (Abschnitt 6). Im siebenten und letzten Abschnitt resümieren wir die Untersuchungsergebnisse und bemühen uns um eine Antwort auf die Leitfragen unserer Analyse.

Diese beruht nicht auf einer speziellen Datenbasis. Wir verwenden vielmehr die publizierten Untersuchungsergebnisse von Infratest dimap und der Forschungsgruppe Wahlen in Mannheim, nutzen sie allerdings im Sinne unserer Leitfragen. Weiterhin stützen wir uns auf eigene Untersuchungen über die Entwicklung des Parteiensystems sowie über einzelne Parteien und profitieren von den Ergebnissen eines Projektkurses über die Bundestagswahl 2002 am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin (Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften), den wir im Sommersemester 2002 und im Wintersemester 2002/03 durchführen.

Kurz gefasst gelangen wir zu dem Ergebnis, dass das Erscheinungsbild der drei Oppositionsparteien während der Legislaturperiode noch schlechter ausfiel als das von Rot-Grün, und dass Rot-Grün im Wahlkampf weniger Fehler gemacht hat als die Opposition. Insbesondere die PDS stand sich bei der Überwindung der Fünf-Prozent-Hürde selbst im Weg.

Berlin, im November 2002

Richard Stöss
Gero Neugebauer

2. Die Ausgangsbedingungen

a) Talfahrt der SPD und Aufstieg der CDU

Erstmalig in der Geschichte der Bundesrepublik gelangte mit der Bundestagswahl 1998 eine Koalition links von der Mitte an die Macht, und dies, obwohl neben den beiden Koalitionsparteien noch eine dritte linke Partei, die PDS, Bundestagsmandate erhalten hatte. Diese Ausnahmesituation beruhte im wesentlichen darauf, dass die CDU politisch verbraucht war und Helmut Kohl sich geweigert hatte, durch einen rechtzeitigen Rücktritt die personelle und programmatische Erneuerung der Partei einzuleiten. Die Union stürzte gegenüber der Vorwahl um mehr als sechs Prozentpunkte ab, und die SPD ging mit dem in ihrer Nachkriegsgeschichte einmaligen Vorsprung von 5,7 Prozentpunkten gegenüber der CDU/CSU durchs Ziel. Der Wahlsieg von Rot-Grün fand also unter optimalen Rahmenbedingungen statt, die sich so kaum wiederholen würden. Denn bislang waren die Machtchancen im bundesdeutschen Parteienwettbewerb asymmetrisch zu Gunsten der Unionsparteien und zum Nachteil der SPD verteilt (siehe Grafik 7, S. 37). Die siegreiche Koalition war mithin darauf angewiesen, ihre Position durch eine erfolgreiche Politik zu stabilisieren.

Die rot-grüne Bundesregierung hatte zunächst auch einen recht guten Start. Sie löste Wahlversprechen ein, indem sie manche unsoziale Maßnahmen der Kohl-Regierung revidierte und rasch einige Reformen ins Werk setzte. Die Diskussionen über die Reform geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse, über das neue Staatsbürgerschaftsrecht und über den Atomausstieg verliefen allerdings sehr chaotisch. Bereits im Februar 1999 begann die Talfahrt der SPD, die bis November 1999 anhielt. In diesem Zeitraum sank die Partei in der Wählergunst von 44 Prozent auf 33 Prozent ab³. Nach einer Unterschriftenaktion der CDU gegen die doppelte Staatsbürgerschaft kam es Anfang Februar 1999 zum Machtwechsel in Hessen (CDU-

3 Alle Umfragedaten über Wahlabsichten in diesem Abschnitt stammen von der Forschungsgruppe Wahlen in Mannheim (ZDF-Politbarometer). Mitgeteilt werden die Ergebnisse der "Projektion". Sie sind mit den tatsächlichen Wahlergebnissen von 1998 bzw. 2002 besser vergleichbar als die "politische Stimmung", die allerdings die Veränderung des momentanen Meinungsklimas getreuer widerspiegelt. Zur Übersicht: Grafiken 1 und 2.

FDP-Koalition unter Roland Koch). Mehr noch: Kaum im Amt war Rot-Grün mit der Entscheidung befasst, ob sich die Bundeswehr am Nato-Einsatz im Kosovo beteiligen soll, an einem Krieg also, der nicht der Verteidigung der Bundesrepublik oder eines Nato-Staats diene. Die Zustimmung des Bundestages Ende Februar 1999 führte dazu, dass die Umfragewerte für die Bündnisgrünen von sieben auf fünf Prozent absackten. Im März trat dann Oskar Lafontaine als Bundesfinanzminister und SPD-Chef zurück, und die Nato begann mit der Bombardierung Jugoslawiens. Bei der Europawahl im Juni 1999 verfehlte die Union nur um Haaresbreite die absolute Mehrheit, während die SPD es auf ganze 30 Prozent brachte. Bei den gleichzeitig stattfindenden Kommunalwahlen in sechs Bundesländern gelang es der CDU, mehrere Hochburgen der SPD zu erobern. Im Juli und August fand dann das berühmte "Sommertheater" der Sozialdemokratie statt, wo sich angebliche Modernisierer mit vermeintlichen Traditionalisten um die Ziele sozialdemokratischer Wirtschafts- und Sozialpolitik stritten. Im September musste die Sozialdemokratie wieder schmerzhaftes Wahlniederlagen hinnehmen: Im Saarland erreichte die CDU die absolute Mehrheit und beendete die Alleinherrschaft der SPD; die Grünen verfehlten den Wiedereinzug in den Landtag. In Brandenburg büßte die SPD rund 15 Prozentpunkte ein, sie benötigte nun einen Bündnispartner und entschied sich nicht für die PDS sondern für die CDU, worauf Regine Hildebrandt aus der Landesregierung ausschied. In Thüringen verlor die SPD zehn Prozentpunkte und fiel hinter die PDS zurück, die CDU konnte nun allein regieren und war nicht mehr auf die SPD als Bündnispartner angewiesen. In Sachsen schließlich wurde die absolute Mehrheit der CDU bestätigt, die SPD sackte auf ganze 11 Prozent ab und rangierte folglich auch hier an dritte Stelle hinter der PDS, die bislang alle Wahlen in Ostdeutschland erfolgreich absolviert hatte und damit ihr ausgezeichnetes Ergebnis der Bundestagswahl 1998 bestätigte.

Die Ursachen für die Akzeptanzkrise der SPD lassen sich zu drei Bündeln zusammenfassen⁴:

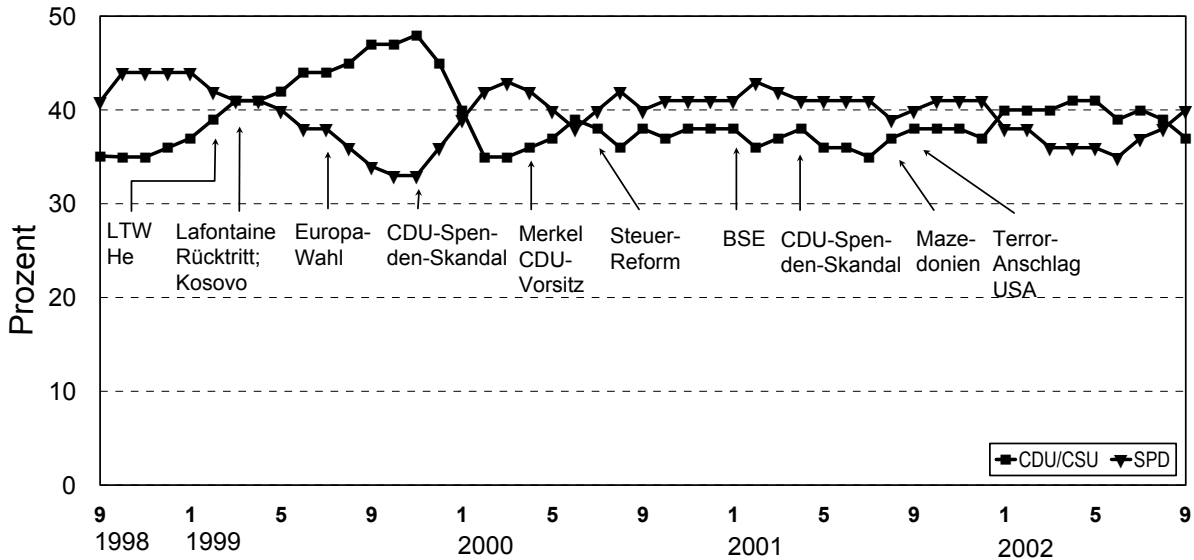
- Beziehungskrisen in der Führungsgruppe um Schröder, Lafontaine und Scharping,
- Koordinierungs-, Professionalitäts- und Vermittlungsdefizite der Bundesregierung,
- handwerkliche Fehler in der Regierungsarbeit.

4 Vgl. Richard Stöss/Oskar Niedermayer: Zwischen Anpassung und Profilierung. Die SPD an der Schwelle zum neuen Jahrhundert, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 5 v. 28.1.2000, S. 3-11.

Grafik 1:

Wahlabsicht (Projektion) CDU/CSU und SPD zwischen den Bundestagswahlen 1998 und 2002

Forschungsgruppe Wahlen (Monatsergebnisse)



9/1998 = Ergebnis der BTW 1998 (Zweitstimmen); 9/2002 = letztes Umfrageergebnis vor der BTW 2002

Sieht man einmal von den Anfangsfehlern ab, die jede neue Regierung macht, dann mangelte es der SPD wohl vor allem an politisch-programmatischer Klarheit und an einem darauf gegründeten Regierungsprogramm, mit dem sie den - von ihr selbst erzeugten - hohen Erwartungsdruck ihrer Anhänger und der Bevölkerung insgesamt hinsichtlich der Realisierung von "Innovation und Gerechtigkeit" gerecht werden konnte. In unserer Analyse der Bundestagswahl 1998 waren wir unter anderem zu folgendem Befund gelangt⁵:

"Die SPD verdankt ihren Wahlsieg jedoch nicht nur dem politischen Versagen der CDU/CSU (auch bei der Gestaltung des Bundestagswahlkampfes) und der breiten Stimmung im Lande für einen Wechsel. Sie war auch - anders als 1994 - organisatorisch, programmatisch und wahlstrategisch bestens konditioniert.

Die Partei stand geschlossen und motiviert hinter ihrem Vorsitzenden Oskar Lafontaine und dem Spitzenkandidaten Gerhard Schröder und hatte sich rechtzeitig eine moderne und effektive Wahlkampforganisation unter der Leitung von Franz Müntefering geschaffen. Mit der zentralen Losung "Innovation und Gerechtigkeit" sprach sie sowohl ihre Stamm-

5 Richard Stöss/Gero Neugebauer: Die SPD und die Bundestagswahl 1998. Ursachen und Risiken eines historischen Wahlsiegs unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Ostdeutschland, Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 2, Berlin 1998, S. 68 f.

klientel und die Arbeitnehmerschaft in Ostdeutschland als auch potentielle Wechsler aus der Mitte an, und mit Gerhard Schröder verfügte sie über einen Spitzenkandidaten, der bei den SPD-Anhängern und bei mit ihrer Partei unzufriedenen ehemaligen Unionsanhängern sehr populär war und hohe Kompetenzzuweisungen erhielt.

Wenn wir von einem historischen Wahlsieg sprechen, dann meinen wir damit auch, dass dieser Sieg - so, wie er zustande gekommen ist - Ausnahmecharakter hat. Damit soll nicht gesagt werden, dass Rot-Grün zum Scheitern verurteilt ist, sondern, dass damit Risiken verbunden sind, die im freudigen Eifer des siegreichen Gefechts nicht übersehen und schon gar nicht heruntergespielt werden sollten. Sie müssen vielmehr bei den politischen Planungen für die Zukunft in Rechnung gestellt werden.

Regieren wird für Rot-Grün nicht einfach sein. Damit sind nicht nur die unter hohem Erwartungsdruck zu erbringenden Steuerungsleistungen (vor allem bei der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums) gemeint, sondern auch die damit zusammenhängenden Legitimationserfordernisse gegenüber der Bevölkerung.

Der Erwartungsdruck auf die neue Bundesregierung ist hoch. Die treue Anhängerschaft der SPD wird ihre Partei ebenso kritisch beobachten wie die 3 Millionen neuen Wähler, die zumeist keine Fans von Rot-Grün sein dürften, sondern sich für einen Machtwechsel ausgesprochen haben, weil sie sich davon eine Verbesserung ihrer Lage versprechen. Und daran wird die Koalition gemessen werden. Der Wahlsieg der SPD beruht weithin auf einem Vertrauensvorschluss von Personen, die von der Richtigkeit ihrer Wahlentscheidung erst noch überzeugt werden müssen, bevor sie sich ein zweites Mal für Rot-Grün entscheiden. Dies wird nur dann der Fall sein, wenn die Sozialdemokratie auf dem Weg zu ihrem Doppelziel ein gutes Stück vorankommt: die Wirtschaft zu modernisieren und sie durch die Förderung von Innovationen fit für den Weltmarkt zu machen und dabei das zweite Ziel, die soziale Gerechtigkeit, nicht zu vernachlässigen."

Dass die Bundesregierung dem hohen Erwartungsdruck gerade auch in den neuen Bundesländern nicht gerecht wurde und daher die Unzufriedenheit mit ihrer Politik zunahm, lag nicht nur daran, dass sie angesichts der hohen Einheitsschulden einen harten finanzpolitischen Konsolidierungskurs fahren musste, es mangelte auch an einer identifikationsfähigen politischen Alternative zur konservativ-liberalen Politik. Es wurde nicht nur nicht so recht klar, worin das rot-grüne Reformprojekt besteht, es verstärkte sich sogar der Eindruck, dass ein derartiges Projekt gar nicht angestrebt war.

Die CDU ist über die Wahlniederlage von 1998 erstaunlich gut hinweg gekommen. Im November 1998 vollzog sie einen glatten Führungswechsel von Kohl/Hintze zu Schäuble/Merkel. Die Unterschriftenaktion im Januar 1999 schlug sich Anfang Februar bei der Landtagswahl im "roten" Hessen in einem Machtwechsel nieder. Die CDU war wieder da und verfügte überdies mit Roland Koch über einen weiteren starken Landesfürsten. Talfahrt der SPD und Aufstieg der Union verliefen fast spiegelbildlich (Grafik 1). Im November 1999 war das Wählerpoten-

zial der CDU/CSU (von 35% im Oktober 1998) auf 48 Prozent angewachsen, während sich die SPD mit 33 Prozent zufrieden geben musste.

b) Krise der CDU und Erholung der SPD

Auf dem Zenit ihrer Popularität angelangt, wurde die CDU/CSU kalt durch eine schwerwiegende Parteispendenaffäre getroffen. Selbst Helmut Kohl hatte über eigene "schwarze Kassen" verfügt und weigerte sich nun beharrlich, seiner gesetzlichen Pflicht nachzukommen und die Namen der Spender zu nennen. Die Umfragewerte der Union stürzten nun von 48 Prozent (November 1999) bis auf 35 Prozent (Februar/März 2000) ab, während sich die der SPD parallel dazu deutlich verbesserten. Die Erholung der Sozialdemokratie basierte jedoch nicht allein auf der Krise ihrer Hauptkonkurrentin. Auf dem Berliner Parteitag Anfang Dezember 1999 dokumentierte die SPD angesichts ihrer bisherigen katastrophalen Performanz große Geschlossenheit und feste Loyalität gegenüber dem Kanzler, der gerade öffentlich als Retter der Holzmann AG gefeiert wurde. Die Landtagswahl in Schleswig-Holstein Ende Februar 2000 ging dann auch glimpflich für die SPD aus, und Rot-Grün konnte im Norden weiter regieren.

c) Konsolidierung der CDU - Normalität im Parteienwettbewerb

Mit der Übernahme des CDU-Vorsitzes durch Angela Merkel im April 2000 gewann die Union wieder an Boden und pendelte sich nun dauerhaft etwas über dem Niveau ihres Bundestagswahlergebnisses, aber stets unterhalb der SPD-Werte ein. Es gelang Merkel in relativ kurzer Zeit, die Partei aus der wohl größten Krise ihrer Geschichte herauszuführen, ihr wieder Selbstbewusstsein zu vermitteln und sie auf politische Sacharbeit zu konzentrieren. Dadurch erarbeitete sich die CDU-Vorsitzende eine starke Position, die (mit wenigen Ausnahmen) auch innerparteilich respektiert wurde. Die von Leisler Kiep im April 2001 ausgelöste zweite Spendenaffäre (er hatte auf seinen Konten eine Million Mark gefunden, die seiner Meinung nach der CDU gehören könnten) änderte daran wenig, wenn sich auch dadurch die Umfragedaten der Union vorübergehend etwas verschlechterten.

Die SPD-Werte lagen bis Ende 2001 zumeist über 40 Prozent und spiegelten damit ihr Bundestagsergebnis wider. Es gelang Schröder im Juli 2000 durch geschicktes Taktieren ("Stimmenkauf"), die Steuerreform durch den Bundesrat zu bringen. Auch die BSE-Krise um die Jahreswende 2000/2001 managte der Kanzler zufrieden stellend. Mit der Ernennung von Renate Künast zur Verbraucherministerin stieß er in der Öffentlichkeit auf viel Zustimmung, womit die negativen Folgen der Rücktritte der Bundesminister Klimmt, Funke und Andrea Fischer wohl etwas kompensiert werden konnten. Die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen (Mai 2000) und Rheinland-Pfalz (März 2001) bestätigten die bestehenden Koalitionen (Rot-Grün bzw. Rot-Gelb), und auch in Baden-Württemberg (März 2001) änderten sich die Machtverhältnisse nicht.

Die mehr oder weniger "normalen" Verhältnisse im Parteienwettbewerb wurden im Herbst 2001 etwas turbulenter: Bei der Abstimmung über den Mazedonien-Einsatz der Bundeswehr (August 2001) verfügte der Kanzler im Bundestag über keine Mehrheit in den Koalitionsfraktionen und war auf Stimmen der Opposition angewiesen. Die SPD rutschte unter die 40 Prozent-Marke, der Abstand zur CDU/CSU betrug nur noch zwei Prozentpunkte. Mit dem Terroranschlag auf die USA im September und Schröders betont solidarischem Verhalten gegenüber den Amerikanern nahm die Zustimmung zur SPD wieder zu. Bei der wenig später stattfindenden Landtagswahl in Hamburg, die ganz im Zeichen der inneren Sicherheit geführt wurde, brachen SPD und Grüne allerdings regelrecht ein, und es kam zu einem Machtwechsel. Die CDU regiert dort seither im Bunde mit der FDP und der "Schill-Partei", die sensationelle 20 Prozent der Stimmen auf sich vereinen konnte.

Während Rot-Grün anlässlich des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan einer schweren Belastungsprobe ausgesetzt war (Schröder stellte Mitte November 2001 die Vertrauensfrage im Bundestag, um seine Kritiker zu disziplinieren) und in Berlin zum Entsetzen der Konservativen und Liberalen ein Senat aus SPD und PDS gebildet wurde, stritt sich die Union über die "K-Frage". Durch den Verzicht von Merkel konnte Edmund Stoiber endlich am 11.1.2002 zum gemeinsamen Kanzlerkandidaten der Schwesterparteien nominiert werden. Im Januar des Bun-

destagswahljahres überholte die CDU/CSU die SPD in den Umfragen und verstand es fortan, diesen Vorsprung weiter auszubauen. Dazu mehr im dritten Abschnitt.

d) Zur Entwicklung der kleineren Bundestagsparteien

FDP

Nach dem für sie enttäuschenden Ergebnis der Bundestagswahl 1998 fand sich die FDP als eine von drei Oppositionsparteien im Bundestag wieder. Schon bei der Bundestagswahl 1994 hatten die Bündnisgrünen den dritten Platz im Parteienwettbewerb eingenommen. Zum Zeitpunkt der Bundestagswahl 1998 war die FDP gerade noch in vier von 16 Landtagen und in zwei Landesregierungen vertreten (Tabelle 1) und wurde spöttisch als "Dame ohne Unterleib" bezeichnet. Die betonte Hinwendung zum Neoliberalismus (Wirtschafts- und Steuersenkungspartei) unter Westerwelle (Generalsekretär seit 1994) und Gerhardt (Bundesvorsitzender seit 1995) hatte sich bei Wahlen nicht auszahlt, und mit der Entscheidung der FDP für den "großen Lauschangriff" im Dezember 1995 trat auch noch Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnarrenberger zurück, womit der linksliberale Flügel der Partei endgültig gestutzt war.

"Am 27. September 1998 begann ein neuer Abschnitt in der Geschichte der F.D.P. Die Funktionspartei hatte ihre Funktion verloren. Was sich 1983 anbahnte, war 1998 vollzogen: Die F.D.P. wurde im deutschen Parteiensystem nicht mehr gebraucht, um Mehrheiten zu sichern oder Machtwechsel herbeizuführen. Seit die 'Grünen' 1983 in den Deutschen Bundestag eingezogen sind, verlor die FDP ihre Monopolstellung als kleine 'dritte Kraft'.⁶

Nach der Bundestagswahl verlor die FDP zunächst erheblich an Wählerzuspruch (Grafik 2). In Folge des Machtwechsels in Hessen und ihrem Eintritt in eine schwarz-gelbe Koalition im Februar 1999 erreichte sie wenigstens wieder das Fünf-Prozent-Niveau. Als die Union bei der Europawahl 1999 die absolute Mehrheit nur knapp verfehlte, schien die Zukunft der Liberalen besiegelt: Die Christdemokraten waren offenbar aus eigener Kraft im Stande, Rot-Grün abzulösen. Mit dem ersten CDU-Spendenskandal verbesserten sich die Werte der FDP aber wieder. Die tiefe Krise der Union dokumentierte offenbar für viele Wähler die Existenzbe-

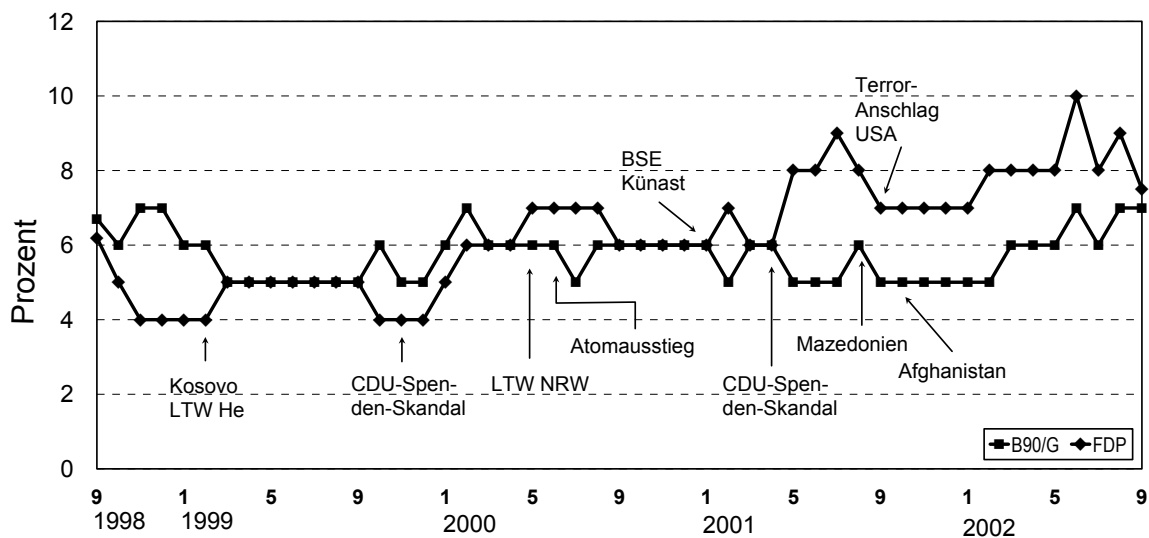
6 Jürgen Dittberner: Die F.D.P. an der Schwelle zum neuen Jahrhundert, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 5 v. 28.1.2000, S. 30-38, Zit. S. 30.

rechtigung einer bürgerlichen Funktionspartei. Der Ausgang der Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen Mitte Mai 2000 bestätigte den neuen Aufwärtstrend. Jürgen Möllemann hatte mit seinem provokativen, weithin populistischen⁷ und ganz auf ihn persönlich ausgerichteten "Projekt 8" einen sensationellen Erfolg erzielt: Die FDP war nach fünfjährigem außerparlamentarischem Dasein mit 9,8 Prozent nahezu zweistellig wieder in den Landtag zurückgekehrt und hatte die Grünen (7,1%) auf den vierten Platz verwiesen. Möllemann hatte nicht auf die wirtschaftsliberale Karte und auch nicht auf ein Bündnis mit der CDU gesetzt. Vielmehr ging es ihm darum, die FDP mittels populistischer und auf Medienresonanz zielender Methoden in eine eigenständige Volkspartei umzuwandeln. Der im Mai 2001 zum Bundesvorsitzenden gewählte Westerwelle stand dieser Strategie zunächst skeptisch gegenüber, fand aber bald mehr und mehr Gefallen an ihr.

Grafik 2:

Wahlabsicht (Projektion) B90/G und FDP zwischen den Bundestagswahlen 1998 und 2002

Forschungsgruppe Wahlen (Monatsergebnisse)



9/1998 = Ergebnis der BTW 1998 (Zweitstimmen); 9/2002 = letztes Umfrageergebnis vor der BTW 2002

7 Für eine heftige öffentliche Debatte sorgte beispielsweise der Entwurf eines Bildungsplakats, auf dem Baghwan, Hitler und Freddy Krüger abgebildet waren. Der Text lautete: "Wenn wir nicht schnell für mehr Lehrer sorgen, suchen sich unsere Kinder selber welche."

Der zweite CDU-Spendenskandal katapultierte die FDP in den Umfragen vorübergehend bis auf neun Prozent (Juli 2001). Bis Ende des Jahres lag sie dann stabil bei sieben Prozent. Im September 2001 überwand sie in Hamburg knapp die Fünf-Prozent-Hürde und trat in eine Koalition mit der CDU und der "Schill-Partei" ein. Die in diesem Zusammenhang geführten Debatten offenbarten einen sich abzeichnenden innerparteilichen Konflikt zwischen eher liberalen und eher rechtspopulistischen Positionen. Einen Monat später gelang in Berlin wiederum ein fast zweistelliges Resultat: Mit 9,9 Prozent überholten die Liberalen wie schon in NRW die Grünen (9,1%) und zogen nach sechsjähriger Pause wieder in das Landesparlament ein.

Tabelle 1: Landtagsmandate (LT) und Regierungsbeteiligungen (Reg.-Bet.) der FDP 1998 (BTW) und 2002 (BTW) im Vergleich	
1998	2002
Schleswig-Holstein: LT	LT
Hamburg	LT, Reg.-Bet.
Bremen	
Niedersachsen	
Nordrhein-Westfalen	LT
Hessen: LT	LT, Reg.-Bet.
Rheinland-Pfalz: LT, Reg.-Bet.	LT, Reg.-Bet.
Saarland	
Baden-Württemberg: LT, Reg.-Bet.	LT, Reg.-Bet.
Bayern	
Mecklenburg-Vorpommern	
Brandenburg	
Berlin	LT
Sachsen-Anhalt	LT, Reg.-Bet.
Sachsen	
Thüringen	
4 LT, 2 Reg.-Bet.	8 LT, 5 Reg.-Bet.

Zu Beginn des Bundestagswahljahres 2002 konnte die FDP also auf eine erfolgreiche Entwicklung zurück blicken. Mit ihrem neoliberalen Kurs hatte sie sich ein klares Profil als "Steuer-senkungspartei" neben der CDU/CSU und der SPD erarbeitet, und in den Umfragen lag sie jetzt deutlich vor den Bündnisgrünen.

Bündnisgrüne

Als sich die Bündnisgrünen in den Bundestagswahlkampf 1998 begaben, befanden sie sich mit Blick auf ihren Wählerrückhalt auf einer rasanten Talfahrt. 1996/97 hatten sie es in Umfragen auf bis zu 12 Prozent gebracht (FGW-Projektion). Anfang 1998 waren es noch zehn Prozent, und nach dem Magdeburger Parteitag (März 1998), wo der legendäre "Fünf-Mark-Beschluss" in Sachen Benzinpreis gefasst worden war, stürzte die Partei auf sechs Prozent ab. Bei der Bundestagswahl 1998 erreichten die Grünen dann immerhin 6,7 Prozent (1994 waren es 7,3%).

Über die Ursachen dieser neuerlichen Krise (die wievielte eigentlich?) ist viel spekuliert worden. Dabei wurde stets übersehen, dass die Grünen in ihrer kurzen Geschichte eine fulminante Entwicklung vollzogen haben: Bereits kurz nach ihrer Gründung (1980) zogen sie in den Bundestag ein (1983), wenig später (1985) beteiligten sie sich erstmals an einer Landesregierung (Hessen), vier Jahre danach regierten sie auch im Berliner Senat mit. 1990 mussten sie organisatorisch und politisch-strategisch die deutsche Einheit bewältigen, scheiterten und versäumten so (als West-Grüne) den Wiedereinzug in den Bundestag. Zum Zeitpunkt der Bundestagswahl 1998 waren sie dann aber in 11 Landtagen (allerdings in keinem ostdeutschen) vertreten und an mittlerweile vier Landesregierungen beteiligt (Tabelle 2). Und 1998 wurden sie endlich Koalitionspartner in einer SPD-geführten Bundesregierung.

Verglichen mit der Lebensdauer und der Entwicklungsdynamik anderer arrivierter Parteien sind die Grünen aus dem Stand auf den Gipfel der Macht katapultiert worden, während sie sich als Partei lebensgeschichtlich bestenfalls in der Adoleszenzphase befanden. Dass dieser rasante Aufstieg von gravierenden Identitätsproblemen, von Konflikten und Krisen, von Pannen und Fehlern und von Rückschlägen begleitet war, kann schwerlich verwundern. Schließlich

wandelten sich die Grünen innerhalb kürzester Zeit von einer außerparlamentarisch orientierten Fundamentalopposition zu einem maßgeblichen Träger öffentlicher Herrschaft.

Tabelle 2: Landtagsmandate (LT) und Regierungsbeteiligungen (Reg.-Bet.) der Bündnisgrünen 1998 (BTW) und 2002 (BTW) im Vergleich	
1998	2002
Schleswig-Holstein: LT, Reg.-Bet.	LT, Reg.-Bet.
Hamburg: LT, Reg.-Bet.	LT, keine Reg.-Bet. mehr
Bremen: LT	LT
Niedersachsen: LT	LT
Nordrhein-Westfalen: LT, Reg.-Bet.	LT, Reg.-Bet.
Hessen: LT, Reg.-Bet.	LT, keine Reg.-Bet. mehr
Rheinland-Pfalz: LT	LT
Saarland: LT	Keine LT mehr
Baden-Württemberg: LT	LT
Bayern: LT	LT
Mecklenburg-Vorpommern	
Brandenburg	
Berlin: LT	LT
Sachsen-Anhalt	
Sachsen	
Thüringen	
11 LT, 4 Reg.-Bet.	10 LT, 2 Reg.-Bet.

Dass die Grünen nicht um ihrer selbst willen gewählt werden, dass sie den harten Bedingungen des Parteienwettbewerbs in einer Mediengesellschaft ausgesetzt sind, lernten sie bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl 1990, wo ihnen viele vermeidbare Fehler unterlaufen waren. Der Schock bewirkte eine zunehmend professionalisierte Partei- und Parlamentsarbeit. Die radikalen Fundis retirierten, die verbliebenen akzeptierten Regierungsbeteiligungen und fanden sich sogar mit grünen "Promis" ab. Der Höhenflug von 1996/97 war auch die

Quittung dafür, dass die Grünen im Bundestag oft als führende Oppositionspartei⁸ wahrgenommen wurden. Als sich die SPD von ihrer Wahlniederlage von 1994 erholt hatte und das Duo Lafontaine-Schröder ("Doppelspitze") es fertig brachte, die Nation fast ein Jahr lang in erwartungsvoller Spannung zu versetzen, wer von beiden als Kanzlerkandidat antreten würde, ließ die Aufmerksamkeit der Medien für die Grünen nach, die den Bundestagswahlkampf zudem recht uneinheitlich und laienhaft angingen. Die Partei glaubte wiederum, auf einen professionellen Wahlkampfplanungsstab verzichten zu können und verfügte auch über kein "strategisches Zentrum" (Raschke), das die vielen Pannen hätte verhindern bzw. abmildern können. Angesichts der hoch gelobten Wahlkampagne der SPD waren die Grünen am Wahlabend mit 6,7 Prozent gut bedient. Erst nach der Wahl wurden organisatorische Konsequenzen gezogen: Bildung eines Parteirats und Verkleinerung des Bundesvorstands. Die nun gestärkte Parteiführung lag in den Händen der beiden gleichberechtigten Sprecherinnen Antje Radcke und Gunda Röstel.

In die Koalitionsverhandlungen und in die Regierungsarbeit begaben sich die Grünen ziemlich unvorbereitet und konzeptionslos.

"Abgesehen von Joschka Fischer, der sich für die Rolle des Außenministers vorbereitet hatte, war der Eintritt in die Regierung ein Sprung ins eiskalte Wasser. Unübersehbare Mängel der politischen Planung, der Parteiorganisation und der fachpolitischen Koordination auf der einen Seite, die Begleitrhetorik vom 'rot-grünen Reformprojekt' und dem vermeintlichen Aufbruch in eine 'neue Republik' auf der anderen - das ergab eine peinliche Diskrepanz zwischen Präention und Kompetenz. In welcher ungünstiger Verfassung die Bündnisgrünen Regierungspartei geworden waren, ließ sich allerdings nur für wenige Monate ohne Wahlen verdrängen."⁹

Besonders ungünstig wirkte es sich für die Grünen aus, dass sie gleich zu Beginn ihrer Regierungsarbeit mit der Entscheidung über einen Auslandseinsatz der Bundeswehr (Kosovo) befasst waren, was die die Partei extrem belastete. Als die Luftangriffe auf Jugoslawien be-

8 Thomas Poguntke: Die Bündnisgrünen in der babylonischen Gefangenschaft der SPD?, in: Oskar Niedermayer (Hrsg.), Die Parteien nach der Bundestagswahl 1998, Opladen: Leske + Budrich 1999, S. 83-101, Zit. S. 85.

9 Helmut Wiesenthal: Profilkrisen und Funktionswandel. Bündnis 90/Die Grünen auf dem Weg zu einem neuen Selbstverständnis, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 5 v. 28.1.2000, S. 22-29, Zit. S. 23.

gannen (März 1999), waren die Bündnisgrünen in den Umfragen auf fünf Prozent abgesackt. Obwohl die Grünen maßgeblichen Anteil an wichtigen Reformprojekten der Regierungskoalition hatten (vor allem Ökosteuer, Ausstieg aus der Atomenergie, Energiewende, Verbesserung des Umweltschutzrechts, neues Staatsbürgerschaftsrecht, Anerkennung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften, Verstärkung des Verbraucherschutzes), bekamen sie dafür kaum Beifall von ihrer Anhängerschaft. In den Umfragen pendelten ihre Werte bis Anfang 2002 zwischen fünf und sechs Prozent. Und bei allen Landtagswahlen seit ihrer Beteiligung an der Bundesregierung mussten sie Federn lassen. Im Saarland scheiterten sie sogar an der Fünf-Prozent-Hürde, und in Hessen und Hamburg schieden sie aus den Landesregierungen aus.

Auch die beiden im Juni 2000 neu gewählten Parteivorsitzenden Renate Künast und Fritz Kuhn konnten nicht verhindern, dass die FDP den Grünen den dritten Rang im Parteiensystem erfolgreich streitig machte. Ende August 2001 trugen grüne Abgeordnete maßgeblich dazu bei, dass die Bundesregierung im Bundestag über keine eigene Mehrheit für die Teilnahme der Bundeswehr am Nato-Einsatz in Mazedonien verfügte. Eine rot-grüne Mehrheit für den Einsatz deutscher Streitkräfte in Afghanistan erzwang der Bundeskanzler Mitte November 2001, indem er die Vertrauensfrage im Bundestag stellte. Ein Parteitag der Grünen billigte den Militäreinsatz und damit die Fortsetzung der Koalition nach heftigen Debatten mit großer Mehrheit. In einer beeindruckenden Rede hatte der Bundesaußenminister und heimliche Parteivorsitzende allerdings unverhohlen mit seinem Rücktritt gedroht. Zu Beginn des Bundestagswahljahres lagen die Grünen in Umfragen mit fünf Prozent deutlich hinter der FDP (7%).

Die Bilanz der Grünen nach drei Jahren Regierungstätigkeit war zwiespältig: Einerseits hatten sie sich nun auch als Regierungspartei im Bund bewährt und beträchtliche Erfolge aufzuweisen. Andererseits muteten sie Ihrer Basis insbesondere mit den Beschlüssen über die Bundeswehreinätze im Kosovo, in Mazedonien und im Afghanistan unpopuläre Maßnahmen zu, die der Partei den Ruf einbrachten, sie habe sich der SPD allzu stark angepasst. Als weiteres Manko ist zu erwähnen, dass es die Partei versäumt hat, ihre Machtstellung im Bund dafür zu benutzen, um die Landesverbände im Osten auszubauen und die Präsenz von Ost-Grünen in der Bundespolitik zu stärken (siehe dazu auch Abschnitt 6, S. 93 ff.).

PDS

Bei der Bundestagswahl 1998 konnte die PDS ihre Wählerschaft weiter ausdehnen. Sie gewann gegenüber der Vorwahl rund 450.000 Zweitstimmen hinzu (das bedeutete einen Zuwachs von etwa 25%), überwand erstmalig (mit 5,1%) die Fünf-Prozent-Hürde und war damit hinsichtlich ihres Einzugs in den Bundestag nicht auf ihre vier Direktmandate angewiesen, die sie erneut in Berlin eroberte.

Die kontinuierliche elektorale Expansion der PDS barg allerdings auch Risiken: Ihr angestammtes Milieu, die antiwestlich eingestellten wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Trägerschichten der DDR und deren Umfeld, bildete eine feste Bank, die bei Wahlen nahezu unverbrüchlich zur Partei stand. Indem sich die PDS weitere, mit dem Zustand der inneren Einheit unzufriedene Wählerschichten vor allem aus dem Einzugsbereich von SPD und CDU, aber auch aus dem Nichtwählersegment erschloss, stellte sich ihr die Aufgabe, dieses Potenzial durch ein attraktives Personal- und Programmangebot bei der Stange zu halten. Denn anders als ihre Kernwählerschaft lies sich dieses (Protest-) Potenzial nicht automatisch bei jeder Wahl mobilisieren. Mit der Berücksichtigung der Belange ihrer Randwählerschaft lief die Partei allerdings Gefahr, das Kernmilieu zu verprellen.

Die PDS war sich dieser Risiken offenbar nicht hinreichend bewusst. Sie sah sich selbst auf dem Weg zu einer "normalen" Volkspartei und deutete dies als wachsende Anerkennung ihrer politischen Leistungen bzw. Absichten. Dabei ließ sie sich von der "Vakuum-These"¹⁰ leiten. Danach entwickelt sich die SPD zunehmend in die politische Mitte und hinterlässt am linken Rand des Parteiensystems eine Leerstelle, die die PDS als linke, sozialistische Partei, als Partei der sozialen Gerechtigkeit, als einzige Friedenspartei in Deutschland ausfüllen und dadurch zugleich ihre Westausdehnung vorantreiben kann.

Realistischer beurteilte die Reformmergruppe um den Bundesvorsitzenden Lothar Bisky, den Vorsitzenden der Bundestagsfraktion Gregor Gysi und den PDS-"Vordenker" André Brie die Lage. Sie drängten unmittelbar nach der Bundestagswahl 1998 auf eine rasche programmati-

10 Stöss/Neugebauer (Anm. 5), S. 37 ff.

sche und strukturelle Modernisierung der Partei, die immer noch dem weithin orthodoxen Grundsatzprogramm von 1993 folgte. Die Traditionalisten waren freilich nicht bereit, dem Kurs von Bisky zu folgen. Sie bekämpften ihn hartnäckig und scheuten auch nicht vor sehr persönlichen Angriffen zurück. Da sich die Mittelgruppe ("Reformpragmatiker") nicht eindeutig auf die Seite der Modernisierer schlug, warfen Bisky und Gysi im Frühjahr 2000 schließlich frustriert das Handtuch (Brie hatte sich bereits ein Jahr zuvor ins Europaparlament verabschiedet). Biskys Nachfolgerin Gabriele Zimmer war zwar bemüht, den Reformkurs fortzuführen, setzte sich aber nicht energisch genug gegen ihre Widersacher durch. Infolge der Verzögerungstaktik der Traditionalisten gelang es der PDS nicht, vor der Bundestagswahl 2002 ein neues Grundsatzprogramm zu verabschieden. Der Dresdner Parteitag (Oktober 2001) verständigte sich lediglich auf einen Leitantrag, in dem sich die PDS anlässlich des Terroranschlags auf die USA als "einzige Antikriegs-Partei" bezeichnete und Frieden zum "unumstößlichen Gebot der Stunde" erklärte. Wie üblich wurde bis zur Wahl ein innerparteilicher Burgfrieden vereinbart. Folglich begab sich die Partei ohne ein zeitgemäßes Grundsatzprogramm in den Wahlkampf. Das Wahlprogramm der PDS wurde später von jungen innerparteilichen Kritikern als "unschlüssiges Stückwerk verschiedener Einzelanträge vergangener Jahre" bezeichnet. (Siehe dazu auch Abschnitt 5, S. 60 ff.)

3) Die Entwicklungen im Bundestagswahljahr 2002

Die Situation zu Beginn des Wahljahres war durch unverändert hohe Arbeitslosigkeit und minimales Wirtschaftswachstum, also durch eine schwere Rezession geprägt. Da Arbeitslosigkeit den Problemhaushalt der Nation beherrschte, mussten nach Auffassung aller politischer Beobachter die Themen Arbeit und Wirtschaft den Wahlkampf beherrschen. Und da die rot-grüne Koalition die in sie gesetzten Erwartungen - und ihre diesbezüglichen Versprechungen - nicht erfüllt hatte, bot sie hinreichend Angriffsflächen für die Opposition. Anfang 2002 stellten sich also zwei Kardinalfragen: Gelingt es der Opposition, die Schwächen der Regierung in eigene Wahlerfolge umzumünzen? Und: Wie kann die rot-grüne Koalition trotz der miserablen ökonomischen Daten ihr Mandat um weitere vier Jahre verlängern?

a) Die Union im Mobilisierungshoch

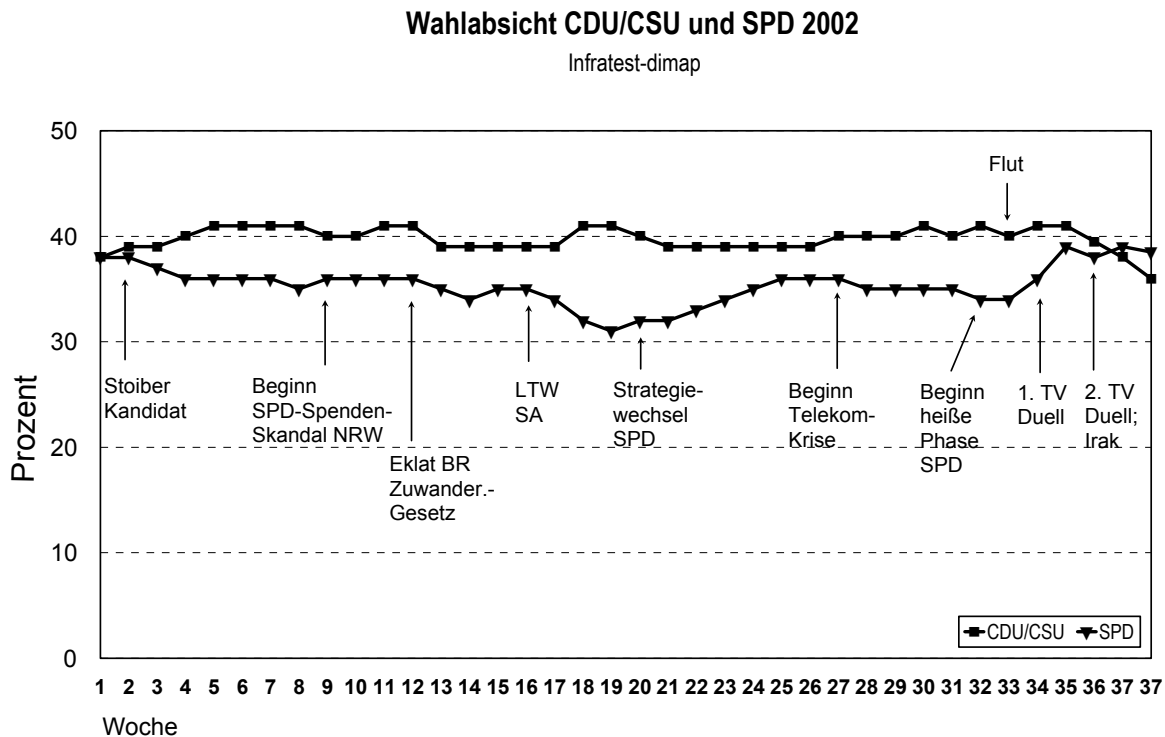
Als die Unionsparteien Edmund Stoiber im Januar 2002 zum gemeinsamen Kanzlerkandidaten nominierten, gab sich die SPD siegesgewiss. Sie plante den Wahlkampf als ein persönliches Duell zwischen Schröder ("ich oder der") und Stoiber, der in die rechte Ecke gestellt werden sollte. Nach Auffassung der SPD würden die Wechselwähler der "Mitte" wahlentscheidend sein. Und da diese sich erst relativ spät für eine Partei entschieden, wurde die heiße Phase des Wahlkampfs auf die letzten sechs Wochen vor dem Wahltag terminiert. Die Strategie der personenbezogenen Polarisierung galt als unvereinbar mit einem Lagerwahlkampf. Die SPD ging vielmehr auf vorsichtige Distanz zu den Bündnisgrünen und machte damit deutlich, dass ihr mehrere Optionen zur Verfügung stehen. Während die Grünen nur über einen einzigen potenziellen Bündnispartner verfügten, nämlich die SPD, hatte die derer drei. Insbesondere die FDP bot sich mit ihrem Konzept der "Äquidistanz" zu den beiden großen Volksparteien als möglicher Koalitionspartner an, was zur Verunsicherung der Bündnisgrünen führte. Insgesamt wähten sich die Sozialdemokraten Anfang 2002 also in einer komfortablen Ausgangsposition. Dabei handelte es sich allerdings um eine folgenschwere Fehleinschätzung.

Denn Stoiber dachte nicht daran, der SPD ins Netz zu gehen, und die Wahlkampfmanager der Union hatten ihre Lektion aus der Niederlage von Franz Josef Strauß bei der Bundestagswahl 1980 gelernt. Als Vorbild diente ihnen die erfolgreiche Kampagne der SPD von 1998. Dass Angela Merkel Stoiber den Vortritt bei der Kanzlerkandidatur ließ, war ein glänzender strategischer Schachzug der CDU-Vorsitzenden, aber keineswegs eine persönliche Niederlage, wie die SPD mutmaßte. Denn nun begaben sich beide, Stoiber und Merkel, CSU und CDU, geschlossen in den Wahlkampf und sorgten so für Einigkeit und für eine hohe Mobilisierung und Motivation der Wahlkämpfer beider Parteien. Schon dies hätte der SPD signalisieren müssen, dass die Union die Fehler von 1980 nicht wiederholt. Mehr noch: Stoiber agierte nicht als abgehobener Einzelkämpfer, sondern als "primus inter pares", der sich mit Wahlkampfexperten ("Stoiber-Team") und Fachpolitikern ("Kompetenz-Team") umgab und durch ständige gemeinsame Auftritte mit Angela Merkel die Bedeutung der CDU-Vorsitzenden hervorhob. Und schließlich ließ er sich nicht auf die Polarisierungsstrategie der SPD ein. Er präsentierte sich vielmehr als ein kompetenter und erfolgreicher Politiker der Mitte, bemühte sich um einen an Sachthemen orientierten Wahlkampf, kritisierte Fehler, Versäumnisse und uneingelöste Versprechungen von Rot-Grün und konzentrierte sich dabei auf die beiden Problembereiche, die auf der Prioritätenliste der Wähler ganz oben standen und die die Achillesferse von Rot-Grün bildeten: Arbeit und Wirtschaft (Schlusslicht-Kampagne).

Trotz anfangs peinlicher Schlappen erarbeitete sich Stoiber schnell den Respekt der Medien, in dem er angriff, die Themen vorgab, häppchenweise sein "Kompetenz-Team" vorstellte und damit die SPD vor sich her trieb, ganz so, wie sie 1998 mit Helmut Kohl und der CDU/ CSU verfahren war. Dies schlug sich auch in den Umfragen¹¹ nieder (Grafik 3): Hatte die Union zu Beginn des Jahres 2002 mit der SPD gleich gezogen, so lag sie bis Anfang September teilweise mit deutlichem Abstand vor der SPD. Als sich seit April auch die FDP-Werte verbesserten (Grafik 5), wuchsen in der Öffentlichkeit und in der SPD die Zweifel an einem Wahlsieg von Rot-Grün.

11 Die Umfragedaten über Wahlabsichten ("Sonntagsfrage") in diesem Abschnitt (Grafiken 3, 5 und 6) stammen von Infratest dimap. Von diesem Institut liegen uns Daten im Wochenabstand für die Bundesrepublik insgesamt sowie für Ost- und Westdeutschland getrennt vor.

Grafik 3:

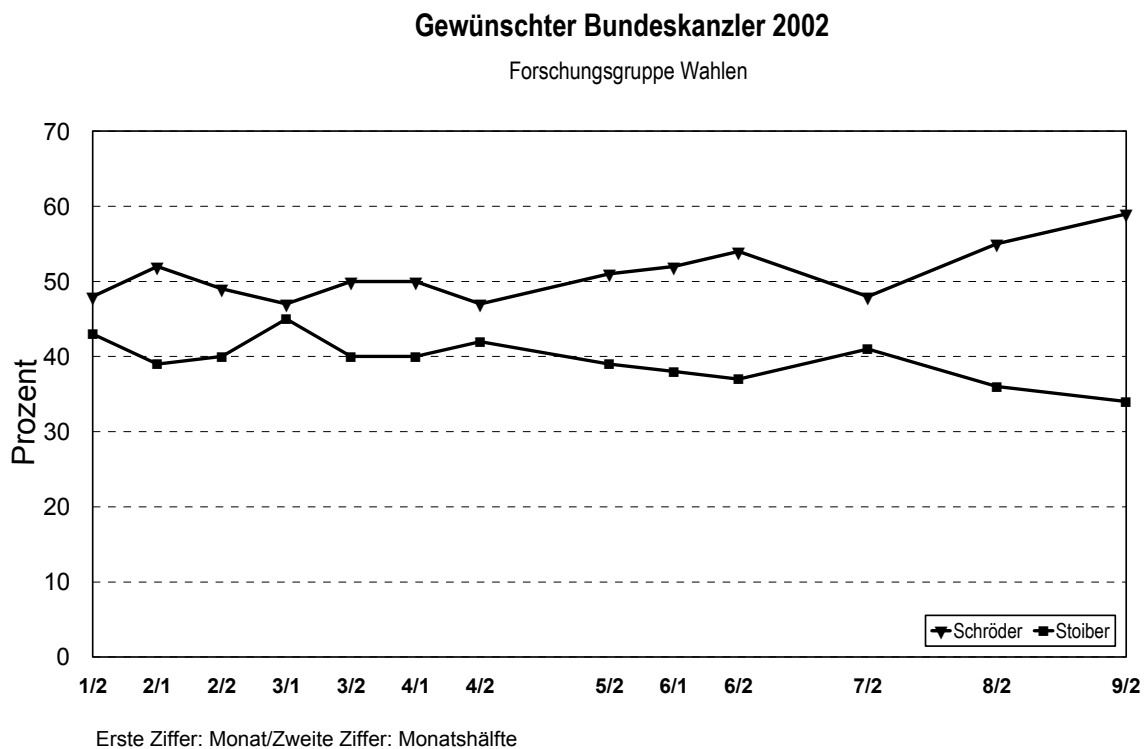


Die SPD reagierte folglich zunehmend hilflos und nervös, stellte Stoiber als Tölpel dar, rechtfertigte bemüht ihre vermeintlichen oder tatsächlichen Erfolge und lastete die hohe Arbeitslosigkeit der depressiven Weltwirtschaft an. Dass Gerhard Schröder bei der Frage nach dem gewünschten Bundeskanzler (Grafik 4) zumeist klar vor seinem Herausforderer lag, wurde parteioffiziell als Hoffnungsschimmer und als Rechtfertigung dafür ausgegeben, dass er als populäre Persönlichkeit und nicht als SPD-Politiker kommuniziert wird. Allerdings wussten alle Sachkundigen innerhalb und außerhalb der Partei, dass derartige Befragungsergebnisse nicht maßgeblich für das Wahlverhalten sind, jedenfalls so lange nicht, wie Schröder nicht auch größere Sachkompetenz und bessere Managementfähigkeiten als Stoiber zugeschrieben werden - und das war erst kurz vor der Wahl der Fall.

Dass die SPD in der öffentlichen Meinung so schlecht abschnitt, beruhte aber nicht nur auf der bisher erfolgreichen Wahlkampfstrategie der Union. Im März 2002 wurden in Nordrhein-Westfalen Korruptions- und Spendenaffären bekannt, an denen vor allem SPD-Politiker betei-

ligt waren, und der Eklat im Bundesrat bei der Abstimmung über das Zuwanderungsgesetz war für das Ansehen der SPD auch nicht gerade hilfreich. Das Ergebnis der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt (21.4.2002) drückte ihre Umfragewerte in den folgenden drei Wochen dann fast bis auf 30 Prozent. Die dortige SPD büßte sage und schreibe 16 Prozentpunkte ein, die FDP zog mit über 13 Prozent in den Landtag ein und bildete gemeinsam mit der CDU die neue Landesregierung. Das Magdeburger Modell war gescheitert, Schwarz-Gelb hatte bei der letzten Landtagswahl vor der Bundestagswahl einen Machtwechsel (und übrigens auch die Mehrheit im Bundesrat) erreicht und damit die Aussichten auf einen Machtwechsel im Bund deutlich verbessert.

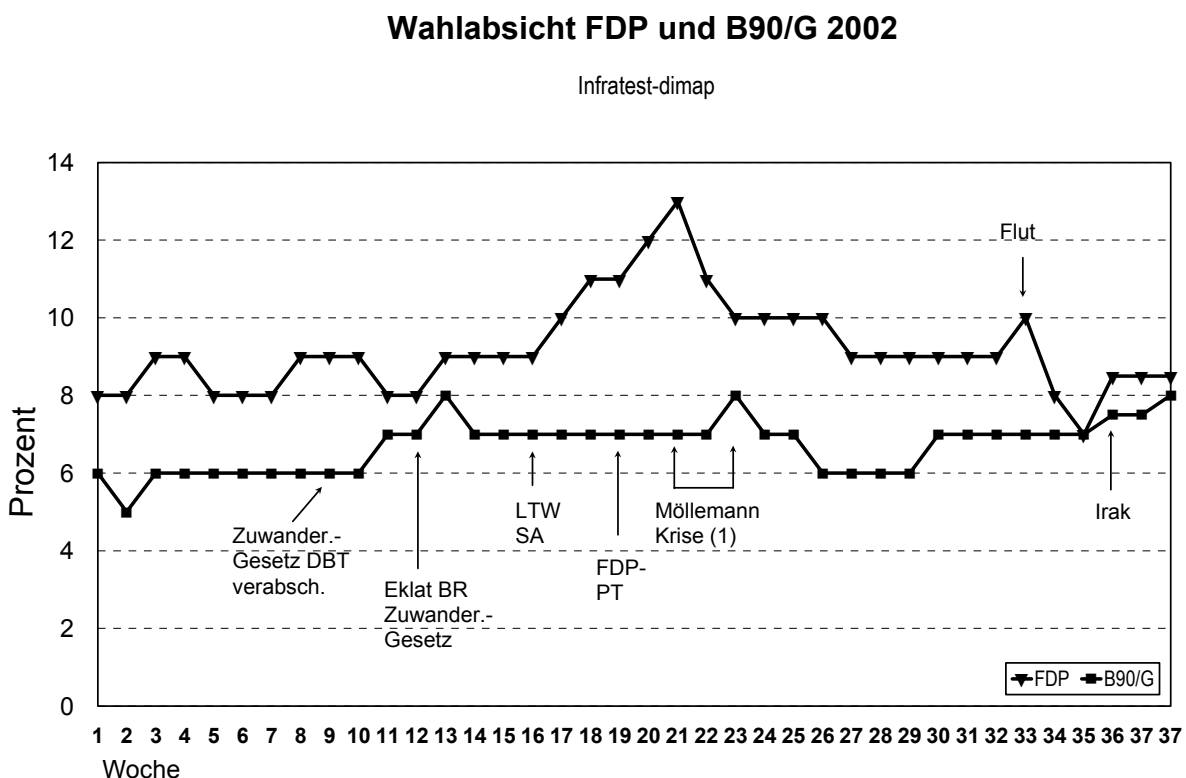
Grafik 4:



Drei Tage nach der Wahl stellte Schröder das Wahlprogramm "für die gesellschaftliche Mitte" seiner Partei vor ("Erneuerung und Zusammenhalt - Wir in Deutschland") und erläuterte nochmals die Wahlkampfstrategie: kein Lagerwahlkampf, kein Koalitionswahlkampf, die SPD wolle zwar mit den Grünen weiter regieren, habe aber auch andere Optionen. Die Grünen for-

mulierten ihre diesbezüglichen Absichten gleichzeitig besonders pfiffig: kein Lagerwahlkampf und kein Koalitionswahlkampf, aber ein Richtungswahlkampf. Das Programm enthielt nur vage Aussagen über die künftige Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik und enttäuschte daher diejenigen, die endlich ein mutiges Reformkonzept erwartet hatten.

Grafik 5:



Dass Schröder neuerlich auf die vielfältigen Optionen seiner Partei verwies, lag auch an der guten Performanz der FDP. Sie rangierte in den Umfragen schon seit dem Frühsommer 2001 deutlich vor den Bündnisgrünen (Grafik 2) und erlebte in Folge der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt einen kometenhaften Aufstieg bis auf 13 Prozent, sechs Prozentpunkte vor den Bündnisgrünen (Grafik 5). Guido Westerwelle konnte auf dem Parteitag im Mai eine stolze Bilanz vorlegen: Die FDP war in nunmehr acht Landtagen und in fünf Landesregierungen vertreten (Tabelle 1), und sie hatte in Sachsen-Anhalt mit einem zweistelligen Ergebnis den Durchbruch in Ostdeutschland geschafft. Die auch in Sachsen-Anhalt populistisch gefahrene "Strategie 18" ("Höppner geht, die Arbeit kommt") war seiner Meinung nach aufgegangen. Er ließ sich

zum Kanzlerkandidaten küren und erklärte die FDP optimistisch zu einer "Partei für das ganze Volk". Das auf dem Parteitag verabschiedete Wahlprogramm verkündete freilich neoliberale Absichten, die kaum das ganze Volk begeistert haben dürften. Auf dem Zenit ihrer öffentlichen Zustimmung angelangt, trat dann allerdings Möllemann auf den Plan und sorgte mit seinen unterschwellig antisemitischen Angriffen gegen Michel Friedman und die israelische Regierung für den Einbruch der FDP in der Wählergunst. Die "Haiderisierung" drohte sich unter dem Strich nicht auszubezahlen: Die Verluste im liberalen Spektrum schienen wesentlich größer auszufallen, als die Gewinne bei rechtspopulistisch orientierten Wählern. Das Risiko dieser Strategie war also bereits im Frühsommer erkennbar.

b) Strategiewechsel der SPD

Anfang Mai - in der Mitte des Wahlkampfs - war die Strategie der SPD definitiv gescheitert: Die Moral ihrer Wahlkämpfer war genau so katastrophal wie die Resonanz der Partei in der Öffentlichkeit. Die Massenmedien erklärten Schwarz-Gelb bereits zum Wahlsieger, obwohl die Meinungsforscher vor vorschnellen Interpretationen der Umfrageergebnisse warnten. Denn der Anteil der Unentschiedenen war noch sehr hoch (bis zu 40%), und viele Unentschiedene gaben sich als ehemalige SPD-Wähler zu erkennen. Daraus musste die Schlussfolgerung gezogen werden, dass die CDU/CSU ihre Anhänger bestens mobilisiert hatte, während die SPD in Folge eines untauglichen Wahlkampfkonzepts über erhebliche Mobilisierungsdefizite verfügte. Die Wahl war also noch keineswegs entschieden.

Diese Einsicht scheint nun auch die engen Berater von Schröder im Bundeskanzleramt ergriffen zu haben. Jedenfalls häufte sich die öffentliche Kritik an der "Kampa", und Schröder begann umzusteuern. Erste Anzeichen für eine bevorstehende Revision der Wahlkampfstrategie wurden in der Rede Schröders auf der DGB-Kundgebung zum 1. Mai erkennbar, wo er die Unterstützung der Gewerkschaften einforderte, vom IG Metall-Chef Zwickel aber noch erhebliche Kritik an seiner Politik hinnehmen musste. Nach dem FDP-Parteitag griff Schröder die Liberalen auf einer SPD-Funktionärskonferenz erstmals heftig an und warf ihnen vor, den Sozialstaat kaputt zu machen. Diese Rede wurde allgemein als Beginn eines Strategiewechsels

interpretiert: Hinwendung Schröders zur SPD, Rückbesinnung der SPD auf ihre Stammwähler sowie auf ihre gesellschaftlichen Unterstützerguppen, klares Bekenntnis der SPD zu Rot-Grün, Beginn des Richtungswahlkampfes. Oder: Abschied von der Fixierung auf die Person des Bundeskanzlers, auf die politische "Mitte", auf die Wechselwähler; Schluss mit der Distanz gegenüber den Grünen. Schröder betonte nun das "Wir-Gefühl", das sowohl die Stammklientel der SPD und ihre Vorfeldorganisationen als auch den Koalitionspartner einschloss und gleichzeitig die Abgrenzung gegenüber der Union und den Liberalen bedeutete. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Peter Struck brachte den Strategiewechsel Ende Mai auf den Punkt: "Erst einmal gilt es, die eigenen Leute zusammenzuholen. Dann werden auch die Wechselwähler mitziehen."

Die Rede Schröders auf dem Wahlparteitag der SPD (2.6.2002) dokumentierte den Strategiewechsel eindringlich. Die Delegierten waren vor Freude aus dem Häuschen, als sich ihr hemdsärmlicher Vorsitzender klar von den Konservativen und den Neoliberalen distanzierte, sich demonstrativ für die Interessen der Arbeitnehmer und für soziale Gerechtigkeit einsetzte und sich unzweideutig zur rot-grünen Koalition bekannte. Damit hatte er die Sympathie der Parteifunktionäre (wieder) gewonnen, die Gewerkschaften überzeugt (DGB-Chef Sommer bekannte sich überraschend deutlich zur SPD) und wohl auch einen mächtigen Motivationsschub bei den Wahlkämpfern bewirkt. In der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik wurden Fehler eingeräumt. Die Kernbotschaft lautete nun: Gebt uns noch vier Jahre, damit wir die eingeleiteten Reformen zu Ende führen können.

Fortan verbesserten sich die Umfragewerte der SPD, und der Abstand zwischen Rot-Grün und Schwarz-Gelb verringerte sich. Letztere blieben allerdings in der Vorhand. Seit der zweiten Juni-Hälfte stellte die SPD die Vorschläge der Hartz-Kommission zur Reform des Arbeitsmarkts als wichtiges Projekt für die kommende Legislaturperiode besonders heraus. Ob die Hartz-Debatte der SPD in den Umfragen genutzt hat, ist schwer zu beurteilen. Jedenfalls hat sie bei der CDU/CSU politische Verwirrung gestiftet. Wie später auch bei der Hochwasserkatastrophe und der Irak-Frage reagierte die Union auf unvorhergesehene Ereignisse hilflos und konfus, und Stoiber erwies sich nicht als der erfolgreiche Manager, der mit

schwierigen Situationen leicht fertig wird. Das Missmanagement der Telekom-Krise im Juli scheint der SPD etwas geschadet zu haben, und auch der Abgang von Bundesverteidigungsminister Scharping im selben Monat war offenbar wenig hilfreich. Anfang August startete die SPD früher als ursprünglich geplant die heiße Wahlkampfphase und zettelte gleichzeitig die höchst kontroverse Debatte über einen "deutschen Weg" an. Dass die Bundesregierung ein militärisches Vorgehen gegen den Irak ablehnt, war von führenden Politikern beider Koalitionsparteien auch schon früher betont worden. Aber erst als die Bush-Administration von der Notwendigkeit eines Militärschlags gegen den Irak sprach, wurde daraus ein wichtiges Wahlkampfthema in Deutschland.

c) Die "Jahrhundert-Flut"

Entscheidend für den weiteren Verlauf des Wahlkampfs war dann jedoch die Flut. Der SPD-Vorsitzende und Bundeskanzler konnte nun seine Managementfähigkeiten und seine Sachkompetenz unter Beweis stellen, während Stoiber eher unsicher und konzeptionslos wirkte. Wenn die Flut auch das Thema Arbeitslosigkeit nicht von der Agenda nahm, so wurde es doch nun (ebenso wie das Thema Wirtschaft) mit der Flutopferhilfe verwoben. Dies galt entsprechend für den Aufbau Ost. Indem sich Schröder als Manager der Flutkatastrophe erwies, mehrte er gleichzeitig sein Ansehen als Politiker, der großes Verständnis für die Sorgen und Nöte der Ostdeutschen hat.

Die FDP konnte unter den veränderten Bedingungen mit ihrem "Spaßwahlkampf" nicht mehr punkten und war in den Medien kaum noch präsent. Westerwelles Absicht, sich den Zugang zu den beiden TV-Duellen der Spitzenkandidaten gerichtlich zu erzwingen, scheiterte zudem kläglich. Und als Möllemann als Schlussakkord des Wahlkampfs eine Neuauflage seiner Kampagne gegen Friedman und die israelische Regierung startete, zerplatzten die Blümenträume des "Projekts 18" endgültig.

Die Bündnisgrünen hatten bislang einen (diesmal) sehr professionellen und besonders Themen bezogenen, allerdings wenig spektakulären Wahlkampf geführt. Sie präsentierten sich als

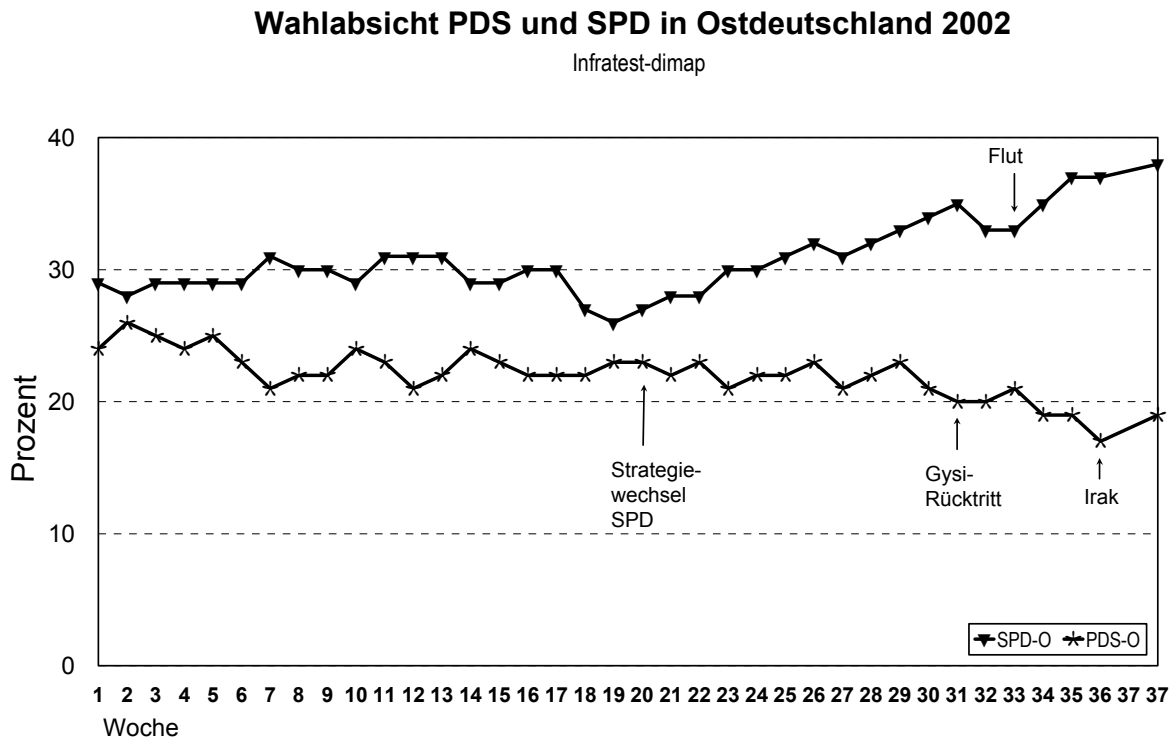
Reformmotor der Koalition und stellten ihre politischen Erfolge heraus. Der außerordentlich populäre Joschka Fischer war zwar offizieller Spitzenkandidat der Grünen und absolvierte auch eine anstrengende Wahlkampftour, verdrängte dadurch aber die übrigen Sympathieträger der Partei (Künast, Trittin etc.) nicht. Seine Zweitstimmenkampagne ("Zweitstimme ist Joschkastimme") dürfte jedoch wesentlich zum guten Abschneiden der Grünen beigetragen haben.

Im März hatten die Grünen ein neues Grundsatzprogramm verabschiedet, das die Parteiziele an die veränderte Situation anpasste. Diese Revision mag bei einigen Parteimitgliedern Unzufriedenheit ausgelöst haben, eine negative Reaktion der Anhänger war aber nicht festzustellen. Die gleichzeitig stattfindenden Auseinandersetzungen um das Zuwanderungsgesetz vermittelten offenbar den Eindruck, dass die Grünen hart und erfolgreich an der Durchsetzung ihrer Wahlversprechen von 1998 arbeiten ("Grün wirkt"). Jedenfalls kletterten damals die Umfragewerte bis auf acht Prozent (Grafik 5). Auch wenn sie später vorübergehend wieder mäßiger ausfielen, war der Wiedereinzug der Grünen in den Bundestag zu keiner Zeit gefährdet. Gleichwohl besetzten sie durchgängig in der Rangskala den vierten Platz hinter der FDP. Dies änderte sich erst mit der Irak-Debatte und vor allem mit der Flut (in Folge derer die FDP von 10% bis auf vorübergehend 7% abschnitzte). Die Ursachenanalyse für das katastrophale Hochwasser rückte nämlich das Umweltthema wieder stärker in den Vordergrund. Auf diesem Gebiet wird den Grünen eine enorme (und seit ihrer Regierungsbeteiligung sogar noch gewachsene) Sachkompetenz zugeschrieben.

Die Flutkatastrophe und die Ablehnung eines Militärschlags gegen den Irak durch die Regierungskoalition schmälerten auch die Wahlchancen der PDS. Jedenfalls konnten sich die Postkommunisten nun nicht mehr glaubhaft als einzige Friedenspartei in Deutschland verkaufen. Folgenreicher dürfte allerdings die große Spenden- und die aktive Hilfsbereitschaft gerade auch der Westdeutschen bei der Beseitigung der Hochwasserschäden gewesen sein. Viele Ostdeutsche haben offenbar ihr negatives Bild von den überheblichen und arroganten Besserwissern angesichts der erfahrenen oder wahrgenommenen Solidarität korrigiert. Indem die

Fluthilfe die innere Einheit Deutschlands weiter vorangebracht hat, hat sie auch den Ost-West-Gegensatz abgeschwächt und damit die Erfolgsaussichten der PDS verschlechtert.

Grafik 6:



Aber weder die Irak-Debatte noch die Flut und auch nicht der Rücktritt von Gysi als Berliner Wirtschaftssenator bildeten die eigentliche Ursache für ihr schlechtes Abschneiden bei der Bundestagswahl. Die PDS erreichte bei Umfragen in Ostdeutschland noch Anfang 2002 bis zu 26 Prozent (Grafik 6). Aber schon im März war sie bei 21 Prozent angelangt. Denn die Partei verstand es nicht, sich mit einem erkennbaren Konzept und mit klaren Zielvorstellungen in den Wahlkampf einzufädeln. Die PDS war so gut wie nicht präsent. Mit dem Strategiewechsel der SPD wurde die Wahlentscheidung zu einer Richtungsentscheidung zwischen Rot-Grün und Schwarz-Gelb. Der PDS-Slogan "Wer Stoiber verhindern will, muss PDS wählen" war unter diesen Bedingungen völlig abwegig und wurde von den PDS-Anhängern auch schöpferisch interpretiert: Viele Wähler gaben der SPD ihre Zweitstimme, um Stoiber zu verhindern, und entschieden sich mit ihrer Erststimme für die PDS, um ihr per Mandatsklausel den Einzug in

den Bundestag zu ermöglichen. So verbesserten sich die Umfragewerte der SPD im Osten (Grafik 6). Sie konnte sich von 26 Prozent (Mitte Mai) auf 38 Prozent (Mitte September) steigern. Die PDS ist durch eigenes Verschulden im Richtungswahlkampf zwischen die Mühlsteine der beiden Lager geraten. Flut und Irak-Debatte haben diese Entwicklung nur beschleunigt. (Siehe dazu auch Abschnitt 5, S. 60 ff.)

Dass die CDU/CSU Anfang September in den Umfragen unter die 40 Prozent-Marke abrutschte und ihre Führungsposition gegenüber der SPD verlor, wurde ebenfalls mit der Flut in Verbindung gebracht. Diese Sichtweise greift wohl etwas zu kurz. Richtig ist, dass das Wahlkampfkonzept, das der Union einen guten Start ermöglichte, auch Schwächen hatte, die sich allerdings erst nach längerer Zeit bemerkbar machten. So wollten Stoibers Wahlkampfmanager den "echten Stoiber" präsentieren, verpassten ihm dann aber ein Image, das seiner Persönlichkeit nicht entsprach. Der konservative, erfolgsgewohnte Schönwetterpolitiker fühlte sich in der Rolle des liberal-sozialen Angreifers sichtlich unwohl und musste seinen Text daher immer wieder einstudieren.

Der "weichgespülte" Herausforderer, dem viele nachsagten, er habe "Kreide gefressen", verprellte damit tendenziell nicht nur konservatives Wählerpotenzial, er wirkte in Krisensituationen und unter Stress auch ziemlich hilflos, was seinem Image als erfolgreicher Politmanager erkennbar widersprach. Seine betonte Parteinahme für die kleinen Leute und seine Kritik an den Großkonzernen war ebenfalls wenig glaubhaft. Auch das anfangs durchaus erfolgreiche "negative campaigning" geriet bald zu einem drögen Ein-Themen-Wiederholungsritual, das wie eine Schallplatte mit Sprung anmutete. Klare Alternativen zur Politik von Rot-Grün formulierte er dagegen kaum. Und wenn er sich bei aktuellen Anlässen positionieren musste (Hartz-Vorschläge, Irak-Krieg, Finanzierung der Fluchthilfe usw.), dann fielen seine Äußerungen diffus und zumeist auch widersprüchlich aus. Die Kompetenz-Team-Idee war im Prinzip gut. Als sich aber nach vielen Vorstellungsrunden herausstellte, dass ihm als Rekrutierungsbasis in erster Linie die gescheiterte Elite der Kohl-Ära diene, war die Enttäuschung groß. Viele Team-Mitglieder spielten überdies im Wahlkampf kaum eine Rolle oder wurden sogar bewusst versteckt (Katherina Reiche).

Im ersten Halbjahr 2002 war die Wahlkampfstrategie der CDU/CSU zweifellos erfolgreich, zumal sich die SPD diesbezüglich damals auf dem Holzweg befand. Dann ging dem Stoiber-Team unter dem starken Druck der Mediengesellschaft aber langsam die Luft aus, während die SPD gleichzeitig ihren Strategiewechsel einleitete. Vermutlich ist die Union zu früh und zu heftig in den Wahlkampf gestartet. Vor allem aber gelang es ihr nicht, die Schwächen von Rot-Grün in Sachen Arbeitsmarkt und Wirtschaft in eigene Erfolge umzusetzen. Denn die Schlusslicht-Kampagne hätte beizeiten durch eine konkrete politische Alternative gekrönt werden müssen. Über die verfügte die Union allerdings nicht, und damit erwies sie sich letztlich in der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik als genauso schwach munitioniert wie die SPD. Der wurde ihre Achillesferse nicht zum Verhängnis, weil die CDU/CSU beide Themen als zentrale Wahlkampfgegenstände mit ihrer ermüdenden Negativkampagne vor- bzw. rechtzeitig entwertet hat.

Immerhin war ihre Anhängerschaft bis Ende August gut mobilisiert, während die SPD wegen ihrer falschen Wahlkampfkonzeption bis in den Mai hinein sogar Mobilisierungsverluste hinnehmen musste. Erst durch den Strategiewechsel konnte sie diese Defizite wieder wettmachen, ohne allerdings das Ausgangsniveau vom Januar 2002 zu überbieten. Das gelang erst mit Beginn der Flutkatastrophe.

4. Das Wahlergebnis

a) Erst- und Zweitstimmen, Stimmensplitting

Bei der Bundestagswahl am 22. September 2002 schnitten CDU/CSU und SPD mit einem Zweitstimmenergebnis von jeweils 38,5 Prozent gleich stark ab. Während die Union gegenüber der Vorwahl allerdings 3,3 Prozentpunkte hinzu gewann, verlor die SPD 2,4 Prozentpunkte. Die Bündnisgrünen wurden mit 8,6 Prozent (+1,9 PP) wiederum drittstärkste Partei, die FDP legte ebenfalls zu (+1,1 PP), brachte es aber nur auf 7,4 Prozent. Die PDS verlor 1,1 Prozentpunkte und scheiterte mit 4,0 Prozent an der Sperrklausel. Die rechtsextremen Parteien NPD und REP erreichten zusammen ein Prozent, die "Schill-Partei" 0,8 Prozent. 1998 hatte das extrem rechte Wählerpotenzial noch 3,3 Prozent ausgemacht. Da die NPD unter der 0,5 Prozent-Marke blieb, gelangt sie nicht in den Genuss der staatlichen Parteienfinanzierung.

SPD und CDU/CSU bekamen wie gehabt mehr Erst- als Zweitstimmen. Von den insgesamt 299 Wahlkreisen eroberte die SPD 171, die Unionsparteien 125, die Grünen einen und die PDS zwei. Da die Postkommunisten das dritte Direktmandat verfehlten, nahmen sie nicht an der Sitzverteilung entsprechend dem Zweitstimmenergebnis teil und sind daher nur mit zwei Parlamentarierinnen im Bundestag vertreten. Rot-Grün verfügt nun über 306, Schwarz-Gelb über 295 Abgeordnete. Der Unterschied beträgt mithin 11 Stimmen. Allerdings übertreffen die Regierungsfractionen die "Kanzlermehrheit" nur um vier Stimmen, 1998 waren es noch zehn.

Dass sich die rot-grüne Koalition trotz der Verluste der SPD an der Macht halten konnte, ist nicht nur den Zugewinnen der Grünen, sondern vor allem dem massiven Stimmensplitting zu Gunsten der Direktbewerber der SPD zu verdanken, was auch zum Scheitern der PDS beigetragen hat. Nach Angaben der Forschungsgruppe Wahlen gaben 65 Prozent der Wähler der Grünen und 23 Prozent der PDS-Wähler ihre Erststimme der SPD, und immerhin 13 Prozent der Erststimmenwähler der SPD gaben ihre Zweitstimme den Grünen. Und etwa ein Fünftel der Ostdeutschen, die sich für den Kandidaten der PDS entschieden, wählten mit ihrer Zweit-

Tabelle 3: Das Ergebnis der Bundestagswahl 1998 nach Stimmen (%) und Mandaten (abs.)						
Parteien	Stimmen		Direkt	Mandate		Insgesamt
	Erstst.	Zweitst.		Liste	Überhang	
SPD	43,8	40,9	212	73	13	298
CDU/CSU	39,6	35,2	112	133		245
B90/G	4,9	6,7		47		47
FDP	3,1	6,3		44		44
PDS	4,9	5,1	4	31		35
DVU	-	1,2				
REP	2,3	1,9				
NPD	0,1	0,2				
Sonstige	1,3	2,5				
Summe	100,0	100,0	328	328	13	669

Die absolute Mehrheit ("Kanzlermehrheit") betrug 335 Stimmen, SPD + B90/G hatten 345, CDU/CSU + FDP 289 und die PDS hatte 35 Stimmen.

Tabelle 4: Das Ergebnis der Bundestagswahl 2002 nach Stimmen (%) und Mandaten (abs.)						
Parteien	Stimmen		Direkt	Mandate		Insgesamt
	Erstst.	Zweitst.		Liste	Überhang	
SPD	41,9	38,5	171	76	4	251
CDU/CSU	41,1	38,5	125	122	1	248
B90/G	5,6	8,6	1	54		55
FDP	5,8	7,4		47		47
PDS	4,3	4,0	2			2
Schill	0,3	0,8				
REP	0,1	0,6				
NPD	0,2	0,4				
Sonstige	0,7	1,2				
Summe	100,0	100,0	299	299	5	603

Die absolute Mehrheit ("Kanzlermehrheit") beträgt 302 Stimmen, SPD + B90/G haben 306 Stimmen, CDU/CSU + FDP haben 295 Stimmen und die PDS hat 2 Stimmen.

stimme die SPD¹². Die im Sommer 2002 begonnene Strategie des Richtungswahlkampfes von Rot-Grün (gemeinsame Pressekonferenz, gemeinsame Großveranstaltung, Wahlabsprachen in den Wahlkreisen) hat sich also ausbezahlt.

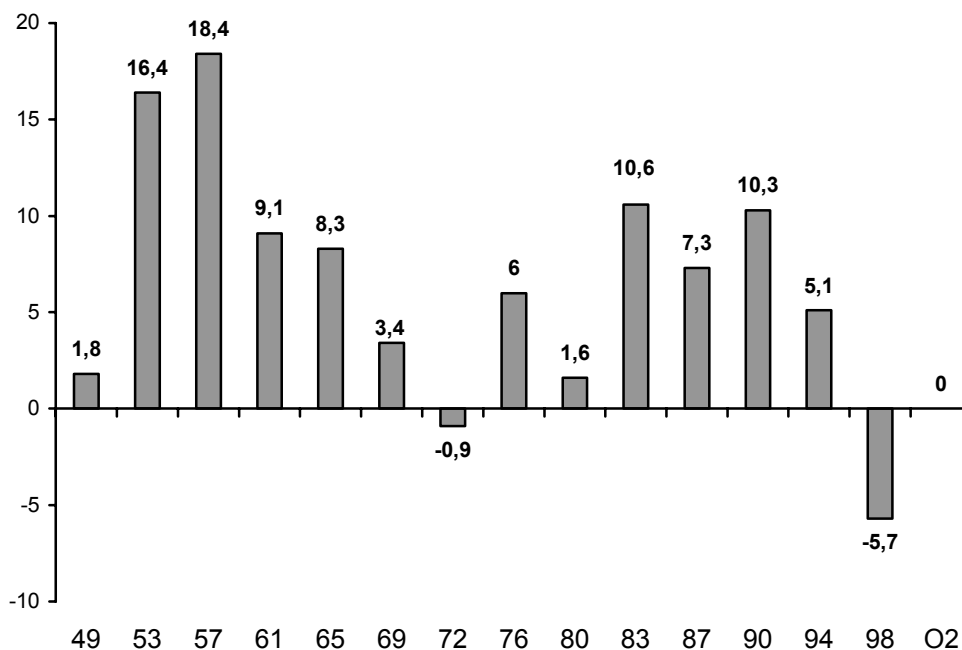
Tabelle 5: Zweitstimmenergebnisse bei Bundestagswahlen 1949-2002 sowie Mittelwerte 1949-2002 (%)					
	CDU/CSU	SPD	FDP	B90/G	PDS
1949	31,0	29,2	11,9		
1953	45,2	28,8	9,5		
1957	50,2	31,8	7,7		
1961	45,3	36,2	12,8		
1965	47,6	39,3	9,5		
1969	46,1	42,7	5,8		
1972	44,9	45,8	8,4		
1976	48,6	42,6	7,9		
1980	44,5	42,9	10,6	1,5	
1983	48,8	38,2	7,0	5,6	
1987	44,3	37,0	9,1	8,3	
1990	43,8	33,5	11,0	5,0	2,4
1994	41,4	36,4	6,9	7,3	4,4
1998	35,2	40,9	6,3	6,7	5,1
2002	38,5	38,5	7,4	8,6	4,0
Mittel	43,7	37,6	8,6	6,1	4,0

12 Bundestagswahl. Eine Analyse der Wahl vom 22. September 2002, Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V., Mannheim, Nr. 108, Mannheim: September 2002, S. 98 ff.

Das Stimmensplitting zwischen Schwarz und Gelb fiel dagegen bescheiden aus: Nur 35 Prozent der FDP-Wähler votierten für Unionskandidaten (aber 15% für SPD-Kandidaten), und ganze sechs Prozent der CDU/CSU-Erststimmwähler optierten für die FDP¹³. Die Weigerung der Liberalen, sich zu einem Bündnis mit der Union zu bekennen, war mithin selbstschädigend. Ihre Anhänger standen mentalitätsmäßig sowieso der CDU näher als der SPD¹⁴, und diese lehnte seit ihrer strategischen Umorientierung ein Bündnis mit den Liberalen explizit ab. Bei einem schwarz-gelben Schulterschluss wären die Aussichten auf einen Machtwechsel besser gewesen als mit dem sturen Beharren auf dem überheblichen "Projekt 18".

Grafik 7:

Zweitstimmendifferenz CDU/CSU - SPD bei Bundestagswahlen 1949-2002 (Prozentpunkte)



Die Wertung der Zweitstimmenergebnisse im Zeitvergleich (Tabelle 5) zeigt, dass die CDU/CSU trotz ihrer Zugewinne das drittschlechteste Resultat seit 1949 hinnehmen musste. Zwischen 1953 und 1994 hatte sie stets über 40 Prozent erreicht. Bei einem arithmetischen

13 Bundestagswahl (Anm. 12), S. 98 ff.

14 Nahezu zwei Drittel aller Wähler wollten von den Liberalen eine Koalitionsaussage, und 60 Prozent der FDP-Wähler sprachen sich für eine Koalition mit der Union aus. Bundestagswahl (Anm. 12), S. 13.

Mittel aller ihrer Wahlergebnisse von 43,7 Prozent liegt sie mit den 2002 erzielten 38,5 Prozent deutlich darunter. Mit 38,5 Prozent ist das diesjährige SPD-Ergebnis "normal" ausgefallen (Mittelwert 1949-2002: 37,6%). Die Zweitstimmendifferenz zur CDU/CSU beträgt Null, was im historischen Vergleich (Grafik 7) einen guten Wert darstellt. Denn bei den bislang 15 Bundestagswahlen rangierte die Union zwölf Mal zumeist deutlich vor der SPD, die die CDU/CSU nur zwei Mal (1972 und 1998) überflügeln konnte. Ob damit die Asymmetrie des Parteiensystems, also die ungleiche Verteilung der Machtchancen, beendet ist, werden wir später diskutieren (Abschnitt 7).

Die FDP liegt mit 7,4 Prozent unter ihrem Mittel von 8,6 Prozent. Die Bündnisgrünen können dagegen nicht nur auf ein überdurchschnittliches, sondern sogar auf ihr bestes Bundestagswahlergebnis überhaupt verweisen. Angesichts der langen Serie von Niederlagen bei Landtagswahlen und der pessimistischen Prognosen, die ihnen gestellt worden sind, kam dieses Resultat für viele überraschend. Die Befürchtung, dass die Partei als Koalitionspartner in die "babylonische Gefangenschaft" der SPD geraten könnte, war unbegründet. Die Grünen haben sich vielmehr als zugleich selbstbewusster und solidarischer Partner verhalten, Kompetenz bewiesen und wichtige Reformvorhaben bewirkt. Innerparteilicher Streit wird von ihren Anhängern offenbar hingenommen (oder sogar gewünscht), wenn er in konstruktive Lösungen mündet. Mit ihrer konsequenten Kritik an dem geplanten Militärschlag der USA gegen den Irak dürften sie zudem verlorenen Boden bei vielen Kriegsgegnern zurück erobert haben.

b) Regionale Aspekte

Der West-Ost-Vergleich (Tabelle 6) ergibt folgendes Bild: Die CDU/CSU erzielte ihren Zugewinn vor allem im Westen (+3,7 PP), im Osten verbesserte sie sich nur um einen Prozentpunkt. Die SPD verlor im Westen drei Prozentpunkte, gewann im Osten aber 4,6 Prozentpunkte hinzu. Seit dem mageren Ost-Ergebnis bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl 1990 (24,3%) steigerte sich die Sozialdemokratie in Ostdeutschland kontinuierlich bis auf jetzt 39,7 Prozent. Im Beitrittsgebiet schnitt sie heuer erstmalig besser ab als in der alten Bundesrepublik (38,3%). Der Aufschwung Ost der SPD trug also wesentlich zum Fortbestand

von Rot-Grün bei. Wir hatten bereits dargelegt (Grafik 6), dass sich die Umfrageergebnisse der Ost-SPD kontinuierlich verbesserten, nachdem Gerhard Schröder den Strategiewechsel eingeleitet hatte. Damit war ja nicht nur eine Rückbesinnung auf die Stammwähler der SPD verbunden, sondern auch eine Hinwendung zum Grundwert soziale Gerechtigkeit, der vor allem in den neuen Bundesländern als besonders wichtig angesehen wird. Die SPD hat die Position der PDS nicht nur durch das umsichtige Management der Hochwasserkatastrophe und durch die Anlehnung eines Militärschlags gegen den Irak geschwächt, sondern auch durch die besondere Hervorhebung der sozialen Frage seit dem Wahlparteitag Anfang Juni 2002.

Tabelle 6: Zweitstimmenergebnisse bei gesamtdeutschen Bundestagswahlen 1990-2002: West-Ost-Vergleich¹⁾ (%)												
	CDU/CSU ²⁾		SPD		FDP		B90/G		PDS		REX ³⁾	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
1990	44,3	41,8	35,7	24,3	10,6	12,9	4,8	6,3	0,3	11,1	2,6	1,6
1994	42,1	38,5	37,5	31,5	7,7	3,5	7,9	4,3	1,0	19,8	2,0	1,2
1998	37,1	27,3	42,3	35,1	7,0	3,3	7,3	4,1	1,2	21,6	2,8	5,0
2002	40,8	28,3	38,3	39,7	7,6	6,4	9,4	4,7	1,1	16,9	0,9	1,7

1) Westdeutschland einschl. Berlin-West; Ostdeutschland einschl. Berlin-Ost.

2) In Ostdeutschland nur CDU.

3) 1990: REP, NPD, DDD; 1994: REP; 1998: DVU, NPD, REP; 2002: NPD, REP; die "Schill-Partei" wird nicht zu den rechtsextremen Parteien gerechnet. Sie erreichte bundesweit 0,8%, West: 0,7%, Ost: 1,2%.

Die FDP erreichte im Osten 6,4 Prozent und verdoppelte damit ihr Ergebnis von 1998. Die Grünen verbesserten sich im Osten leicht von 4,1 Prozent auf 4,7 Prozent und brachten es im Westen auf stolze 9,4 Prozent. Die PDS sackte im Beitrittsgebiet um 4,7 Prozentpunkte auf 16,9 Prozent ab, blieb im Westen aber auf minimalem Niveau stabil. Die Westausdehnung scheint damit endgültig gescheitert zu sein.

Tabelle 7: (Zweit-)Stimmenergebnisse von DVU, NPD und REP bei Bundestags- und Europawahlen in West- und Ostdeutschland sowie in der Bundesrepublik insgesamt 1990-2002 (%)						
Partei	Westdeutschland ^{a)}		Ostdeutschland ^{b)}		BRD insgesamt	
	Stimmen	v.H.	Stimmen	v.H.	Stimmen	v.H.
BTW 1990						
DDD ^{c)}	672	0,0	337	0,0	1.009	0,0
NPD	122.564	0,3	23.212	0,3	145.776	0,3
REP	871.773	2,3	115.496	1,3	987.269	2,1
Insges.	995.009	2,6	139.045	1,6	1.134.054	2,4
EW 1994						
NPD	58.517	0,2	18.720	0,3	77.237	0,2
REP	1.172.345	4,2	214.718	3,0	1.387.063	3,9
Insges.	1.230.862	4,4	233.438	3,3	1.464.300	4,1
BTW 1994						
REP	765.906	2,0	109.333	1,3	875.239	1,9
BTW 1998						
DVU	334.341	0,8	266.851	2,8	601.192	1,2
NPD	58.570	0,1	68.001	0,7	126.571	0,3
REP	764.843	1,9	141.540	1,5	906.383	1,8
Insges.	1.157.754	2,9	476.392	5,0	1.634.146	3,3
EW 1999						
NPD	55.426	0,3	52.236	0,9	107.662	0,4
REP	355.914	1,7	105.124	1,9	461.038	1,7
Insges.	411.340	1,9	157.360	2,8	568.700	2,1
BTW 2002^{d)}						
NPD	111.173	0,3	104.059	1,2	215.232	0,4
REP	235.114	0,6	45.557	0,5	280.671	0,6
Insges.	346.287	0,9	149.616	1,7	495.903	1,0

a) Einschl. Berlin-West.

b) Einschl. Berlin-Ost.

c) Bund der Deutschen Demokraten, REP-Abspaltung.

d) Die "Schill-Partei" wird nicht zu den rechtsextremen Parteien gerechnet. Sie erzielte bundesweit 0,8 Prozent der Zweitstimmen, im Westen 0,7 Prozent und im Osten 1,2 Prozent.

BTW Bundestagswahl.

EW Europawahl.

Die rechtsextremen Parteien haben in beiden Landeshälften stark verloren, waren aber - wie übrigens auch die "Schill-Partei" - im Osten wiederum erfolgreicher als im Westen. Die DVU war dieses Mal gar nicht erst angetreten. Die Republikaner befinden sich seit längerer Zeit in Auflösung und verschlechterten sich im Westen gegenüber 1998 um 1,3 Prozentpunkte auf 0,6 Prozent und im Osten um einen Prozentpunkt auf 0,5 Prozent. Die NPD legte hingegen zu, im Westen um 0,2 Prozentpunkte auf 0,3 Prozent und im Osten um 0,5 Prozentpunkte auf 1,2 Prozent. Sie ist jetzt also bei Wahlen in Ostdeutschland erfolgreicher als die Republikaner und genau so stark wie die "Schill-Partei".

Die Rechtsaußen-Parteien blieben nicht nur deshalb marginal, weil sie sich alle in einem desolaten Zustand befinden. Der Lagerwahlkampf bot ihnen auch kaum Möglichkeiten der Selbstdarstellung, zumal ihnen Möllemann wenigstens teilweise das Wasser abgegraben haben dürfte. Inwieweit die FDP vom rechten Rand profitiert hat, ließ sich nicht ermitteln. Überdies wird den ultrarechten Parteien keine Kompetenz für die Probleme zugeschrieben, die im Wahlkampf vorrangig waren, und die Themen Ausländer/Asyl und Innere Sicherheit hatten nur geringe Bedeutung.

Insgesamt haben sich die Ost-West-Unterschiede hinsichtlich der Parteipräferenzen verringert: Die FDP liegt im Osten jetzt deutlich über fünf Prozent, die Bündnisgrünen sind dicht an die Fünf-Prozent-Marke herangerückt, und die PDS ist schwächer geworden. Die Grünen und erst recht die FDP können nicht mehr als reine Westparteien bezeichnet werden, während die PDS nach wie vor eine - allerdings schrumpfende - Regionalpartei darstellt. Die Wettbewerbsbedingungen im West und Ost gleichen sich langsam an. Anders als im Westen, wo die Union (mit geringem Abstand) vorne liegt, ist im Osten die SPD allerdings die dominierende Großpartei.

Die Zweitstimmenergebnisse in den Bundesländern (Tabelle 8) zeigen, dass die Union ihre Zugewinne fast ausschließlich in Bayern, Baden-Württemberg und im Saarland erzielt hat. In Bayern fuhr die CSU ein Rekordergebnis von 58,6 Prozent ein, was einen Zuwachs von 10,9 Prozentpunkten bedeutete. Über 40 Prozent holte die CDU in Baden-Württemberg und im

Saarland. Am unteren Ende liegen Thüringen (Alleinregierung der CDU), Sachsen-Anhalt und Hamburg, das Schlusslicht bildet (wie immer) Brandenburg mit 22,3 Prozent.

Tabelle 8: Zweitstimmenergebnisse der Bundestagswahl 2002 in den Ländern (%) sowie Differenzen zur Vorwahl (Prozentpunkte)										
	SPD		CDU/CSU		B90/G		FDP		PDS	
	2002	Diff.	2002	Diff.	2002	Diff.	2002	Diff.	2002	Diff.
SH	42,9	-2,6	36,0	+0,3	9,4	+2,9	8,0	+0,5	1,3	-0,2
HH	42,0	-3,7	28,1	-1,9	16,2	+5,4	6,8	+0,4	2,1	-0,2
NS	47,8	-1,6	34,5	+0,4	7,3	+1,4	7,1	+0,7	1,0	0
Bre	48,6	-1,6	24,6	-0,9	15,0	+3,7	6,7	+0,8	2,2	-0,2
NRW	43,0	-3,9	35,1	+1,3	8,9	+2,0	9,3	+2,1	1,2	0
He	39,7	-1,8	37,1	+2,4	10,7	+2,5	8,2	+0,4	1,3	-0,1
RLP	38,2	-3,1	40,2	+1,1	7,9	+1,8	9,3	+2,2	1,0	0
BW	33,5	-2,1	42,8	+5,1	11,4	+2,1	7,8	-1,0	0,9	0
Bay	26,1	-8,3	58,6	+10,9	7,6	+1,7	4,5	-0,6	0,7	0
Saar	46,0	-6,5	35,0	+3,1	7,6	+2,1	6,4	+1,7	1,4	+0,4
Bln	36,6	-1,2	25,9	+2,2	14,6	+3,3	6,6	+1,8	11,4	-2,1
Brbg	46,4	+2,9	22,3	+1,5	4,5	+0,9	5,8	+3,0	17,2	-3,1
MV	41,7	+6,3	30,3	+1,0	3,5	+0,6	5,4	+3,2	16,3	-7,3
S-A	43,2	+5,1	29,0	+1,8	3,4	+0,1	7,6	+3,5	14,4	-6,3
Sa	33,3	+4,2	33,6	+0,9	4,6	+0,2	7,3	+3,6	16,2	-3,8
Thü	39,9	+5,4	29,4	+0,5	4,3	+0,4	5,9	+2,5	17,0	-4,3
BRD	38,5	-2,4	38,5	+3,3	8,6	+1,9	7,4	+1,1	4,0	-1,1

Die SPD verlor in allen westlichen Bundesländern und in Berlin, besonders stark in Bayern und Baden-Württemberg und dann aber auch in Nordrhein-Westfalen und Hamburg. Ihr unbe-

friedigendes Gesamtergebnis verdankt die SPD insbesondere den Korruptionsaffären in NRW. In den neuen Bundesländern legte sie dagegen überall zu, in Sachsen allerdings vergleichsweise wenig. Über 40 Prozent erreichte die SPD in neun Bundesländern, an der Spitze Bremen und Niedersachsen gefolgt von Brandenburg und dem Saarland. Über 30 Prozent hatte sie in weiteren sechs Ländern. Die rote Laterne leuchtete in Bayern mit 26,1 Prozent. Zweitstimmenmehrheiten fielen der SPD in 12 Ländern zu, in vier Ländern schnitt die Union besser ab: in Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und, ganz knapp, in Sachsen. Rheinland-Pfalz ist das einzige SPD-regierte Bundesland, in dem die CDU Zweitstimmensieger wurde. Umgekehrt erreichte die SPD in fünf CDU-regierten Ländern die Mehrheit: Hamburg, Hessen, Saarland, Sachsen-Anhalt und Thüringen.

Tabelle 9: Zweitstimmenergebnisse der Bundestagswahl 2002 nach Regionen (%) sowie Differenzen zur Vorwahl (Prozentpunkte)										
	SPD		CDU/CSU		B90/G		FDP		PDS	
	2002	Diff.	2002	Diff.	2002	Diff.	2002	Diff.	2002	Diff.
Nord	44,7	-2,3	33,5	+0,4	10,1	+2,5	7,3	+0,7	1,5	-0,1
Mitte	42,2	-3,4	35,6	+1,6	9,3	+2,1	9,1	+1,7	1,2	+0,0
Süd	31,4	-5,3	49,2	+7,2	9,0	+1,9	6,5	-0,3	0,8	+0,0
Ost	39,7	+4,6	28,3	+1,0	4,7	+0,6	6,4	+3,1	16,9	-4,7
BRD	38,5	-2,4	38,5	+3,3	8,6	+1,9	7,4	+1,1	4,0	-1,1

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen Mannheim (vorläufiges amtliches Endergebnis)¹⁵.

Nord: SH, HH, NS, Bre, Bln-W;

Mitte: NRW, He;

Süd: Saar, RLP, BW, Bay;

Ost: MV, Brbg, Bln-O, S-A, Sa, Thü.

Die FDP expandierte in allen Ländern bis auf Bayern und Baden-Württemberg. Zuwachs fand sie vor allem in den fünf neuen Bundesländern sowie in Rheinland-Pfalz und in NRW. In diesen

¹⁵ Bundestagswahl (Anm. 12), S. 27.

beiden Länder erreichte sie auch mit jeweils 9,3 Prozent ihre besten Ergebnisse. Eine Acht vor dem Komma stand in Hessen und Schleswig-Holstein. Möllemanns populistische Skandal-Strategie war in seinem Heimatland also durchaus erfolgreich. Die Grünen verbuchten in allen Ländern Zugewinne, die allerdings im Osten deutlich bescheidener ausfielen als im Westen. Zweistellige Ergebnisse gab es in fünf Ländern, allen voran die Stadtstaaten Hamburg (16,2%), Bremen (15,0%) und Berlin (14,6%). Am Ende der Skala stehen Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt mit jeweils dreieinhalb Prozent. (Zur PDS siehe Abschn. 5.)

Neben dem nach wie vor bestehenden West-Ost-Unterschied zeigt sich im Wahlverhalten also im Westen auch ein Nord-Süd-Gefälle (Tabelle 9). Die Zweitstimmenanteile und die Zugewinne der CDU gegenüber 1998 wachsen vom Norden über die Mitte zum Süden, während die SPD in umgekehrter Richtung zulegt. Dies gilt auch für die Bündnisgrünen und für die PDS. Die FDP verzeichnet ihre besten Werte in der Mitte, es folgt der Norden und dann der Süden. Das Nord-Süd-Gefälle hängt auch damit zusammen, dass die Unionsparteien besonders von Katholiken, insbesondere von solchen mit hoher Kirchenbindung, präferiert werden, und die finden sich häufiger im Süden als im eher evangelischen Norden, wo auch der Anteil der Konfessionslosen größer ist als im Süden. Ein katholisch-konservativer Kanzlerkandidat aus Bayern ist im Norden und Osten "nicht vermittelbar"¹⁶.

c) Sozialstrukturelle Aspekte

In Westdeutschland wachsen die Zweitstimmenanteile der SPD, der Grünen und der PDS mit zunehmender Bevölkerungsdichte (Tabelle 10). In städtischen Ballungsgebieten waren die Grünen und die Postkommunisten doppelt so erfolgreich wie in dünn besiedelten Regionen. Die Anteile der Union im Westen sinken dagegen in dem Maß, wie die Einwohnerzahl zunimmt. CDU und CSU sind in vor allem in den Großstädten des Westens deutlich unterdurchschnittlich vertreten. Auch ihre Zugewinne fielen in den dicht besiedelten Gebieten geringer aus als in

16 Infratest dimap: Wahlreport. Wahl zum 15. Deutschen Bundestag 22. September 2002, Berlin, Oktober 2002, S. 7.

den ländlichen Regionen. In Ostdeutschland wurden nur die Bündnisgrünen und die PDS in besonders stark besiedelten Gebieten überdurchschnittlich häufig gewählt.

Tabelle 10: Zweitstimmenergebnisse der Bundestagswahl 2002 nach Bevölkerungsdichte (%)					
	SPD	CDU/CSU	Grüne	FDP	PDS
Westdeutschland					
Sehr niedrig (-170 EW)	34,7	49,2	6,5	6,2	0,8
Niedrig (-300 EW)	37,1	43,4	8,1	7,7	0,9
Mittel (-1000 EW)	39,5	38,2	9,8	8,5	1,1
Hoch (-5300 EW)	41,7	32,3	13,2	7,9	1,8
Insgesamt	38,3	40,8	9,4	7,6	1,1
Ostdeutschland					
Sehr niedrig (-90 EW)	43,9	27,9	3,4	6,0	15,9
Niedrig (-150 EW)	40,9	29,2	3,6	6,4	16,2
Mittel (-400 EW)	36,1	32,5	4,0	7,0	15,8
Hoch (-3800 EW)	39,0	22,4	8,6	6,0	19,7
Insgesamt	39,8	28,3	4,8	6,4	16,8

Bevölkerungsdichte: Einwohner pro Quadratkilometer.

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen Mannheim (Wahltagsbefragung, nur Urnenwähler)¹⁷.

Zum knappen Wahlsieg von Rot-Grün haben die Frauen einen wichtigen Beitrag geleistet: 41 Prozent von ihnen votierten für die SPD und zehn Prozent für die Grünen. Diesen insgesamt 51 Prozent standen 44 Prozent für Schwarz-Gelb gegenüber. Erfolgreich war die Regierungskoalition auch bei den 18-21jährigen: 40 Prozent der Erstwähler sprachen sich für die SPD

¹⁷ Bundestagswahl (Anm. 12), S. 101 f.

aus (im Osten sogar 46%), 30 Prozent für CDU/CSU, zehn Prozent für die Grünen, neun Prozent für die FDP und vier Prozent für die PDS (im Osten 12%). Rot-Grün kam bei den Erstwählern auf 51 Prozent, Schwarz-Gelb nur auf 39 Prozent¹⁸. Dass die Grünen bei Jungwählern so hoch im Kurs stehen, kann mit der veränderten Mentalität junger Leute erklärt werden. Sie neigen offenbar eher zu einer pragmatischen Reformpolitik als zu Fundamentalopposition und stehen durchaus auf sympathische Politikertypen (wie Joschka Fischer oder Renate Künast)¹⁹. Die Zweitstimmenanteile der CDU/CSU wachsen mit zunehmendem Alter, ihre Gewinne erzielten sie freilich eher bei jüngeren Wählern.

Gegenüber der Bundestagswahl 1998 hat die SPD vor allen bei den Arbeitern verloren, insgesamt fünf Prozentpunkte. Die Verluste fanden freilich nur im Westen statt (-8 PP), im Osten gab es sogar einen kleinen Zuwachs. Die Union legte dafür bei den Arbeitern bundesweit um acht Prozentpunkte zu²⁰. Dennoch ist die SPD nach wie vor Mehrheitspartei bei den Arbeitern in Ost und West (Tabellen 11, 12). Aber der Rückhalt in ihrer klassischen Klientel geht weiter zurück. Dies gilt entsprechend für Gewerkschaftsmitglieder. In dieser Gruppe verlor die SPD ebenfalls insgesamt fünf Prozentpunkte, bei den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern sogar sieben Prozentpunkte. Bei den Gewerkschaftern im Angestelltenstatus legten die Sozialdemokraten allerdings drei Prozentpunkte zu²¹. Dennoch bilden die Gewerkschaften auch weiterhin eine bedeutende Wählerbank der SPD. 59,7 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder wählten Rot-Grün und lagen damit 12,6 Prozentpunkte über dem Durchschnitt²².

Überdurchschnittliche Werte erreichte die CDU/CSU bei den Selbständigen und den Landwirten, und zwar in West und Ost. Die FDP wurde in beiden Teilen der Republik besonders von den 18-29jährigen, von den Auszubildenden und den Selbständigen gewählt (mit einer Ausnahme: zweistellig). Im Westen entschieden sich 17 Prozent der Auszubildenden (FDP: 10%), 16 Prozent (!) der Beamten (FDP: 6%) und 11 Prozent der Selbständigen (FDP: 13%) für die

18 Infratest dimap (Anm. 16), S. 85 f. sowie dort Tab. 1.0 im Anhang.

19 Vgl. Die Tageszeitung v. 25.9. 2002, S. 14.

20 Bundestagswahl (Anm. 12), S. 55.

21 Bundestagswahl (Anm. 12), S. 60.

22 Einblick, Nr. 17/02, S. 1 (Datenquelle: FGW).

Tabelle 11: Zweitstimmenergebnisse der Bundestagswahl 2002 in den sozialen Gruppen (%): Nur Westdeutschland					
	SPD	CDU/CSU	Grüne	FDP	PDS
Alter					
18-29 Jahre	37	36	11	9	2
30-44 Jahre	41	35	12	8	1
45-59 Jahre	38	42	10	8	1
60 und älter	36	50	5	6	1
Berufstätig					
Berufstätig	38	39	10	9	1
Rentner	38	48	5	6	1
In Ausbildung	39	30	17	10	2
Arbeitslos	45	30	10	7	3
Berufsgruppe					
Arbeiter	45	39	5	6	1
Angestellte	41	37	11	8	1
Beamte	32	43	16	6	1
Selbständige	21	52	11	13	1
Landwirte	13	76	3	5	1
Gewerk.-Mitgl.					
Ja	52	28	10	6	2
Nein	35	43	10	8	1
Arbeiter + Gewerk.					
Gew.-Mitglied	56	29	5	6	1
Kein Mitglied	40	44	4	7	1
Angest. + Gewerk.					
Gew.-Mitglied	58	21	12	5	2
Kein Mitglied	38	40	11	8	1
Insgesamt	38,3	40,8	9,4	7,6	1,1

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen Mannheim (Wahltagsbefragung, nur Urnenwähler)²³.

Tabelle 12: Zweitstimmenergebnisse der Bundestagswahl 2002 in den sozialen Gruppen (%): Nur Ostdeutschland					
	SPD	CDU	Grüne	FDP	PDS
Alter					
18-29 Jahre	39	24	6	12	12
30-44 Jahre	35	30	7	7	16
45-59 Jahre	39	30	3	5	19
60 und älter	47	27	3	4	18
Berufstätig					
Berufstätig	37	31	5	8	16
Rentner	46	27	3	3	19
In Ausbildung	38	21	10	11	16
Arbeitslos	37	22	6	6	21
Berufsgruppe					
Arbeiter	40	30	3	7	15
Angestellte	41	26	6	6	19
Beamte	37	25	4	5	24
Selbständige	22	44	8	10	13
Landwirte	35	40	2	7	13
Gewerk.-Mitgl.					
Ja	46	21	4	5	20
Nein	38	30	5	7	16
Arbeiter + Gewerk.					
Gew.-Mitglied	45	26	3	4	16
Kein Mitglied	39	31	3	7	15
Angest. + Gewerk.					
Gew.-Mitglied	49	15	5	4	24
Kein Mitglied	39	28	6	6	18
Insgesamt	39,7	28,3	4,8	6,4	16,8

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen Mannheim (Wahltagsbefragung, nur Urnenwähler)²⁴.

Grünen, im Osten taten das zehnte Prozent der Auszubildenden (FDP: 11%) und acht Prozent der Selbständigen (FDP: 10%). Wie immer punkteten die Grünen bei den Abiturienten (13%) und bei den Hochschulabsolventen (18%). In Westdeutschland war die SPD bei den Arbeitslosen besonders erfolgreich (45%), in Ostdeutschland votierten nur 37 Prozent von ihnen für die SPD, 21 Prozent aber für die PDS (siehe auch Abschnitt 5, S. 60 ff.).

d) Wählerwanderungen

Aus der Wählerwanderungsbilanz von Infratest dimap²⁵ ergibt sich zunächst einmal, dass auch bei der Bundestagswahl 2002 das Wahlverhalten überwiegend konsistent ausfiel: 75 Prozent der Wähler, die sich sowohl an der Bundestagswahl 1998 also auch an der vergangenen Bundestagswahl beteiligt haben, entschieden sich für dieselbe Partei, der sie auch 1998 ihre (Zweit-) Stimme gegeben haben. Unter Einbeziehung der Erstwähler, der ehemaligen Nichtwähler und der Bevölkerungsmobilität beträgt der Anteil der Wiederwähler bei der SPD 73 Prozent, bei der CDU/CSU 69 Prozent, bei der PDS 65 Prozent, bei den Bündnisgrünen 48 Prozent und bei der FDP 36 Prozent (Tabelle 13). Das Elektorat verhält sich beim Wahlakt mithin keineswegs so volatil, wie häufig behauptet wird. Betrachtet man nur die Verhältnisse in Ostdeutschland, dann zeigt sich eine etwas größere Flexibilität: Der Wählerstamm bezieht sich bei der PDS auf 74 Prozent, bei der CDU auf 67 Prozent, bei der SPD auf 59 Prozent bei den Grünen auf 48 Prozent und bei der FDP auf 26 Prozent (Tabelle 14).

Die Verluste der SPD beruhen vor allem darauf, dass sie ihre Wanderungsgewinne von 1998 nicht halten konnte. 1,1 Millionen Stimmen wanderten zur CDU/CSU (zurück?), eine halbe Million kam den Grünen (offenbar per Stimmensplitting) zugute und 340.000 Stimmen wurden an die FDP abgegeben. Parteiwechsler bezogen die Sozialdemokraten vor allem von der PDS (rund 300.000), und zwar in Ostdeutschland. Die Zugewinne der Union speisten sich primär aus dem Lager der SPD und aus dem der sonstigen Parteien (310.000). Im Saldo verlor die CDU/CSU an keine Partei Stimmen, auch nicht an die Nichtwähler. Im Gegenteil: Aus dem Lager der Wahlverweigerer von 1998 mobilisierte die Union sogar knapp 200.000 Stimmen.

25 Infratest dimap (Anm. 16), S. 37 ff.

Um die SPD zu überflügeln, hätte sie also noch mehr Wechselwähler gewinnen müssen. Die FDP profitierte primär von ehemaligen SPD-Wählern und von Wählern der sonstigen Parteien (100.000). An die Union gab sie (nur) 20.000, an die Grünen dagegen 60.000 Stimmen ab. Der Wanderungsgewinn der Bündnisgrünen speiste sich vornehmlich aus sozialdemokratischem Potenzial, aber auch aus dem Bereich der Erstwähler. Die PDS verlor gleichermaßen an die Nichtwähler (260.000) und an die SPD. Die Postkommunisten haben bei der Anhängermobilisierung also besonders schlecht abgeschnitten.

Tabelle 13: Wählerwanderungen zwischen den Bundestagswahlen 1998 und 2002 in der Bundesrepublik insgesamt (abs.)					
Austausch mit:	Wählerstromkonten (Salden)				
	CDU/CSU	SPD	B90/G	FDP	PDS
CDU/CSU	-	-1.120.000	0	-20.000	-50.000
SPD	1.120.000	-	500.000	340.000	-290.000
B90/G	0	-500.000	-	-60.000	0
FDP	20.000	-340.000	60.000	-	-20.000
PDS	50.000	290.000	0	20.000	-
Andere	310.000	130.000	60.000	100.000	20.000
Summe Parteien	1.500.000	-1.540.000	620.000	380.000	-340.000
Nichtwähler	190.000	-60.000	-60.000	10.000	-260.000
Erstwäh./Verstorbene	-540.000	-180.000	190.000	30.000	-40.000
Zu-/Fortgezogene	20.000	90.000	30.000	20.000	-10.000
Wählerströme insges.	1.170.000	-1.690.000	780.000	440.000	-650.000
Wählerstamm	12.690.000	13.470.000	1.960.000	1.270.000	1.220.000
Wählerstimmen 2002	18.470.000	18.480.000	4.080.000	3.520.000	1.890.000
Wiederwähler (%) ^{a)}	68,7	72,9	48,0	36,1	64,6

Quelle: ARD/Infratest dimap Wahlberichterstattung²⁶.

a) Anteil Wählerstamm an Wählerstimmen 2002 bzw. "Haltequote" (eigene Berechnungen).

Die Verluste der SPD vollzogen sich im Westen. In Ostdeutschland (Tabelle 14) gewann sie 290.000 Stimmen von der PDS und den sonstigen Parteien, verlor allerdings 180.000 Stimmen

26 Infratest dimap (Anm. 16), S. 37 ff.

an das Nichtwählerlager, was auf eine geringe Anhänger mobilisierung hindeutet. Erhebliche Mobilisierungsdefizite wiesen auch die CDU und die PDS auf. Die FDP rekrutierte ihre neuen Wähler aus allen Richtungen, nur die Grünen blieben unter dem Strich ungeschoren. Neben den Liberalen profitierten auch die SPD und die Bündnisgrünen vom Generationswechsel. CDU und PDS mussten hier Einbußen hinnehmen.

Tabelle 14: Wählerwanderungen zwischen den Bundestagswahlen 1998 und 2002 in Ostdeutschland^{a)} (abs.)

Austausch mit:	Wählerstromkonten (Salden)				
	CDU	SPD	B90/G	FDP	PDS
CDU	-	-70.000	-10.000	70.000	-40.000
SPD	70.000	-	0	50.000	-310.000
B90/G	10.000	0	-	0	-10.000
FDP	-70.000	-50.000	0	-	-20.000
PDS	40.000	310.000	10.000	20.000	-
Andere	70.000	100.000	10.000	30.000	10.000
Summe Parteien	120.000	290.000	10.000	170.000	-370.000
Nichtwähler	-160.000	-180.000	-10.000	40.000	-160.000
Erstwäh./Verstorbene	-80.000	30.000	20.000	30.000	-50.000
Zu-/Fortgezogene	-30.000	-10.000	-10.000	-10.000	-30.000
Wählerströme insges.	-150.000	130.000	10.000	230.000	-610.000
Wählerstamm	1.640.000	2.060.000	190.000	140.000	1.080.000
Wählerstimmen 2002	2.440.000	3.470.000	400.000	540.000	1.460.000
Wiederwähler (%) ^{b)}	67,2	59,4	47,5	25,9	74,0

Quelle: ARD/Infratest dimap Wahlberichterstattung²⁷.

a) Einschl. Ost-Berlin.

b) Anteil Wählerstamm an Wählerstimmen 2002 bzw. "Haltequote" (eigene Berechnungen).

e) Leistungen und Kompetenzen

In Wahlanalysen und in der praktischen Politik wird die Bedeutung der Spitzenkandidaten oft überschätzt. Bei der Bundestagswahl 2002 orientierte sich etwa die Hälfte der Wähler an den Zielen und an der Leistungsfähigkeit der Parteien, ein Fünftel war durch langfristige Parteibindung geprägt und ein Drittel ließ sich bei seinem Wahlverhalten von den Persönlichkeitsmerkmalen der Spitzenkandidaten leiten²⁸. So erklärt sich die Diskrepanz zwischen der überwältigenden Popularität von Joschka Fischer und dem dagegen kümmerlichen Zweitstimmenergebnis der Grünen. Auch die Werte für die SPD lagen deutlich unter denen für Gerhard Schröder.

Der "historische Wahlsieg" der SPD von 1998²⁹ war - wie eingangs berichtet - durch hohe Erwartungen an die Reformkoalition gekennzeichnet, und zwar sowohl seitens der Anhänger der SPD als auch seitens der drei Millionen neuen Wähler, die sich die Sozialdemokratie damals erschließen konnte. Die Erwartungen bezogen sich in erster Linie auf die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage und auf den Abbau der Arbeitslosigkeit. Arbeitslosigkeit blieb mit weitem Abstand das wichtigste Problem der Bevölkerung. Trauten der SPD Anfang 1999 noch 48 Prozent zu, Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen, so waren es im Juni 2002 nur noch 27 Prozent. Gleichzeitig verbesserte sich die entsprechende Kompetenzzuschreibung für die CDU/CSU von 27 Prozent auf 42 Prozent. Bis zum Wahltag verbesserten sich dann aber die Werte der SPD unter dem Eindruck der Hochwasserkatastrophe wieder bis auf 38 Prozent, während die der Union zunächst weiter bis auf 46 Prozent kletterten, dann aber bis auf 41 Prozent zurück gingen. Die Christdemokraten verfügten am Vorabend der Wahl also nur über einen geringen Kompetenzvorsprung von drei Prozentpunkten³⁰. Gegen Ende der Legislaturperiode verschlechterte sich die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage allerdings dramatisch. Anfang September 2002 wurde sie von 87 Prozent der Befragten als weniger gut bzw. schlecht beurteilt. Immerhin glaubten damals 42 Prozent, dass sich die Verhältnisse künftig verbessern würden.

28 Infratest dimap (Anm. 16), S. 83.

29 Stöss/Neugebauer (Anm. 5).

30 Infratest dimap (Anm. 16), S. 108.

"Die negative Sicht der wirtschaftlichen Lage steht im Gegensatz zur Bewertung der eigenen finanziellen Situation, die mehr als zwei Drittel als sehr gut (5%) bzw. gut (64%) einschätzen. Dieses Auseinanderklaffen zwischen der Bewertung der allgemeinen und der persönlichen Wirtschaftslage lässt darauf schließen, dass zwar ein Großteil der Bürger nicht direkt von der Wirtschaftsmisere betroffen ist, gleichzeitig aber eine große Verunsicherung herrscht. Dieses Bild deckt sich weitgehend mit der Einschätzung, ob man sich als Gewinner (61%) oder Verlierer (21%) der gesellschaftlichen Entwicklung fühlt. (...) Die kritische Bewertung der wirtschaftlichen Gesamtsituation spiegelt sich auch in der kritischen Beurteilung der Verhältnisse in Deutschland wider: Zwei Drittel äußern sich beunruhigt (66%), während nur ein Viertel (29%) zuversichtlich in die Zukunft blickt."³¹

In den beiden zentralen Politikbereichen, auf die sich die Erwartungen an die SPD konzentrierten, hatte die SPD - jedenfalls in den Augen eines Teils der Wähler - versagt. Das entschlossene Flutmanagement des Bundeskanzlers hat dann aber offenbar bewirkt, dass sich die Stimmung kurzfristig verbesserte.

Da innerhalb der Regierungskoalition nicht die Grünen sondern die SPD für Wirtschaft und Arbeit zuständig war und den Grünen diesbezüglich auch kaum Kompetenzen zugeschrieben wurden, wurde die Sozialdemokratie für das Versagen der Bundesregierung abgestraft. Die 1998 neu erschlossenen Wählerschichten wandten sich teilweise wieder der CDU/CSU zu, und viele unzufriedenen Stammwähler der SPD blieben der Wahl fern. Dass die SPD vor allem bei Arbeitern und Gewerkschaftsmitgliedern Stimmen verlor, beruht darauf, dass es ihr nicht hinreichend gelungen ist, dem weit verbreiteten Eindruck entgegenzuwirken, dass sie sich mehr um die Belange der Großunternehmen als um die der "kleinen Leute" kümmert. Jedenfalls trauten die Wähler den Unionsparteien in den zentralen "bread and butter"-Fragen mehr zu als der SPD.

Der SPD wurden in folgenden Politikfeldern besondere Kompetenzen zugeschrieben³²:

- Für soziale Gerechtigkeit sorgen: 52 Prozent (CDU/CSU: 25%);
- Die bei der Hochwasserkatastrophe zerstörten Regionen wieder aufbauen: 52 Prozent (CDU/CSU: 25%);
- Eine gute Familienpolitik betreiben: 46 Prozent (CDU/CSU: 31%);
- Die Altersversorgung langfristig sichern: 44 Prozent (CDU/CSU: 31%);
- Einsatz für den Frieden: 42 Prozent (CDU/CSU: 23%);

31 Infratest dimap (Anm. 16), S. 101.

32 Infratest dimap (Anm. 16), S. 106.

- Eine gute Steuerpolitik betreiben: 42 Prozent (CDU/CSU: 34%);
- Aufbau der ostdeutschen Wirtschaft vorantreiben: 41 Prozent (CDU/CSU: 36%);
- Eine gute Gesundheitspolitik betreiben: 37 Prozent (CDU/CSU: 31%);
- Eine gute Ausländer- und Asylpolitik betreiben: 37 Prozent (CDU/CSU: 35%);
- Eine verlässliche Außenpolitik betreiben: 33 Prozent (CDU/CSU: 29%).

Die CDU/CSU dominierte dagegen in folgenden Kompetenzbereichen³³:

- Kriminalität und Verbrechen bekämpfen: 50 Prozent (SPD: 30%);
- Den Wirtschaftsstandort Deutschlands voranbringen: 46 Prozent (SPD: 37%);
- Eine gute Bildungspolitik betreiben: 41 Prozent (SPD: 37%);
- Arbeitsplätze sichern und neue schaffen: 41 Prozent (SPD: 38%);
- Den Wohlstand der Bürger sichern: 40 Prozent (SPD: 37%).

Die wahlentscheidenden Themen (Tabelle 15) waren (in dieser Reihenfolge) Wirtschaftspolitik, Arbeitsmarktpolitik und soziale Gerechtigkeit. Im Osten stand allerdings soziale Gerechtigkeit an erster Stelle. Für 42 Prozent der SPD-Wähler war die soziale Gerechtigkeit ausschlaggebend für ihr Votum (im Osten sogar für 45%). Von den Unionsanhängern benannten in Ost- und West jeweils 53 Prozent die Wirtschaftspolitik und 42 Prozent die Arbeitsmarktpolitik als maßgeblich für ihre Stimmabgabe. Bei den Wählern der Grünen stand die Umweltpolitik an der Spitze, bei denen der Liberalen die Wirtschaftspolitik und bei denen der PDS die soziale Gerechtigkeit.

Nach Sachgebieten geordnet, wurde die Wirtschaftspolitik besonders von den Wählern der Union und der FDP genannt, die Arbeitsmarktpolitik und - mit weitaus weniger Nennungen - die Ausländerpolitik und die Innere Sicherheit hoben die Anhänger der CDU/CSU besonders hervor, die Umweltpolitik spielte bei den Grünen die größte Rolle, die Steuerpolitik wurde von den Wählern der FDP und der Union relativ häufig erwähnt, bei der sozialen Gerechtigkeit lagen die Wähler der PDS, der SPD und dann auch der Grünen vorne, die Bildungspolitik war für die FDP- und die PDS-Wähler vergleichsweise wichtig, und für die Außen- und Sicherheitspolitik fanden sich bei den Grünen die meisten Nennungen, gefolgt von der PDS und der SPD.

33 Infratest dimap (Anm. 16), S. 105.

Tabelle 15: Bundestagswahl 2002: Wahlentscheidende Themen in Wählergruppen (%)						
	Alle	SPD	CDU/CSU	Grüne	FDP	PDS
Gesamtes Bundesgebiet						
Wirtschaftspolitik	38	28	53	15	51	17
Ausländerpolitik	16	12	19	17	14	12
Arbeitsmarktpolitik	31	24	42	11	34	28
Innere Sicherheit, Kriminalität	13	12	16	4	10	10
Umweltpolitik	15	18	4	64	5	10
Steuerpolitik	16	11	21	5	30	8
Soziale Gerechtigkeit	30	42	15	39	18	61
Schul-, Bildungspolitik	14	13	14	14	21	19
Außen-, Sicherheitspolitik	18	24	12	29	9	21
Alte Bundesländer (einschl. Berlin-West)						
Wirtschaftspolitik	39	28	53	15	53	20
Ausländerpolitik	17	13	19	18	14	26
Arbeitsmarktpolitik	30	23	41	11	33	28
Innere Sicherheit, Kriminalität	14	13	17	4	10	8
Umweltpolitik	17	20	5	65	5	17
Steuerpolitik	17	12	22	5	31	17
Soziale Gerechtigkeit	29	41	15	40	17	60
Schul-, Bildungspolitik	15	13	15	14	22	19
Außen-, Sicherheitspolitik	18	24	12	29	9	25
Neue Bundesländer (einschl. Berlin-Ost)						
Wirtschaftspolitik	33	27	53	19	46	16
Ausländerpolitik	12	9	15	12	12	8
Arbeitsmarktpolitik	31	25	42	13	39	28
Innere Sicherheit, Kriminalität	11	10	12	6	9	10
Umweltpolitik	10	12	3	59	4	7
Steuerpolitik	11	8	16	3	24	5
Soziale Gerechtigkeit	38	45	18	35	22	61
Schul-, Bildungspolitik	13	12	10	11	19	19
Außen-, Sicherheitspolitik	17	24	7	25	6	20

Quelle: ARD/Infratest dimap Wahlberichterstattung³⁴. Die Daten sind nach dem amtlichen Ergebnis gewichtet. Mehrfachnennungen waren möglich.

34 Infratest dimap (Anm. 16), S. 80. Das wichtigste Thema ist fett gesetzt.

Mit Blick auf die Probleme, Themen und Kompetenzen basierte die Anfang 2002 vorgestellte Wahlkampfstrategie der SPD auf einer desaströsen Fehleinschätzung der Lage der Partei und ihrer im Wahlkampf zu bewältigenden Aufgaben. Anstatt inhaltliche Konzepte und Kommunikationsstrategien in Sachen Wirtschaft, Arbeit und soziale Gerechtigkeit zu entwickeln, um die Unzufriedenen bei der Stange zu halten, betrieb die Partei "modernen Wahlkampf", verließ sich auf die Popularität des Kanzlers, diente sich der "neuen Mitte" an, konzentrierte sich auf Wechselwähler und frustrierte so die unsicheren Kantonisten unter ihren Anhängern anstatt sie zu reintegrieren. Der Strategiewechsel kam zu spät und konnte verloren gegangenes Terrain nur teilweise wieder gut machen. Hätte die Partei von Anfang an überlegt gehandelt, wäre sie kaum auf eine Flutkatastrophe oder auf Kriegspläne der USA angewiesen, um weiter regieren zu können.

Dass die Bündnisgrünen ihr bislang bestes Bundestagswahlergebnis erreicht haben, wird oft vorrangig auf das Stimmesplitting zurückgeführt. Wie erwähnt, gaben 2002 13 Prozent der Erststimmenwähler der SPD ihre Zweitstimme den Grünen. 1998 taten das nur acht Prozent³⁵ und 1994 sogar nur sechs Prozent³⁶. Die Zweitstimmenkampagne der Grünen war also erfolgreich. Gleichzeitig gaben aber auch 65 Prozent der Zweitstimmenwähler der Grünen ihre Erststimme der SPD. 1998 betrug der entsprechende Wert 54 Prozent und 1994 33 Prozent. Das rot-grüne Stimmesplitting bei der Bundestagswahl 2002 war mithin keine Einbahnstraße ("Leihstimmen" aus dem SPD-Lager). Infolge des Koalitions- bzw. Richtungswahlkampfes wurde stärker als früher taktisch gewählt, wovon beide Parteien profitierten.

Der Wahlerfolg der Grünen beruht vorrangig darauf, dass ihr Ansehen während der Regierungszeit zugenommen hat³⁷ und dass ihnen heute mehr Sachkompetenz zugeschrieben wird als noch 1998. So bemerkt Infratest dimap:

35 Bundestagswahl. Eine Analyse der Wahl vom 27. September 1998, Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V., Mannheim, Nr. 91, Mannheim: September 1998, S. 16.

36 Bundestagswahl. Eine Analyse der Wahl vom 16. Oktober 1994, Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V., Mannheim, Nr. 76, 2. Aufl., Mannheim: Oktober 1994, S. 16.

37 Bundestagswahl (Anm. 12), S. 30.

"In all den Bereichen, in denen die Grünen Minister stellen, wird ihnen eine für eine kleine Partei ungewöhnlich hohe Kompetenz zugeschrieben - 60 Prozent beim Umweltschutz, 32 Prozent beim Verbraucherschutz und 26 Prozent in der Außenpolitik. (...) Und: fast jeder zweite hält die Grünen für die Partei, die sich am stärksten um die Folgen der Politik für die kommende Generation kümmert."³⁸

Und bei der Forschungsgruppe Wahlen heißt es:

"In Umweltfragen vertrauen die Deutschen mehr den je den Grünen: Schon in der Vergangenheit entpuppte sich der Bereich Umwelt und Ökologie als wahre Domäne der grünen Partei, doch nach 39% vor der letzten Bundestagswahl ist der Kompetenzzuspruch nach vier Jahren in der Regierungsverantwortung auf jetzt 53% angewachsen. Damit halten die Grünen einen doppelten Rekord: In keinem anderen Politikfeld gibt es erstens eine absolute Mehrheit von Wahlberechtigten, die überhaupt einer Partei den höchsten Sachverstand zusprechen und zweitens eine so große Differenz zu den Nächstplazierten: Mit 15% (1998: 19%) folgen die CDU/CSU und mit 12% die SPD (1998: 18%) abgeschlagen auf den Plätzen zwei und drei, wobei 68% der SPD-Anhänger dem grünen Juniorpartner das entsprechend höchste Fachwissen attestieren, bei den Unions-Anhängern sind dies 36%."³⁹

Kurz vor der Bundestagswahl 2002 wünschten sich 81 Prozent der Befragten, dass Joschka Fischer künftig eine wichtige Rolle in der Politik spielen soll. Er nahm unter 20 Spitzenpolitikern den ersten Platz ein. Auf Platz sieben befand sich Renate Künast (54%) und auf Platz 13 Jürgen Trittin (41%). Danach folgten unter anderem Walter Riester, Friedrich Merz und Ulla Schmidt⁴⁰. Es war den Grünen also gelungen, sich als Juniorpartner in der Regierungskoalition zu profilieren und eigene Akzente zu setzen. Dies konnte mit der zentralen Wahlkampflosung "Grün wirkt" glaubhaft kommuniziert werden.

Dieser insgesamt positiven Leistungsbilanz verdanken es die Bündnisgrünen, dass ihr Wiedereinzug in den Bundestag niemals gefährdet war. Übersehen werden darf dabei allerdings nicht, dass die Partei auch für gouvernementale Fehler und Pannen der Bundesregierung mit verantwortlich zeichnete und bei vielen Regierungsentscheidungen in erheblichen Widerspruch zu den Erwartungen ihrer Basis geraten ist. 55 Prozent der Befragten (und 23% der Wähler der Grünen) vertraten die Auffassung, dass die Partei durch ihre Regierungsbeteili-

38 Infratest dimap (Anm. 16), S. 8.

39 Bundestagswahl (Anm. 12), S. 44 f.

40 Der Spiegel Nr. 38 v. 16.9.2002, S. 22 f.

gung viel an Glaubwürdigkeit verloren hat⁴¹. Dass die Grünen wenige Wochen vor der Wahl die Liberalen überflügeln konnten und am Wahltag besser abschnitten als vor vier Jahren, war allein der Flutkatastrophe und der aggressiven Irakpolitik der USA geschuldet. Und nicht zuletzt gab Stoiber ein wohlfeiles Feindbild für kritische Grünenwähler ab, die ihre Entscheidung für Rot-Grün als die Wahl des "kleineren Übels" verstanden. Das gute Wahlergebnis der Bündnisgrünen muss also auch im Kontext von Sonderkonditionen gewertet werden, die sich kaum wiederholen dürften. So gesehen, sind auch die Grünen bei der Bundestagswahl 2002 mit einem blauen Auge davon gekommen (siehe auch Abschnitt 6, S. 93 ff.).

Die FDP war als neoliberale Opposition gegen Rot-Grün zunächst eine Erfolgsstory, aber der Erfolg hat sie blind gemacht für ihre tatsächlichen Chancen auf dem Wählermarkt. Sieht man einmal von der verfehlten Selbstdarstellung als populistische "Spasspartei" ab, dann krankte das überhebliche "Projekt 18" daran, dass es nicht die Spur einer Erklärung dafür bereit hielt, woher denn die zusätzlichen vier bis fünf Millionen Wähler kommen sollten, die die Partei benötigte, um auch nur in die Nähe der angestrebten 18 Prozent zu gelangen. Der gelegentliche Hinweis auf das große (rechtsgerichtete) Protestpotenzial in der Bundesrepublik, das es mit der Demokratie zu versöhnen gelte, erfolgte offenbar mit Blick auf einige westeuropäische Staaten, in denen liberale Parteien erfolgreich am rechten Rand Stimmen sammeln. Dass dieser schwer kontrollierbare elektorale Flugsand mit dem liberalen Publikum der FDP kaum unter einen Hut zu bringen ist, hätte die Partei bereits nach der ersten Möllemann-Affäre wissen können. 80 Prozent der Bundesbürger und 46 Prozent der eigenen Anhänger betrachteten die FDP als Steuersenkungspartei. Als "Partei der Besserverdienenden" werteten die FDP 52 Prozent aller Befragten und immerhin noch 33 Prozent ihrer Wähler⁴².

Dass es sich bei diesem Projekt nicht um eine durchdachte Strategie handelte, zeigt sich auch daran, dass die FDP ihre Wettbewerbsposition im Fünfparteiensystem der Bundesrepublik nicht genauer bestimmte. "Äquidistanz" konnten die Liberalen aussichtsreich propagieren, als sie noch als Mittelpartei in einem Dreiparteiensystem agierten, zumal dann, wenn sie einen Koalitionswechsel vorbereiteten. Vier- oder Fünfparteiensysteme neigen schon aus Gründen

41 Infratest dimap (Anm. 16), S. 112.

42 Infratest dimap (Anm. 16), S. 113.

der Koalitionsarithmetik zur Lagerbildung oder wenigstens doch zu punktuellen Bündnissen. Die Betonung der politischen Unabhängigkeit kann in Mehrparteiensystemen schnell in die Isolation führen (was auch die PDS lernen wird). Den Umfragen hätte die FDP entnehmen können, dass die Zielvorstellungen ihrer Anhänger eher mit der Programmatik der CDU/CSU als mit der der SPD korrespondierten und dass sie zumeist auch ein Bündnis mit der Union wünschten. Für ein sozialliberales Bündnis sprachen sich im März 2002 neun Prozent und kurz vor der Bundestagswahl im September sogar nur sechs Prozent aus. Zu diesem Zeitpunkt optierten dagegen 36 Prozent der Befragten für die Fortsetzung von Rot-Grün⁴³.

Insgesamt barg das "Projekt 18" ein hohes Risiko, und die FDP hatte Glück, dass sie durch ihre Zugewinne im Osten bei der Bundestagswahl wenigstens etwas besser abschnitt als vor vier Jahren.

43 Infratest dimap (Anm. 16), S. 128.

5. Die PDS auf dem Weg in die Liquidation?

a) Die Situation der PDS zu Beginn des Wahljahres 2002

Anfang Januar 2002 befand sich die PDS im Hoch. Zweifel über die weitere erfolgreiche Laufbahn der Partei schienen angesichts der sehr günstigen Rahmenbedingungen, wie der Schwäche der rot-grünen Regierung, der hohen Arbeitslosigkeit oder der schlechten Stimmung im Osten, nicht angebracht. Ihre zwischen Herbst 1998 und Frühjahr 2001 erreichten Wahl- und Akzeptanzerfolge (Fraktion im Deutschen Bundestag, Gruppe im Europaparlament, Beteiligung an zwei Landesregierungen, Überholen der SPD in zwei Landtagswahlen) krönten die politische Laufbahn der PDS seit dem Beginn der neunziger Jahre, wenn auch die für eine kleine Partei höchste Würdigung, die Beteiligung an einer Koalition auf Bundesebene, zwar in der PDS schon angedacht, bislang jedoch nicht erreicht worden war.

Tabelle 16: Zweitstimmenergebnisse der PDS bei den Bundestagswahlen 1990 bis 1998 im Bundesgebiet insgesamt, in Berlin und in den fünf neuen Ländern (%)			
	1990	1994	1998
Bundesgebiet insgesamt	2,4	4,4	5,1
Berlin	9,7	14,8	13,4
Brandenburg	11,0	19,3	20,3
Mecklenburg-Vorpommern	14,2	23,6	23,6
Sachsen	9,0	16,7	20,0
Sachsen-Anhalt	9,4	18,0	20,7
Thüringen	8,3	17,2	21,2

Weitere Erfolge versprach sich die Partei von der Hinwendung der SPD zur Mitte⁴⁴. Sie hoffte, in das frei werdende linke Vakuum eindringen, von SPD und Grünen enttäuschte Wähler für sich gewinnen und sich so auf längere Sicht als gesamtdeutsche sozialistische Partei etablieren zu können. Denn bis zur Bundestagswahl 1998 ließ sich die PDS als ostdeutsche Milieupartei mit einem überwiegend festen Anhängerstamm beschreiben⁴⁵, während nach der Wahl mit Blick auf ihre sozialstrukturell heterogene Wählerschaft der Schluss gezogen wurde, dass Tendenzen zur Volkspartei unübersehbar seien. Die PDS schien ihre Milieubindung überwunden zu haben, die für ihre Zukunft Stagnation und dann Niedergang bedeutet hätte, während die Möglichkeit des Eindringens in den von Bündnisgrünen und SPD verlassenen linken Raum eine längerfristige Perspektive für die PDS eröffnete.

Für diese "Vakuum-These" sprachen, bezogen auf die Bundestagswahl 1998 und tendenziell auch auf die ostdeutschen Landtagswahlen, die Verluste der PDS in ihren Hochburgen und die Gewinne in ländlichen Regionen, die Homogenisierung der Wählerschaft in räumlicher und sozialstruktureller Hinsicht sowie die sinkende Stammwählerschaft und damit die Verringerung des Milieu-Anteils. Für die "Milieu-These" sprach, dass bei der Bundestagswahl 1998 kein statistischer Zusammenhang zwischen den Gewinnen der PDS und den Verlusten der SPD in den ostdeutschen Wahlkreisen nachgewiesen werden konnte und dass die PDS weiterhin in den ehemaligen Verwaltungszentren der DDR ihre besten Ergebnisse erzielte⁴⁶.

Als es der PDS bei den vorgezogenen Wahlen in Berlin im Jahr 2001 gelang, sowohl ihre alten als auch die neuen Wähler zu halten und vor allem im Westen weitere zu gewinnen, zweifelte die Parteiführung trotz Warnungen nicht daran, dass auch die künftige Entwicklung der Partei durch die weitere Absicherung in ihrem Milieu und zugleich durch die Erschließung neuer Wählerschichten, vor allem auch im Westen, gekennzeichnet sein würde. Man extrapolierte

44 Stöss/Neugebauer (Anm. 5), S. 39 ff.

45 Vgl. Dieter Roth: Wahlverhalten in den ostdeutschen Bundesländern. Eine Replik auf Thomas von Winters Erklärungsmodelle, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 27. Jg. (1996), H. 3, S. 519 f.

46 Stöss/Neugebauer (Anm. 5), S. 37 ff.

kurzerhand die Erfolge der Partei bei den Landtagswahlen der Jahre 1999 und 2001, die ihr eine stabile Position im ostdeutschen Parteiensystem verschafft und ihre Wettbewerbssituation verbessert hatten, und schloss daraus, dass die PDS künftig bei Koalitionsüberlegungen eine wichtige Rolle spielen würde.

Tabelle 17: Zweitstimmenergebnisse der CDU, SPD und PDS bei Landtagswahlen in Berlin und in den fünf neuen Ländern 1990-2002 (%)				
		CDU	SPD	PDS
Berlin	1990	40,4	30,4	9,2
	1995	37,4	23,6	14,6
	1999	40,8	22,4	17,7
	2001	23,8	29,7	22,6
Brandenburg	1990	29,2	38,2	13,4
	1994	18,7	54,1	18,7
	1999	26,5	39,3	23,3
Mecklenburg-Vorpommern	1990	38,3	27,0	15,7
	1994	37,7	29,5	22,7
	1998	30,2	34,3	24,4
	2002	31,4	40,6	16,4
Sachsen	1990	54,4	19,1	10,2
	1994	58,1	16,6	16,5
	1999	56,9	10,7	22,2
Sachsen-Anhalt	1990	39,0	26,0	12,0
	1994	34,4	34,0	19,9
	1998	22,0	35,9	19,6
	2002	37,3	20,0	20,4
Thüringen	1990	45,4	22,8	9,7
	1994	42,6	29,6	16,6
	1999	51,0	18,5	21,3

Auf der kommunalen Ebene verfügte die PDS 2001 über zwei Landräte, vier Oberbürgermeister und weitere 23 hauptamtliche Bürgermeister sowie 18 hauptamtliche kommunale Wahlbeamte, 14 davon in Berliner Bezirken als Bezirksstadträte⁴⁷. In Bezug auf die politische Verankerung der PDS in der ostdeutschen Gesellschaft bedeuteten die Erfolge, nimmt man das Bundestagswahlergebnis von 1998 sowie die mehr als 1.600 sonstigen kommunalen Mandate hinzu, dass die PDS für sich im ostdeutschen Parteiensystem keine Außenseiterrolle mehr in Anspruch nehmen konnte, sie wurde vielmehr zunehmend als verantwortlich für das politische Geschehen angesehen. Daher war ihr Beharren auf der Rolle einer Oppositionspartei fragwürdig.

Allerdings hätte ihr auffallen müssen, dass sich ihre Erwartungen, "linke" Mehrheiten auszubauen und in ein größeres politisches Gewicht umzusetzen, mit der Ausnahme von Mecklenburg-Vorpommern 1998 nicht erfüllten. In den ostdeutschen Ländern schmolzen seit 1999 die "roten" Mehrheiten links von der CDU. Damit reduzierte sich eine strategische Option der PDS, durch Beteiligung an ostdeutschen Landesregierungen bundespolitisch aufgewertet zu werden, auf wenige Möglichkeiten.

Der Ausbau der Position im Osten wirkte sich nicht positiv auf die Verbesserung der Situation der PDS im Westen Deutschlands aus. Bei der Europawahl 1999 brachte sie es zwar bundesweit auf stattliche 5,8 Prozent und zog mit einer Gruppe von sechs Abgeordneten in das Europäische Parlament ein. Im den alten Bundesländern hatte sie allerdings gegenüber der Vorwahl von 1994 über 100.000 Stimmen verloren.

Immerhin konnte die PDS seit 1999 in westdeutschen Kommunen rund 100 Mandate erringen. Im Westteil von Berlin verdoppelte sie ihren Stimmenanteil von 2,1 Prozent (1995) auf 4,2 Prozent (1999) und zog sogar in vier von 12 westberliner Bezirksvertretungen ein. Dies feierte die Partei als Beginn des Durchbruchs im Westen. Da Signale aus der Führung der CDU anzudeuten schienen, dass diese sich mit der PDS programmatisch auseinandersetzen wolle,

47 Pressedienst 26/2001, S. 16. Vgl. auch "Kommunale Mandate und Ämter der PDS", in: Pressedienst 35/2001, S. 9 ff.

wurde auch das als Indiz für ihre voranschreitende Etablierung im Parteiensystem gewertet. Dennoch war es leichtfertig aus dieser Situation zu schließen, dass es ohne massive Anstrengungen zur sozialen und politischen Verankerung der PDS möglich sein könnte, bei der kommenden Bundestagswahl im Westen Stimmen hinzuzugewinnen. Jedenfalls war in West und Ost eine unterschiedliche Ausgangslage für die Bundestagswahl 2002 gegeben, wozu sich die Partei verhalten musste. Denn bislang reichten im gesamtdeutschen Stadion die Fans der PDS in der Ostkurve nicht aus. Seit 1998 hatte sich die Partei gerade einmal in fünf westlichen Ländern an Landeswahlen beteiligt, und zwar mit insgesamt kläglichem Resultat: Bremen (2,9%), Saarland (0,8%), Schleswig-Holstein (1,4%), Nordrhein-Westfalen (1,1%) und Hamburg (0,4%).

Die Bildung einer Koalition mit der SPD in Berlin wurde als weiterer Schritt auf dem Weg zur bundesweiten Etablierung der PDS gewertet. Die vorgezogenen Abgeordnetenhauswahlen im Oktober 2001 hatte die PDS mit über 22 Prozent (48 Prozent im Ostteil Berlins) auf dem dritten Platz knapp hinter der CDU gemeistert. Ihr Stimmenanteil war im Westen Berlins auf knapp sieben Prozent gewachsen. Nun schien der Himmel für die PDS offen zu stehen.

b) Die Wahlziele der PDS

Zu Beginn des Wahljahres war die PDS-Vorsitzende Gabi Zimmer außerordentlich optimistisch:

"das Jahr 2002 werde für die PDS das politisch erfolgreichste Jahr ihrer Geschichte... Mit der Beteiligung am Senat und einem guten Abschneiden bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt werde die PDS über den Bundesrat politisch an Einfluss gewinnen und die Grundlage für einen Erfolg bei der Bundestagswahl legen. Dort wolle sie jede vierte Stimme im Osten und zwei Prozent der Zweitstimmen im Westen erringen. Doch angesichts der Umfrage und der Berliner Wahlergebnisse sei darüber nachzudenken, ob die Messlatte nicht höher gelegt werden müsse. (Auf Nachfrage äußerte Gabi Zimmer, sie könne sich insgesamt acht, neun Prozent vorstellen. 'Alles über sechs Prozent wäre ein Riesenerfolg, weil es zeigen würde, dass wir im Westen zugelegt haben.') Im Osten sei die PDS auf dem Weg, stärkste politische Kraft zu werden."⁴⁸

48 Pressedienst 2/2002, S. 1.

Tatsächlich hatte sich die PDS für die Bundestagswahl viel vorgenommen. Bereits auf dem Cottbuser Parteitag im Oktober 2000 waren die Wahlziele der PDS für die Bundes-, Landtags- und Kommunalwahlen der Jahre 2001 und 2002 formuliert worden:

- mehr als sechs Prozent der Zweitstimmen (25 Prozent in Ost- und zwei Prozent in Westdeutschland),
- mindestens drei Direktmandate,
- Gewinn des dritten Platzes im Parteiensystem,
- Ausbau der Positionen in den ostdeutschen Ländern bei Landtags-, Bürgermeister- und Landratswahlen sowie
- neue oder zusätzliche Mandate in westdeutschen Kommunen⁴⁹.

Für den dritten Platz im Parteiensystem wollte die PDS eine Mehrheit "von der Linken aus bis in die Mitte der Gesellschaft hinein"⁵⁰ finden; im Osten wollte sie unter den Parteien die Nummer eins werden. Bei den Erstwählern sollten im Westen fünf, im Osten 25 Prozent der Zweitstimmen errungen werden und drei PDS-Abgeordnete unter 30 Jahren sollten in den Bundestag gelangen⁵¹. Dieser Optimismus stützte sich auf eine in Auftrag gegebenen Umfrage, nach der sich die ermittelten Potenziale tatsächlich auch mobilisieren ließen und der Partei eine gute Position verschaffen würden⁵².

Nach den 2001 erreichten Erfolgen hoffte man in der PDS bald auf fünf und dann sogar auf sieben Direktmandate. Und auch die Anfang Januar 2002 formulierte Erwartung von acht bis neun Prozent zeugte davon, dass die PDS weder den Erfolg der "18 Prozent"-Kampagne der FDP noch ein Erstarken der Bündnisgrünen für wahrscheinlich hielt. Daher glaubte sie, den dritten Platz im Parteienranking für sich reklamieren zu können. Angesichts ihrer Umfrage-

49 Vgl. "Den Politikwechsel nachholen! Deutschland braucht mehr sozialistische Politik! Die PDS und die Wahlen 2002", Beschluss der 1. Tagung des 7. Parteitages der PDS, in: DISPUT/Pressedienst 10/2000, S. 45.

50 Gabi Zimmer: Streben nach gesellschaftlicher Alternative, in: Pressedienst 11/2002, S. 3.

51 Vgl. "Zur Erstwählerkampagne der PDS", in: Pressedienst 10/2002, S. 3.

52 Vgl. "Gerechtigkeit statt Kapitalismus. Studie zwischen den Wahlen", in: Pressedienst 6/2001, S. 2 f. (Emnid hatte im Oktober 2000 für die PDS 1.291 Personen befragt).

ergebnisse handelte es sich dabei um eine sehr kühne Erwartung (vgl. Grafik 6, S. 31). Als dann noch aus der Nominierung von Edmund Stoiber zum Kanzlerkandidaten der CDU/CSU der Schluss gezogen wurde, dass ein "polarisierender Wahlkampf" zu erwarten, dadurch aber die bereits 2001 beschlossene Wahlkampfstrategie der PDS nicht berührt sei, musste ein Übermaß an politischer Phantasie bei einigen Führungsmitgliedern hinsichtlich der Mobilisierungsfähigkeit der PDS angenommen werden: "Wir wollen stärkste Partei im Osten werden und kämpfen um den dritten Platz im Parteienspektrum."⁵³ Weder über die Konsequenzen eines Lagerwahlkampfs, der zur Marginalisierung kleinerer Parteien beitragen kann, wenn diese kein eigenes Feld neben den Haupttrivalen finden, noch über den unbefriedigenden Zustand der eigenen Partei⁵⁴ schien sich die Führung klar zu sein.

Zu Beginn des Jahres 2002 mangelte es der PDS also nicht an Selbstbewusstsein:

- Die ursprünglich angepeilten sechs Prozent wurden auf acht bis neun Prozent optimiert und mindestens drei bis höchsten sieben Direktmandate angepeilt;
- zwei weitere Ziele, der dritte Platz im Parteiensystem und die Position als stärkste Kraft im Osten, wurden bekräftigt;
- die unmittelbaren Konkurrenten SPD und Grüne sollten hart angegangen und kritisiert werden, ohne jedoch die Möglichkeit einer späteren Kooperation zu beeinträchtigen;
- ein Mitte-Links-Bündnis unter Einschluss der PDS wurde nach der Berliner Koalitionsbildung prinzipiell nicht ausgeschlossen, sollte aber nicht schon für 2002 angestrebt werden;
- der CDU/CSU wurde keine ernsthafte Chance auf den Wahlsieg eingeräumt;
- zwar wurde ein polarisierender (Lager-) Wahlkampf erwartet, was jedoch nicht zu einer Änderung in der Wahlstrategie der PDS führen sollte.

Die Wahlkampfstrategie der PDS ging auf die Entscheidungen des Parteivorstands vom November 2000 über die Schwerpunkte der künftigen Arbeit zurück. Die Wahlkampfführung sollte einer der zentralen Arbeitsschwerpunkte des Vorstands sein. Deshalb wurden bereits

53 Pressedienst 3/2002, S. 1.

54 Vgl. Parteivorstand der PDS (Hrsg.), Die Mitgliedschaft, der große Lümmel. Studie zur Mitgliederbefragung 2000 der PDS, Berlin 2001.

für Januar 2001 Entwürfe der Entscheidungen über die Grundlagen und die Strukturen der Wahlkampfplanung, die Grundsätze der Finanzierung, die Ausarbeitung der Wahl- und Kommunikationsstrategie sowie des Wahlprogramms und der Modalitäten der Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten erwartet⁵⁵. Vorgesehen war weiterhin, im März 2001 über ein Spendenkonzept und im April über die Wahlkampfstrategie zu entscheiden; dies geschah allerdings erst im Mai 2001. Ebenfalls im April wollte der Parteivorstand über die Prozeduren der Kandidatennominierung entscheiden, während im September 2001 der Finanzplan und das Kommunikationskonzept beschlossen werden sollten. Bis August 2001 sollte eine Arbeitsgruppe den Entwurf eines Wahlprogramms vorlegen; über das Programm sollte dann im Frühjahr 2002 abgestimmt werden.

Verantwortliche Entscheidungsinstanz für die programmatischen und konzeptionellen Grundzüge des Wahlkampfes war formal der Parteivorstand, faktisch der Geschäftsführende Vorstand (Vorsitzende, Stellvertreter, Geschäftsführer, Schatzmeister). Er hatte die "strategischen Konzepte und Dokumente des Wahlkampfes"⁵⁶ zu beschließen und deren Durchführung zu kontrollieren. Die organisatorische Leitung des Wahlkampfes wurde dem Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch übertragen. Ihm wurde ein "Wahlstab" unterstellt, der mit dem Geschäftsführenden Vorstand zusammenarbeiten sollte. Der Geschäftsführer leitete zugleich das Bundeswahlbüro, das die Koordination zwischen der Bundesebene und den Landesverbänden organisieren sollte. Da er im Rahmen des Wahlkampfstabs eigenständige Arbeitsgruppen bilden und in Abstimmung mit dem Schatzmeister über finanzielle Mittel entscheiden durfte und weil er auch Bundestagsabgeordneter war und so den Apparat der Fraktion in die Vorbereitung einbinden konnte, verfügte er gegenüber der Parteivorsitzenden über eine außerordentlich starke Stellung. Daraus erwuchs erwartungsgemäß ein Spannungsverhältnis, da Bartsch und Zimmer in Grundsatzfragen selten einer Meinung waren.

Zur Finanzierung des Wahlkampfes waren 5,8 Mio. Euro eingeplant, darunter 600.000 Euro an Spendenmitteln, eingeworben durch die Kampagne "Gebt acht!"; die Erträge sollten zwischen

55 "Zur Klausur des neuen Parteivorstandes", in: PID 46, 17.11.2000, S. 1.

56 "Grundlagen der Wahlkampfplanung", Beschluss des PV vom 8.01.2001, in: Pressedienst 2/2001, S. 3.

dem zentralen Wahlbüro (20 Prozent), den ostdeutschen (50 Prozent) und den westdeutschen Landesverbänden (30 Prozent) verteilt werden⁵⁷ (erreicht wurden 348.165 Euro).

Mit der Verabschiedung der Wahlkampfstrategie 2001/2002 im Mai 2001 wurden die Wahlziele gegenüber der Ausgangsformulierung in Cottbus konkretisiert. Neben den erwarteten Zweitstimmenanteilen hoffte man nun in sieben Wahlkreisen, in allen fünf Berliner sowie in Rostock und in Halle, auf Direktmandate. Dazu wollte die PDS ihre Stammwählerschaft mobilisieren, die 1998 erstmals gewonnenen Wähler halten und neue aus dem Nichtwählerbereich und von anderen Parteien gewinnen⁵⁸. Dass in Berlin mit Zustimmung der PDS einige Wahlkreise neu geschnitten worden waren, wurde nicht als Problem erkannt. Die Partei beschäftigte sich eher mit der Bestimmung von Zielgruppen, wozu nun auch die "neue Mitte" gerechnet wurde. So wurden beispielsweise "Informationsarbeiter/innen mit 'modernen' und 'sozialen' Denkweisen"⁵⁹ als eine für die linke Flanke der "neuen Mitte" typische Gruppierung identifiziert. Selbstverständlich wollte die PDS auch weiterhin eine "Adresse von Protest"⁶⁰ bleiben.

c) Die PDS ohne neues Grundsatzprogramm

Auf der Bundeskonferenz der PDS im November 1998, also kurz nach der Bundestagswahl, lieferte der Parteivorsitzende Bisky eine umfassende Begründung für die Notwendigkeit einer Partei- und Programmreform. Ausgangspunkt seiner Überlegungen⁶¹ war der Befund, dass sich die Lage der Partei gründlich verändert habe und die PDS daher nicht so weiter machen könne wie bisher: Die Zeit der "harten Ausgrenzung", der "grimmigen ideologischen Gemütlichkeit" sei vorbei. Die PDS werde zunehmend als "ganz 'normale'" Partei behandelt und auch nach der Wahrnehmung ihrer gesellschaftlichen Verantwortung und nach ihrer politischen Leistungsfähigkeit beurteilt. Die "Normalität des politischen Lebens" breche "gnadenlos in

57 Vgl. Aktion "Gebt acht!", in: Pressedienst 9/2002, S. 3 f.

58 "Nur Gerechtigkeit sichert Zukunft. Wahlstrategie der PDS 2001/2002", in: Pressedienst 19/2001, S. 5.

59 Ebda.

60 Ebda.

61 "Chancen für und Herausforderungen an die Politik der PDS nach den Wahlerfolgen 1998", in: Pressedienst 46/1998, S. 7-16.

unseren Alltag ein". Auch wenn von einer "harten Ausgrenzung" nicht, jedenfalls nicht in Ostdeutschland und schon gar nicht in den ostdeutschen Kommunen, die Rede sein konnte, hatte die Stigmatisierung als "Schmuddelkinder" oder "rote Socken" lange Zeit zum Zusammengehörigkeitsgefühl der innerparteilichen Gruppierungen beigetragen und der PDS den Stempel einer Oppositionspartei aufgedrückt, was dem Selbstverständnis der Traditionalisten durchaus entgegen kam. Mit nachlassendem Außendruck stellte sich in der Tat das Problem der politisch-programmatischen Identität der Partei mit besonderem Nachdruck.

Der Wähler habe die Partei beauftragt, so Bisky auf der Bundeskonferenz, die rot-grüne Koalition von links unter Druck zu setzen. Nun gehe es darum, die Wahlversprechen einzulösen, die im Wahlkampf angesprochenen Projekte in konkrete Politik umzusetzen und die Gesellschaft praktisch zu verändern. Daher müsse sich die Partei ein klares und einheitliches Profil erarbeiten. Von dem Parteiprogramm erwarte er sich "Maßstäbe des Handelns" (und "ausgewogene Urteile über unsere Vergangenheit"). Die Politik der Partei müsse durch ein einheitliches Erscheinungsbild geprägt und von den Bürgern als solche wahrnehmbar sein.

Politische Verantwortung zu übernehmen und erfolgreiche Reformen ins Werk zu setzen, mache es erforderlich, Bündnispartner für Mehrheiten zu finden, Kooperationen und Koalitionen einzugehen sowie "gesunde Kompromisse" zu schließen bzw. hinzunehmen. Es sei nicht tragbar, "dass die Partei ihren 'Abgesandten' in anderen gesellschaftlichen Bereichen die Handlungsfähigkeit nimmt oder sie fesselt". Die Beteiligung an Landesregierungen habe wesentlich zur gewachsenen Akzeptanz der PDS beigetragen. Allerdings sei dabei in Rechnung zu stellen, dass es den Kooperationspartnern oft nur um die "Entzauberung der PDS" gehe. Bisky bewertete dieses Risiko allerdings als gering, wenn es der PDS gelinge, ihr Profil sichtbar zu machen und tatsächlich zur Verbesserung der Lebensverhältnisse der Menschen beizutragen. Sein Credo lautete unmissverständlich: weg von ideologischen Grundsatzdebatten - Öffnung der Partei. Die PDS müsse attraktiv für neue Mitglieder und Wähler werden, sie müsse neue soziale Schichten und Bündnispartner gewinnen, und dazu benötige sie ein "neues, klügeres, besseres Programm". Der "Ist-Zustand" dürfe nicht "gegen die Weiterentwicklung der Partei" gestellt werden, "es geht nicht, dass wir uns abschotten". Die Programmdebatte "kann

und wird eines jener offenen Tore zur Gesellschaft sein, von denen ich gesprochen habe". Aus dieser Perspektive widmete er sich auch dem Verhältnis von PDS und SPD. Diese sei in die neue Mitte gerutscht und folglich kaum in der Lage, die Linke insgesamt zu integrieren. Die SPD werde "eine linke Kraft neben sich nicht verhindern können".

Bisky erneuerte damit den (schon früher immer wieder erhobenen) Anspruch der PDS, sich von einer ostdeutschen Interessenvertretung zu einer gesamtdeutschen linkssozialistischen Partei zu entwickeln. Mit anderen Worten: Die Existenzgrundlage der Partei sollte nicht mehr allein der Ost-West-Konflikt sondern darüber hinaus auch der Links-Rechts-Konflikt sein. Die sich aus der Kombination dieser beiden Konfliktlinien ergebende Konfliktposition spezifizierte der Vorsitzende jedoch nicht.

Auf der Bundeskonferenz sprach sich dann eine deutliche Mehrheit für eine Programmdebatte aus. Der Berliner Parteitag im Januar 1999 berief eine Programmkommission, die bis zum Herbst des Jahres Thesen für den Diskussionsprozess ausarbeiten sollte. Der Sommer 2000 war für die Vorlage eines Programmentwurfs und das erste Halbjahr 2001 für einen Programmparteitag avisiert. Danach wäre die PDS also mit einem neuen Grundsatzprogramm in die Bundestagswahl 2002 gegangen. Die Programmkommission konnte sich jedoch nicht auf ein gemeinsames Thesenpapier verständigen. So musste der Parteivorsitzende im November 1999 (zähneknirschend) zwei Ausarbeitungen präsentieren: die "Thesen zur programmatischen Debatte" der Kommissionsmehrheit und ein orthodoxes Minderheitenvotum von Michael Benjamin, Uwe-Jens Heuer und Winfried Wolf. Bereits im Juli 1999 hatte Bisky auf einer Klausurtagung des Parteivorstands seinen "Frust" über den Umgang der innerparteilichen Gruppierungen miteinander artikuliert⁶²: Es gäbe "ein Bestreben, die eigenen Gegner in der Partei zu besiegen", und es gäbe "Intrigen". Teile der Partei seien nicht kompromissfähig, weil sie jeden Kompromiss als Niederlage empfänden. "Politische Verhaltensmuster, die sich bisher als gangbar oder zumindest verkräftbar erwiesen haben, zeigen sich heute als schädlich, stellen ernste Blockaden dar."

62 PID 27 v. 9.7.1999, S. 3.

Mit dem Beschluss des Parteivorstands vom 13.12.1999⁶³ wurde der Versuch unternommen, den Programmprozess energischer voranzutreiben. Der Vorstand verkündete apodiktisch: "Grundlage der programmatischen Debatte sind die Thesen der Programmkommission." Weiter hieß es im Text mit erhobenem Zeigefinger gegen die Traditionalisten: Sie soll "aufs engste mit den konkreten politischen Fragen verbunden werden, mit denen die PDS konfrontiert ist." Ziel der Debatte sei "Substanzgewinn" auf den wichtigen Politikfeldern. Die Partei müsse durch ihre Politikkonzepte "erkennbar und berechenbar" sein und ihre "Politikfähigkeit" zum Ausdruck bringen. Dennoch kam die Programmdiskussion nicht so recht voran.

Der Parteitag in Münster (April 2000) stellte noch "erheblichen Klärungsbedarf" fest und streckte den vorgesehenen Zeitplan für die Programmdebatte: Der Beschluss des Berliner Parteitags, bis Sommer 2000 einen überarbeiteten oder neuen Programmentwurf vorzulegen, wurde aufgehoben. Über den "zeitlichen Verlauf der Debatte insgesamt" sollte der 7. Parteitag befinden. Dies bedeutete, dass die Verabschiedung des Programms erst nach der Bundestagswahl 2002 stattfinden konnte. Damit war Bisky mit seinen Reformplänen gescheitert. Bisky und Gysi kündigten auf dem Parteitag daher ihren Rücktritt von ihren Spitzenämtern an.

Biskys Nachfolgerin Gabriele Zimmer setzte den Reformkurs zunächst beherzt fort. In ihrer Rede auf dem Cottbusser Parteitag (Oktober 2000) beschwor sie die Einheit der Partei und drängte zugleich auf ihre Öffnung⁶⁴. Die PDS sei ebenso gesellschaftskritische Opposition wie verantwortungsvolle Reformkraft. Dies stelle keinen Widerspruch dar. Erst die Verknüpfung beider Aspekte mache die PDS unverwechselbar. Die Partei sei aber kein "exklusiver Klub, keine Avantgarde, keine Versammlung von Moralaposteln mit besonders hohen Maßstäben". Dass Einheit und Öffnung der PDS zu einer sozialistischen Volkspartei keinen Widerspruch darstellt, war wohl eher eine Beschwörungsformel als die Beschreibung der Realität. Denn Zimmer appellierte in ihrer Rede mehrfach an die Traditionalisten, den Weg der Refor-

63 "Zur Organisation der programmatischen Debatte". Beschluss des PV der PDS am 13.12.1999, in: Pressedienst 50/1999, S. 13.

64 "Deutschland braucht mehr sozialistische Politik". Rede von Gabi Zimmer, in: DISPUT 10/2000, S. 14-24.

men mit zu gehen. Und wenn die PDS Mehrheiten für ihre politischen Ziele erreichen wolle, müsse sie auch über die Zusammenarbeit mit anderen Parteien, auch über Koalitionen reden, Koalitionen seien nicht das Ziel der Partei, aber doch "eine Möglichkeit politischer Gestaltung". Und mit Blick auf die SPD fuhr sie fort: "Wir kooperieren oder koalieren nur dort, wo dies zum Nutzen der Menschen ist."

In diesem Zusammenhang betonte Zimmer die Notwendigkeit eines "guten" Programms, kritisierte den unbefriedigenden Stand der Debatte und mahnte zur Eile: Bis zur Sommerpause 2001 sollten alle Beiträge zu einem Papier zusammengefasst werden, und auf dem folgenden Parteitag (also im Herbst 2001) sollte über das weitere Procedere beschlossen werden. Ener­gisch verwahrte sie sich gegen den "Vorwurf der Sozialdemokratisierung" und ergänzte: "Nicht hinnehmbar ist ebenso, dass Menschen, die anderen helfen und Gesellschaft schrittweise verändern wollen, diffamiert werden als jene, die sich im Kapitalismus einrichten wollen".

Tatsächlich machte die neue Parteivorsitzende dann auch Druck: Anfang Januar 2001 forder­te der Parteivorstand die Programmkommission auf, im April des Jahres ein erstes Resümee der Programmdebatte und bis Ende April "Grundlinien der Überarbeitung des Programmentwurfs" vorzulegen. Wenige Tage später übernahm Zimmer als Nachfolgerin von Bisky die Leitung der Programmkommission. Sie kritisierte wiederum das "Niveau der Diskussion", das "Tempo der Arbeit" und das geringe innerparteiliche Interesse an der Programmdebatte⁶⁵. Sie wollte nun schon "bis Anfang März 2001 die Überarbeitungsvorschläge zusammenführen und verdichten" und "frühestmöglich einen soliden Programmentwurf zur Diskussion" vorlegen. Weiterhin erklärte sie ebenso selbstbewusst wie folgenreich: "Ich betrachte es als meine Angelegenheit, mit wem ich meine Vorschläge dazu erarbeite, die wir hier gemeinsam beraten wollen."⁶⁶

65 DISPUT 1/2001, S. 13.

66 Ebda.

Anfang März 2001 beschloss die Programmkommission (mit 9 Stimmen bei 2 Gegenstimmen und 1 Enthaltung) "Grundlinien der Überarbeitung und Neufassung des Parteiprogramms der PDS", und nur sechs Wochen später, Ende April, präsentierte Zimmer ihren Programmentwurf, der von André und Michael Brie sowie von Dieter Klein erarbeitet worden war. Dieses Verfahren stieß, wenig überraschend, insbesondere (aber nicht nur) bei den Orthodoxen auf heftige Kritik. Nach dem aus ihren Reihen im Mai ein "Gegenentwurf" und darüber hinaus wenig später ein dritter Entwurf vorgelegt worden war, erklärte der Parteivorstand am 21. Mai das Zimmer-Papier zur Grundlage der weiteren Diskussion. Der Entwurf der Parteivorsitzenden stelle die "Umsetzung der vom Parteivorstand für die weitere Erarbeitung des Programmentwurfs initiierten und bestätigten sowie von der Programmkommission beschlossenen 'Grundlinien'"⁶⁷ dar. Der Parteivorstand bat die Programmkommission, "sich intensiv mit dem ihr übergebenen Entwurf zu beschäftigen" und auch andere Entwürfe, Beiträge und Zuschriften in ihre Diskussion mit einzubeziehen.

Auf dem Dresdner Parteitag Anfang Oktober 2001 sollte der Zimmer-Entwurf offiziell zum maßgeblichen Papier erklärt und damit wenigstens eine gewisse Richtungsentscheidung mit Blick auf den Bundestagswahlkampf 2002 gefällt werden. Die Traditionalisten wollten dagegen unbedingt verhindern, dass sich der Dresdner Parteitag zu einem Programmparteitag entwickelt, der eine kaum noch revidierbare Vorentscheidung im Sinne der Reformer fällt. Daher mobilisierten sie nach Kräften Unzufriedene mit den vermeintlich undemokratischen und auf einen fundamentalen politischen Richtungswechsel zielenden Absichten der Vorsitzenden. Im Vorfeld des Parteitags mehrten sich die kritischen Stimmen, was zu wachsender Unsicherheit der Reformer über ihren innerparteilichen Rückhalt in der Programmfrage führte.

Im Spätsommer häuften sich zudem abwertende Presseberichte über die Parteivorsitzende. Bedeutsam war ein unfreundlicher Artikel im "Spiegel", der Zimmer als "Häuflein Elend", "ungelenk", "grandiose Fehlbesetzung" und eben als "gescheitert" bezeichnete und dabei den

67 "Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus. Entwurf", in: Pressedienst 17/2001, S. 2-24.

Eindruck erweckte, als würde das auch von "ihren Mitarbeitern" und "ihren PR-Beratern" so gesehen. Genannt wurden in diesem Zusammenhang auch Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch und Pressesprecher Hanno Harnisch⁶⁸. Da der Autor des Artikels offenbar über Insider-Informationen verfügte, geriet Harnisch in den Verdacht, geplaudert zu haben, und wurde von Zimmer nach dem Parteitag beurlaubt. Jedenfalls wuchs im August/September 2001 die Ungewissheit bei der PDS-Führungsgruppe weiter an, ob der Parteitag in ihrem Sinne beherrschbar sein oder ob er einen ähnlich chaotischen Verlauf nehmen würde wie der Münsteraner Parteitag. Dieser hatte wesentlich dazu beigetragen, dass sich Bisky und Gysi bald ins zweite Glied der Parteifunktionäre zurückzogen.

Nach dem Terroranschlag auf die USA am 11.9.2001 wurde das Drehbuch für den bevorstehenden Parteitag verändert. Die PDS wollte sich in dieser Situation als "einzige Antikriegs-Partei" in der Bundesrepublik präsentieren, die militärische Vergeltungsschläge ablehnt: "Friede ist das unumstößliche Gebot der Stunde". Indem die PDS-Führung nun das Friedens-thema und damit auch die globalen politischen und ökonomischen Ursachen des Terrorismus zum zentralen Gegenstand des Dresdner Parteitags machte, entsprach sie durchaus der veränderten politischen Agenda in Deutschland und in der Welt. Mit dem Themenwechsel bot sich zugleich aber auch die Chance, einem als unkalkulierbar erscheinenden Konflikt auszuweichen und sich stattdessen einer Problematik zu widmen, die innerparteilich so gut wie unumstritten ist. Der Parteitag wurde nicht mit der ursprünglich vorgesehenen programmatischen Richtungsentscheidung belastet, er sollte nur noch den Auftrag erteilen, einen neuen Entwurf auszuarbeiten.

In ihrer Parteitagsrede befasste sich die Parteivorsitzende dann überwiegend mit dem Friedensthema, wobei sie auch die Politik der US-Administration und der Bundesregierung heftig kritisierte. Dies entsprach der Grundüberzeugung aller Delegierten, die ihrer Chefin mit viel Applaus für ihre Harmonie stiftenden Worte dankten. Starken Beifall erhielt sie auch, als sie sich ungewohnt kämpferisch und emotional gegen Kränkungen aus den eigenen Reihen und sei-

68 Dialekt statt Dialektik, in: der Spiegel, Nr. 40, 2001; zit nach: <http://www.spiegel.de/spiegel/0,1518,160939,00.html>; Ausdruck: 13.10.2001.

tens einiger Medien verwehrte, den "Psychoterror" des Hamburger Landesvorstands geißelte und Winfried Wolf direkt wegen seiner despektierlichen Äußerungen über sie in die Schranken wies. Da auch der Leitantrag mit 90prozentiger Zustimmung verabschiedet wurde, konnte sich Zimmer über ein außerordentlich positives Medienecho freuen ("Befreiungsschlag", "Triumph" usw.). Wenn sie auch den Parteitag als einen persönlichen Erfolg verbuchen konnte, so bleibt doch festzuhalten, dass in der Programmfrage keine Fortschritte erzielt wurden. Zwar hatten sich die Traditionalisten mit ihrer Forderung nach der Gleichbehandlung aller Entwürfe nicht durchsetzen können, aber auch Zimmer konnte ihre ursprüngliche Absicht nicht verwirklichen, den Reformprozess erkennbar voranzutreiben. Daher musste sich die PDS mit ihrem Grundsatzprogramm von 1993 in den Bundestagswahlkampf 2002 begeben.

Dass die Partei Biskys eindringliche Mahnungen von Ende 1998 nicht ernst genommen hat, sollte sich bei der Bundestagswahl 2002 bitter rächen. Denn sie begab sich ohne Klärung der für ihr Selbstverständnis entscheidenden Fragen in den Wahlkampf, ob sie ostdeutsche Interessenvertretung oder gesamtdeutsche linkssozialistische Partei, ob sie Oppositionspartei oder Regierungspartei sein will und wie sie zu Bündnissen mit der SPD steht. Die Wähler wurden in Unklarheit darüber gelassen, woran sie mit der PDS sind. Mehr noch: Der "zentristische" Kurs der Parteivorsitzenden bewirkte ein lähmendes Machtgleichgewicht zwischen Reformern und Traditionalisten, sie hatte die PDS in einen Zustand der Immobilität versetzt, was keine gute Voraussetzung für erfolgreiche Wahlkämpfe darstellt.

d) Das Wahlprogramm der PDS

Konnte die PDS auch nicht mit einem neuen Grundsatzprogramm aufwarten, so bemühte sie sich wenigstens um ein Wahlprogramm. Im Januar 2001 beschloss der Parteivorstand die Bildung einer 16köpfigen Arbeitsgruppe, die in Kooperation mit anderen Parteigremien und -gruppen sowie der Bundestagsfraktion zwischen März und August 2001 einen Entwurf ausarbeiten und dem Parteivorstand vorlegen sollte. Der wollte dann eine parteiinterne und öffentliche Diskussion organisieren und das Programm im Frühjahr 2002 auf dem Wahlparteitag verabschieden lassen. Die Vorgaben lauteten:

- das Wahlprogramm sollte das Wählerpotential der PDS ansprechen, die PDS politisch erkennbar machen, der Integration der Partei und der Festigung der Parteibindungen ihrer Anhänger dienen;
- die Ziele der PDS bis 2006 formulieren;
- das Handlungsprogramm der Partei enthalten;
- vermitteln, warum man die PDS wählen soll;
- kommunizierbare und realistische politische Projekte vorstellen und
- "das Image der Partei in den Medien positiv festigen bzw. heben."⁶⁹

Grundlage für das Programm sollte die noch zu beschließende Wahlkampfstrategie sein.

Auf dem Wahlparteitag im März 2002 in Rostock wurde der Entwurf des Wahlprogramms ("Es geht auch anders: Nur Gerechtigkeit sichert Zukunft") diskutiert und verabschiedet. Der Öffentlichkeit wurden drei Identitätsmerkmale offeriert: die PDS "als Partei der sozialen Gerechtigkeit, als Friedens- und Antikriegspartei, als Partei, die Ostdeutschland als Zukunft begreift"⁷⁰. Heftige Auseinandersetzungen fanden um die Präambel statt, vor allem um die Haltung zur SPD und um die Frage des Selbstverständnisses als Opposition⁷¹. Die verabschiedete Formulierung "Sie [die PDS] geht als oppositionelle Partei gegenüber der jetzigen Regierungspolitik und deren allzu ähnlichen konservativen Alternativen [so im Original] in den Bundestagswahlkampf 2002 und in die neue Legislaturperiode"⁷² suggerierte eine nicht gegebene Eindeutigkeit in der Oppositionsfrage und brüskierte jene, die (wie in Mecklenburg-Vorpommern) bereits mit der SPD regierten oder sich das (für Sachsen-Anhalt) vorgenommen hatten. Damit war die früher von der Vorsitzenden Zimmer vertretene Position, die PDS könne sowohl Opposition betreiben als auch Partnerschaft anbieten, de facto hinfällig geworden. Diese Auffassung hatte sie auf dem Parteitag zuvor noch unter Bezugnahme auf Berlin und

69 "Arbeitsplan für die Erstellung eines Wahlprogramms", in: Pressedienst 10/2001, S. 6.

70 Programm der PDS zur Bundestagswahl 2002: "Es geht auch anders: Nur Gerechtigkeit sichert Zukunft", Beschluss der 3. Tagung des 7. Parteitags der PDS, o.O., o.J., S. 2.

71 Im Entwurf der Präambel werden die SPD oder Kooperationsfragen nicht erwähnt. Vgl. den Entwurf in: Pressedienst 4/2002, S. 2.

72 Wahlprogramm der PDS "Es geht auch anders: Nur Gerechtigkeit sichert Zukunft", Beschluss der 3. Tagung des 7. Parteitages der PDS, Beilage zu DISPUT 3/2002 und Pressdienst 12-13/2002, S. 2.

Schwerin zu vermitteln versucht: Die PDS könne Regierungspartner und zugleich Opposition sein und zudem außerparlamentarischen Druck auf eine Regierungskoalition ausüben⁷³. Als die Vorsitzende nach dem Parteitag gefragt wurde, ob die PDS nach der Bundestagswahl 2002 in eine rot-rot-grüne Koalition eintreten würde, antwortete sie entgegen der offiziellen Beschlusslage: "Wir haben uns schon immer gern eingemischt. Dafür sind wir auch immer stärker gewählt worden."⁷⁴

Welche realisierbaren Projekte die PDS als Oppositionspartei in Angriff nehmen wollte, blieb unklar. Die Vertretung ostdeutscher Interessen reduzierte sich darauf, die forcierte Entwicklung Ostdeutschlands anzumahnen. Dabei konnte auf das Rostocker Manifest von 1998 zurückgegriffen werden, das Transferleistungen bis 2020, Lohn- und Gehaltsangleichungen sowie die Beseitigung des "Rentenunrechts" forderte. Da sich die Modernisierung der Landwirtschaft zu Gunsten der PDS-Klientel entwickelt hatte, wurde nun die Stärkung der Genossenschaften anstelle des Erhalts der Ergebnisse der Bodenreform gefordert.

e) Der Wahlkampf der PDS

Im April 2002 verfehlte die PDS das erste der für das Wahljahr 2002 als sehr wichtig angesehenen Ziele, nämlich in Sachsen-Anhalt in die Landesregierung einzuziehen oder sie sogar anzuführen⁷⁵. Trotz eines prozentualen Zugewinns und des faktischen Gleichziehens mit der SPD in der Wählergunst scheiterte der Plan des dortigen Landesverbandes, gemeinsam mit der SPD die Landesregierung zu bilden, und damit starb auch die Hoffnung auf eine stärkere Rolle der PDS in der Bundespolitik.

Da Bundesgeschäftsführer Bartsch die Wahlstrategie der PDS trotz des enttäuschenden Ergebnisses bestätigt sah, gab es zunächst keinen Anlass zur ihrer Änderung. Allerdings war

73 Gabi Zimmer: Die Welt braucht mehr sozialistische Politik, in DISPUT 3/2002 und Pressedienst 12-13/2002, S. 9 ff.

74 "Zimmer hält Rot-Rot-Grün noch 2002 für möglich", in: Die Welt v. 18.03.2002, S. 13.

75 Die PDS hatte im Wahlkampf die Fraktionschefin Petra Sitte als Kandidatin für das Amt des Ministerpräsidenten plakatiert. Auch dem Chef der Bundestagsfraktion Roland Claus wurden entsprechende Ambitionen nachgesagt.

Bartsch sich der Mobilisierungsschwäche der Partei bewusst. Erstmals wurde während einer Sitzung des Parteivorstands die Möglichkeit erwähnt, dass Stoiber Kanzler werden könnte, wenn die PDS weniger als fünf Prozent erreicht⁷⁶. Das Problem wurde aber nicht weiter vertieft, bis eine Analyse des Wahlergebnisses von Sachsen-Anhalt und Forderungen nach Konsequenzen auf dem Tisch lagen.

Bei der Landtagswahl verlor die PDS mehr als 60.000 Stimmen und damit rund 20 Prozent ihrer Wähler von 1998. Als Ursachen wurden die geringe Mobilisierung der PDS-Anhänger, Profilmängel der Partei, enttäuschte Erwartungen der Wählerschaft (PDS als Protestpartei) und eine zu große Nähe zur SPD festgemacht. Die PDS wurde aufgefordert, folgende Konsequenzen zu ziehen:

- Angesichts der hohen Wählerfluktuationen müsse die PDS über ihren Politikstil nachdenken.
- Da sich mehr und mehr Wähler erst spät entscheiden, ob sie zur Wahl gehen und wen sie dann wählen, dürfe es keine Orientierung an Umfragen geben.
- Die PDS solle sich keine Illusionen über sichere Stammwählerpotenziale machen.
- Eine strategische Orientierung auf ein Bündnis mit der SPD sei falsch, weil die programmatischen Gemeinsamkeiten gering wären und gemeinsame Projekte nicht existierten.
- Eine taktische Orientierung auf die SPD sei problematisch, weil die PDS in den Abwärtssog der SPD geraten könnte.
- Wenn die PDS einen Kurs der Annäherung an neoliberale politische Projekte signalisiere, dann werde sie "ihre Stammwähler demobilisieren, Wechselwähler abschrecken und Nichtwähler gar nicht erst erreichen. Sie könnte sogar die Mitgliedschaft der eigenen Partei demotivieren, sich im Wahlkampf zu engagieren"⁷⁷.
- Die PDS habe nicht nur ihr Profil als Adressatin von Protest zu schärfen, sondern auch Kompetenzen in wahlentscheidenden Politikbereichen, wie der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik, zu erwerben.

76 Vgl. Pressedienst 17/2002, S. 5.

77 Michael Chrapa: Stärken und Schwächen der PDS im Wahljahr 2002, in: Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.), Standpunkte 2, Berlin 2002, S. 3.

Als im Mai 2002 als Auftaktveranstaltung zur Bundestagswahl eine Wahlkonferenz in Halle stattfand, waren die Nachwirkungen des Resultats von Sachsen-Anhalt bereits deutlich vernehmbar. Hatte die Vorsitzende Zimmer noch in Rostock gemeint, dass der Spruch "PDS und Macht passe nicht zusammen" obsolet geworden sei⁷⁸, konnten die Konferenzteilnehmer nun von einer Mädchen-Band ein Lied mit der Textzeile *"Schön ist es an der Macht zu sein, sprach das eine zu dem andern Schwein"* anhören und sich auf die PDS als Opposition einstimmen lassen.

Die Veranstaltung in Halle machte deutlich, dass sich die PDS in einer Identitätskrise befindet. Bei der Suche nach ihren Existenz- und Erfolgsbedingungen stocherte die Partei im Nebel herum. Es wurde gefordert, ihre Rolle als Protestpartei zu stärken und demotivierte ehemalige Anhänger zurück zu gewinnen, man wollte Oppositionspartei sein, ohne die Regierungsbeteiligungen zu beenden, die Politik von Rot-Grün wurde heftig kritisiert und zugleich ein Bündnis mit beiden Parteien ins Auge gefasst - natürlich nur unter der Bedingung eines Politikwechsels.

Der Wahlkampf sollte genutzt werden, um Kontakte zu außerparlamentarischen Bewegungen herzustellen und Kampagnen durchzuführen. Die Aufforderung, die PDS als Partei der sozialen Gerechtigkeit, als Partei des Ostens und als Anti-Kriegs-Partei zu wählen, wurde nun in den Kontext des Lagerwahlkampfes gestellt: "links wählen - rechts verhindern"⁷⁹. Wie sich die PDS angesichts der Polarisierung der beiden Volksparteien und des absehbaren Lagerwahlkampfes zu positionieren gedachte, blieb offen. Unstrittig war, dass die PDS-Abgeordneten im Bundestag nicht für einen Kanzler Stoiber optieren würden. Dass sie ihre Stimme Schröder geben würden, um Stoiber zu verhindern, wurde nicht zugesagt, aber auch nicht ausgeschlossen. Konkrete Projekte bezüglich des Wahlkampfes wurden nicht von der Vorsitzenden, sondern von der Bundestagsfraktion vorgelegt, so ein Projekt zur Schaffung von 1,5 Millionen Arbeitsplätzen bis 2006.

78 Zimmer (Anm. 73), S. 12.

79 Vgl. "Erkämpft das Menschenrecht. Die Linke Kraft". Rede der PDS-Vorsitzenden auf der Bundestagswahlkonferenz in Halle am 26.5.2002, in: Pressedienst 22/2002, S. 6.

Wegen ihrer schlechten Resonanz sah sich die PDS veranlasst, nochmals über ihre Wahlkampfführung nachzudenken, im Juni 2002 die Wahlstrategie sowie das Kommunikationskonzept zu überarbeiten und sich mittels einer Imagestudie ein Bild davon zu machen, wie die Partei in der Öffentlichkeit wahrgenommen wurde. Die Durchführung des Wahlkampfes, das Kleben von Plakaten, die Anfertigung von Rundfunk- und Fernsehspots, das Schalten von Anzeigen etc., sollte professionell organisiert werden. Die PDS hatte auf einen Wettbewerb unter Agenturen verzichtet und die Agentur Trialon erneut mit der Wahlwerbung betraut. Das erhöhte den Wiedererkennungswert der PDS-Werbung, erinnerte aber an ihre Werbeline von 1990/1994. Die inzwischen nominierten Kandidaten führten einen engagierten Straßenwahlkampf, mussten dabei aber oft zur Kenntnis nehmen, dass das Image der Partei sehr schlecht war. Trotz der Kritik an der Kampagnenfähigkeit der PDS war der Bundesgeschäftsführer zuversichtlich: "Ich setze auf unsere 80.000 Mitglieder"⁸⁰.

In den Medien fand der Wahlkampf der PDS kaum Beachtung. Positive Nachrichten waren selten zu vermelden, und negative blieben diesmal aus, weil die Union auf eine "Rote Socken"- (1994) bzw. "Rote Hände"-Kampagne (1998) verzichtete und sich ganz auf die SPD konzentrierte. Auch diese vermied es, sich mit der PDS auseinanderzusetzen, sodass die Postkommunisten bestenfalls eine Statistenrolle während des in den Medien stattfindenden Wahlkampfes spielten. Eine Ausnahme bildete der spektakuläre Rücktritt des Berliner Wirtschaftssenators Gregor Gysi im Juli 2002. Den wertet der Bundesgeschäftsführer als Auslöser eines "Rucks durch die Partei" und als unschädlich für die PDS. Er berief sich auf ein Umfrageergebnis von Anfang Juli, das der PDS ein Potential von 6,2 Prozent bescheinigte und behauptete, dass die PDS nun nicht mehr "in erster Linie als Protestpartei, sondern als Gestaltungs- und Veränderungskraft wahrgenommen"⁸¹ werde. "Etwa sechs Prozent" seien bei der Bundestagswahl noch möglich, zumal der PDS gestiegene Kompetenzen bescheinigt worden seien, "wenngleich teil-

80 Neues Deutschland v. 30. 5.02, S. 5.

81 "Nach Rücktritt geht Ruck durch die PDS", in: Pressedienst 32/2002, S. 1.

weise auf niedrigem Niveau⁸². Das Klang, gemessen an dem zwei Monate vorher noch geäußerten Optimismus, schon ziemlich gedämpft.

Die Erklärung der Bundesregierung gegen eine Beteiligung am Krieg gegen den Irak wurde von der PDS begrüßt und zugleich skeptisch kommentiert: Sie erwarte nun auch den Rückzug von Bundeswehreinheiten aus Kuwait und Somalia⁸³. Das Alleinstellungsmerkmal "Anti-Kriegs-Partei" war jedoch erheblich relativiert. Die Frage "Wenn nun sogar die SPD gegen den Krieg ist, warum sollen wir dann PDS wählen?"⁸⁴ konterte die Partei mit dem Argument, sie habe bereits 17 Mal im Bundestag gegen Kriegseinsätze gestimmt.

Angesichts der Hochwasserkatastrophe rief der Bundesgeschäftsführer dazu auf, Solidarität mit den Flutgeschädigten zu üben, praktische Hilfe zu leisten und zu spenden. Während Bartsch damit in etwa den Erwartungen der PDS-Anhänger entsprach, wandte sich die Parteivorsitzende gegen politische Profilierung mittels der Naturkatastrophe ("Fluttourismus") und stieß damit auf Unverständnis bei der Basis. Dennoch wurde als Hilfsprogramm ein "Neues Aufbauwerk (NAW)" proklamiert⁸⁵. Später räumte der Bundesgeschäftsführer ein, dass viele Mitglieder die Reaktionen aus der Parteiführung auf die Flutkatastrophe und deren Folgen "nur schwer nachvollziehen konnten"⁸⁶.

Die prekäre Situation der Partei wurde auf einer Konferenz der PDS-Wahlkampfleiter Mitte August diskutiert. Damals sahen die Umfragen die PDS bereits bei vier Prozent und eine stabile Mehrheit von CDU und FDP voraus. Die PDS versuchte nun, sich in das rot-grüne Lager einzuschleichen, um die eigene Haut zu retten. Wollte sie zuvor mit der SPD nichts oder doch nur wenig zu tun haben, wähnte sie sich nun in einer günstigen Lage und bot ein Mitte-Links-

82 Ebd.- Im SPIEGEL wurde berichtet, dass in einer Umfrage 2,1 % der Befragten der PDS Kompetenz in der Wirtschaftspolitik und 14,7 % in der Friedenspolitik (Bündnisgrüne: 35,4%) bescheinigt hätten. Vgl. Der Spiegel 23/2002, S. 46.

83 "Bush lässt sich kaum von Kriegen abhalten", in: Pressedienst 33/2002, S. 2.

84 "Optimismus und klare Worte", in: Pressedienst 36/2002, S. 2.

85 "Aufatmen. Aufräumen. Aufbauen. Gemeinsam. Für ein Neues Aufbauwerk (NAW)", Vorschläge der PDS für ein sozial gerechtes und zukunftsfähiges Hilfsprogramm entlang der Elbe und ihrer Zuflüsse, in: Pressedienst 35/2002, S. 4 ff. NAW war die in der DDR gebräuchliche Abkürzung für "Nationales Aufbauwerk".

86 Optimismus (Anm. 84).

Bündnis an, denn nur mit der PDS hätte die SPD noch eine Regierungschance. Dies solle jedoch nicht als Tolerierungsangebot missverstanden werden⁸⁷. Wie gewöhnlich mit Rücksicht auf irgendeine Fraktion uneindeutig, erklärte die Partei 30 Tage vor der Wahl, dass die PDS zwar einen "eigenständigen Kompetenzwahlkampf" und keinen für eine bestimmte Parteienkonstellation führe, dass sie aber zu einer "Zusammenarbeit mit all jenen bereit [sei], die erreichte soziale und ökologische Standards verteidigen und anheben wollen"⁸⁸. Zu spät freundeten sich die Postkommunisten mit dem Gedanken an, dass Rot-Grün etwas erreicht haben könnte, das der Verteidigung wert ist.

Seit Mitte August wurde die Botschaft "Wer Stoiber verhindern will, muss PDS wählen" kommuniziert. Dass sich die PDS nun als Anti-Stoiber-Partei präsentierte, stiftete Verwirrung. Denn damals dürfte dem meisten Bürgern klar gewesen sein, dass Stoiber nur durch die Wahl der SPD zu verhindern ist. Gegen Ende August erklärte sich die PDS dann in einem Wahlauftritt zur Funktionspartei: "Wenn es im Bundestag tatsächlich zur Entscheidung zwischen Schröder und Stoiber käme ... und wenn eine deutsche Beteiligung am Irak-Krieg gestoppt werden könnte, dann wären wir auch bereit, Schröder zum Kanzler zu wählen."⁸⁹

Die Anstrengungen zur Initiierung von Unterstützer-Initiativen waren kaum erfolgreich, während sich die Ost-SPD eines regen Zulaufs erfreute. Zehn Tage vor der Wahl rief die Parteivorsitzende ihre Mitglieder und Anhänger auf, nicht den Umfragen zu glauben, sondern eine "ungeheure Kraftanstrengung zu unternehmen"⁹⁰, damit die Partei doch noch in den Bundestag einzieht (woran sie nicht zweifelte). Von Rot-Grün enttäuschte Wähler wurden mit einem Hinweis auf den Brief von André Brie und Gregor Gysi an Oskar Lafontaine für die PDS geworben, weil dort ihre Interessen besser aufgehoben seien⁹¹, und die Zweitstimmenkampagne wurde (zum Verdruss vieler Direktkandidaten) verstärkt. Den Konkurrenten wurde vorgeworfen, die PDS zu ignorieren, den Anhängern erklärt, die vorhandenen und zunehmenden inner-

87 "PDS setzt im Endspurt auf Anti-Stoiber-Kurs", in: Berliner Morgenpost v. 15.8.2002, S. 4.

88 "Die Zweitstimme trifft die erste Wahl", in: Pressedienst 34/2002, S. 2.

89 "Die andere Politik wählen. Wahlauftritt zur Bundestagswahl 2002", in: PID 34/2002, S. 3.

90 "Auf dich kommt es an", in: Pressedienst 37/2002, S. 2.

91 Den Brief sah die PDS-Vorsitzende nach der Wahl als eine der Ursachen für die Niederlage ihrer Partei an.

parteilichen Streitigkeiten und Meinungsverschiedenheiten über die Haltung zur SPD bzw. zur "Kanzlerstimme" wären ein notwendiges Beiwerk in einer pluralistischen Partei⁹². Und die potenziellen Wähler wurden an die Antikriegs- und an die Ostkompetenz ("einzig authentische Oststimme"⁹³) erinnert und auf die angeblich gestiegene Akzeptanz der PDS verwiesen: "Mehr Menschen noch als 1998 wollen die PDS im Bundestag."⁹⁴

Vergebens. Die PDS scheiterte mit vier Prozent an der Sperrklausel und zog nur mit zwei direkt gewonnenen Mandaten in den Bundestag ein. Sie hätte die Mahnung ihres damaligen Parteivorsitzenden Lothar Bisky vom November 1998 nicht in den Wind schlagen sollen, der eindrücklich eine Partei- und Programmreform gefordert hatte.

f) Das Wahlergebnis der PDS

Bei der Bundestagswahl 2002 erreichte die PDS 4,3 Prozent der Erststimmen (-0,6 Prozentpunkte) und 4,0 Prozent der Zweitstimmen (-1,1 Prozentpunkte). Gegenüber 1998 verlor sie bundesweit 337.578 Erststimmen und 598.752 Zweitstimmen. Im Westen verbuchte sie zwar einen kleinen Gewinn von rund 112.000 Erststimmen, aber das änderte auch nichts an dem Debakel, das ihr im Osten widerfuhr. Dort sackte sie um 4,7 Prozentpunkte von 21,6 Prozent (1998) auf 16,9 Prozent ab. Damit war sie hinter dem Ergebnis von 1994 zurückgeblieben, wo sie 4,1 Prozent der Zweitstimmen und vier Direktmandate erreicht hatte. In Westdeutschland ist sie dagegen mit einem Verlust von 0,1 Prozentpunkten glimpflich davon gekommen. Allerdings blieben ihr nur 1,1 Prozent der Zweitstimmen. Die Westausdehnung ist damit endgültig gescheitert. Am stärksten fielen die Einbußen in Mecklenburg-Vorpommern (-7,3 PP) und Sachsen-Anhalt (-6,3 PP) aus, es folgten Berlin-Ost (-5,4 PP), Thüringen (-4,3 PP), Sachsen (-3,8 PP) und schließlich Brandenburg (-3,1 PP). Wo die Nähe der PDS zur Regierung am größten war, fielen ihre Verluste am stärksten aus.

92 Am 15. September korrigierte Zimmer in einem Interview mit ZDF-Online die Anti-Stoiber-Parole: "Wer Stoiber verhindern will und Schröder nicht traut, der muss PDS wählen."

93 "PDS-eine sichere Wahl", in: Pressedienst 38/2002, S. 2.

94 Ebda.

In den einzelnen Wahlkreisen bewegen sich die Verluste zwischen 1,6 Prozent und 10,3 Prozent. In den ehemaligen Bezirksstädten Schwerin, Rostock, Magdeburg, Halle, Jena und Erfurt, in den Hochburgen des traditionellen PDS-Milieus also, gab es überdurchschnittliche Verluste (von sechs bis über neun Prozent). Bekannte Kandidaten oder solche, die in vermuteten Gewinnerwahlkreisen kandidierten, erzielten oft hohe Erststimmen-Vorsprünge: in Berlin Petra Pau (+10,4 PP) und Gesine Lötzsch (+10,3 PP), in Potsdam Rolf Kutzmutz (+7,0 PP), in Suhl Gabi Zimmer (+6,3 PP) oder in Halle Roland Claus (+5,3 PP). Allerdings lagen die Rückstände zum Erststimmenanteil der SPD in den letzten drei Wahlkreisen bei über zehn Prozentpunkten; hier wäre durch ein weiteres Stimmensplitting kein Sieg der PDS-Kandidaten gegen den Trend der PDS und ihre Schwäche möglich gewesen.

Dass die PDS das dritte Direktmandat und den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde verfehlt hat, dürfte auch am Splittingverhalten ihrer Anhänger gelegen haben. 23 Prozent (im Osten 18%) ihrer Zweitstimmenwähler gaben ihre Erststimme der SPD. Und umgekehrt votierten in West und Ost 20 Prozent der Personen, die ihre Erststimme dem PDS-Kandidaten gegeben haben, mit ihrer Zweitstimme für die SPD⁹⁵. Unter den PDS-Anhängern scheint Unsicherheit darüber bestanden zu haben, wie Stoiber verhindert und gleichzeitig der Einzug der PDS in den Bundestag gewährleistet werden konnte. Mit der unglücklichen Parole "Wer Stoiber verhindern will, muss PDS wählen" wurde offen gelassen, mit welcher Stimme PDS gewählt werden soll, um Stoiber zu verhindern, und ob Stoiber überhaupt durch die Wahl der PDS zu verhindern ist. Hier rächte sich die Hilflosigkeit der PDS im Umgang mit dem Lagerwahlkampf zwischen Rot-Grün und Schwarz-Gelb.

Die Verluste der PDS hatten vor allem zwei Ursachen: Zum einen hatte sie ihre Anhänger schlecht mobilisiert (260.000 Stimmen gab sie an das Lager der Nichtwähler ab) und zum anderen verlor sie in erheblichem Umfang (290.000 Stimmen) an die SPD (Tabelle 18). Da 74 Prozent der ostdeutschen Wähler, die 1998 PDS gewählt hatten, den Postkommunisten treu geblieben waren (siehe Tabelle 14, S. 51), liegt sie nun hinsichtlich der Parteibindung ihrer Anhänger über dem Durchschnitt. Unter dem Strich hat es die PDS nicht geschafft, das Po-

95 Bundestagswahl (Anm. 12), S. 98, 100.

tential zu halten, das ihr 1998 im wesentlichen durch den Verlust der CDU in den ostdeutschen Ländern in den Schoß gefallen war. Ihr gingen viele der weniger gebundenen Wähler verloren. Alle anderen Parteien konnten in Ostdeutschland ihre Anteile gegenüber 1998 und - mit Ausnahme der CDU - auch gegenüber 1994 erhöhen, nur die PDS nicht.

Tabelle 18: Wählerstromkonto der PDS bei der Bundestagswahl 2002 in der Bundesrepublik (abs.)			
Austausch mit...	Zustrom	Abstrom	Saldo
SPD	220.000	510.000	-290.000
CDU/CSU	40.000	90.000	-50.000
B90/Grüne	100.000	100.000	0
FDP	20.000	40.000	-20.000
Andere	50.000	30.000	20.000
Summe über Parteien	430.000	770.000	-340.000
Nichtwähler	130.000	390.000	-260.000
Erstwähler/Verstorbene	90.000	130.000	-40.000
Zu-/Fortgezogene	20.000	30.000	-10.000
Wählerströme insgesamt	670.000	1.320.000	-650.000
Wählerstamm	1.220.000	1.220.000	
Wählerstimmen 2002 und 1998	1.890.000	2.540.000	-650.000

Quelle: ARD/Infratest dimap Wahlberichterstattung⁹⁶.

Die PDS verlor eher bei jüngeren als bei älteren Wählern. In Ostdeutschland büßte sie bei einem Durchschnittsverlust von fünf Prozentpunkten bei den unter 30jährigen neun Prozentpunkte und bei den 30-44jährigen sechs Prozentpunkte ein⁹⁷. Rückläufige Anteile sind auch

96 Infratest dimap (Anm. 16), S. 41.

97 Bundestagswahl (Anm. 12), S. 53.

bei den Arbeitern und den Angestellten und bei Gewerkschaftsmitgliedern zu verzeichnen (Tabelle 19). Überdurchschnittliche Werte erzielte die PDS 2002 bei Rentnern, Arbeitslosen, Angestellten und vor allem bei Beamten⁹⁸.

Tabelle 19: Zweitstimmenergebnisse der PDS bei den Bundestagswahlen 1994 - 2002 in sozialen Gruppen in der Bundesrepublik insgesamt und in Ostdeutschland (%)						
	1994		1998		2002	
	BRD	Ost	BRD	Ost	BRD	Ost
Berufsgruppe						
Arbeiter	5	15	6	17	4	15
Angestellte	6	26	6	25	4	19
Beamte	3	35	3	15	3	24
Selbständige	3	17	4	17	3	13
Landwirte	3	10	3	8	4	13
Gewerk.-Mitgl.						
Ja	6	24	7	22	5	20
Nein	4	20	5	*	4	16
Arbeiter + Gewerk.						
Gew.-Mitglied	5	17	6	17	4	16
Kein Mitglied	5	14	6	*	5	15
Angest. + Gewerk.						
Gew.-Mitglied	10	29	8	25	7	24
Kein Mitglied	5	26	6	25	4	18
Insgesamt	4,4	19,8	5,1	21,6	4,0	16,9

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen Mannheim (Wahltagsbefragung, nur Urnenwähler)⁹⁹.
* Keine Angabe vorhanden.

98 Bundestagswahl (Anm. 12), S. 109.- Nach Infratest dimap (Anm. 16, S. 91) verlor die Ost-PDS bei den Beamten gegenüber 1998 acht Prozentpunkte.
99 1994: Bundestagswahl (Anm. 36), S. 21 ff.; 1998: Bundestagswahl (Anm. 35), S. 21 ff.; 2002: Bundestagswahl (Anm. 12), S. 56, 109.

Der Soziologe Dietmar Wittich führte die Verluste der PDS auf folgende Faktoren zurück:

- Demobilisierung des Milieus,
- geringe Wahlbeteiligung,
- geringe mediale Präsenz der Partei,
- Großwetterlage (Flut und Kriegsthema),
- Rücktritt von *Gregor Gysi*, der das Projekt "PDS als moderne sozialistische Partei" verkörpert und mit seinem Rücktritt die Frage aufgeworfen habe, was denn "moderner Sozialismus" sei.

Die Flut habe die "etatistischen Orientierungen" der PDS-Anhängerschaft zu Gunsten von Gerhard Schröder vitalisiert, während die Besetzung des Kriegsthemas durch die rot-grüne Bundesregierung das Alleinstellungsmerkmal der PDS relativiert habe¹⁰⁰. Nach Wittich wünscht sich eine Mehrheit der PDS-Wähler vor der Wahl eine Regierungsbeteiligung, wenn sich dadurch die Chance ergäbe, "Schlimmeres" zu verhüten. Nach der Wahl solle dann die PDS in der Regierung "blühende Landschaften" schaffen - und wehe ihr, es gelänge nicht. Dass die Wahlniederlage der PDS vor allem durch überzogene Erwartungen ihrer Anhänger verursacht war, muss jedoch bezweifelt werden. Ganz unschuldig war die Partei und ihr Funktionärskörper auch nicht. Aus der Marktperspektive gesehen, war das Angebot eher dürftig.

Bei Wahlen geht es immer auch um Personen und um Themen, Leistungen und Kompetenzen. Gaben die Spitzenkandidaten bundesweit für etwa 30 Prozent der Wähler den Ausschlag für ihr Votum, so waren es bei der PDS in West und Ost nur 14 Prozent. Und 14 Prozent betrug auch der Anteil der Befragten, die mit der politischen Arbeit von *Gabi Zimmer* zufrieden waren. Damit bildete die PDS-Vorsitzende das Schlusslicht in der Rangfolge der abgefragten Politiker. Abwanderer von der PDS nannten überdurchschnittlich häufig Personalien als Motiv¹⁰¹.

100 Vgl. Dietmar Wittich: Ein langer Abschied, in: Neues Deutschland v. 25.9.2002, S.3.

101 Infratest dimap (Anm. 16), S. 83 ff., 116.

Wahlentscheidende Themen für PDS-Anhänger (Tabelle 15, S. 55) waren soziale Gerechtigkeit (61%) und Arbeitsmarktpolitik (28%). Die Außen- und Sicherheitspolitik folgte an dritter Stelle (21%). Für ehemalige PDS-Wähler, die sich 2002 anderen Parteien zugewandt haben, standen wirtschafts- und außenpolitische Fragen im Vordergrund¹⁰². Der PDS wurden bundesweit folgende Kompetenzen zugeschrieben¹⁰³:

- den Wirtschaftsstandort Deutschland voranbringen: 0 Prozent,
- Arbeitsplätze sichern und neue schaffen: 1 Prozent,
- die bei der Hochwasserkatastrophe zerstörten Regionen wieder aufbauen: 1 Prozent,
- die Altersversorgung langfristig sichern: 1 Prozent,
- eine gute Steuerpolitik betreiben: 1 Prozent,
- eine gute Umweltpolitik betreiben: 1 Prozent,
- die Zukunftsprobleme Deutschlands lösen: 1 Prozent,
- eine gute Bildungspolitik betreiben: 3 Prozent,
- Einsatz für die Frieden: 5 Prozent,
- für soziale Gerechtigkeit sorgen: 5 Prozent,
- den Aufbau der ostdeutschen Wirtschaft vorantreiben: 6 Prozent.

Die PDS verfügte über keinen herausragenden Kompetenzbereich, der ihr Quoten verschafft hätte, die deutlich über ihrem Zweitstimmenanteil lagen. Alle anderen Parteien stützten sich auf derartige Kompetenzdomänen. Lediglich beim Aufbau der ostdeutschen Wirtschaft erzielte die PDS einen passablen Wert (nicht aber bei der Flutopferhilfe). In Sachen Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Steuerpolitik hatte sie nichts zu bestellen. Und bei ihrem wahlentscheidenden Thema soziale Gerechtigkeit brachte sie es gerade einmal auf fünf Prozent. Überall stand sie - gerade auch in Ostdeutschland - im langen Schatten der SPD. Auch als Friedenspartei konnte sie bundesweit weder den Grünen (20%) noch der SPD (42%) den Rang ablaufen. Im Osten billigten ihr 16 Prozent die Friedenskompetenz zu. Damit lag sie gleichauf mit der CDU und knapp vor den Grünen (14%), aber weit hinter der SPD (42%).

Nach wie vor hat die PDS das Image, Interessenvertretung der Ostdeutschen zu sein. Das billigten ihr rund zwei Drittel der Wähler zu. Dabei handelt es sich offenbar eher um Erwartungen als um Bewertungen. Denn in personeller und sachlicher Hinsicht tat sich die Partei nicht besonders hervor, von einem speziellen Profil konnte nicht die Rede sein.

102 Infratest dimap (Anm. 16), S. 82.

103 Dazu und zum folgenden: Infratest dimap (Anm. 16), S. 105 ff.

g) Bilanz und Ausblick

Die Entwicklung der PDS in der Ära Bisky (1993-2000) war eine Erfolgsstory. Die Partei wandelte sich schrittweise "von einem Sammelbecken der Vereinigungsgegner zu einer Interessenpartei des Ostens"¹⁰⁴, die vor Ort erfolgreiche Politik machte, sich in den neuen Bundesländern als dritte Kraft etablierte und bald auch zu einem respektierten Faktor auf Bundesebene wurde.

Das Triumvirat Bisky, Gysi und A. Brie hatte die Partei aus der inneren Krise der Jahre 1990-92 und aus ihrer sozialen und politischen Isolierung herausgeführt, ihren Mitgliedern neues Selbstbewusstsein und Zukunftsperspektiven vermittelt und die PDS - nicht zuletzt wegen ihrer selbstkritischen Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit - zu einem bedeutsamen Faktor im politischen System der Bundesrepublik gemacht. Nach der außerordentlich erfolgreichen Bundestagswahl 1998 stand die PDS vor der Aufgabe, den nächsten Entwicklungsschritt einzuleiten: den Wandel von einer Ostpartei zu einer gesamtdeutschen (sozialistischen) Partei - zunächst in programmatischer und politischer, dann aber auch in regionaler Hinsicht (Westausdehnung). Die PDS musste aus der längerfristig perspektivlosen Rolle einer parteipolitischen Begleiterscheinung des irgendwann abgeschlossenen Systemwechsels in Ostdeutschland herauswachsen, um über die Gestaltung der inneren Einheit Deutschlands hinaus Kompetenz zu erlangen für die sozial gerechte Steuerung des Gesamtsystems durch die Klippen des sozialen Wandels, der technologischen Modernisierung und der ökonomischen und politischen Globalisierung.

Bedeutete dieser neuerliche Identitätswandel auch eine enorme Herausforderung für die Lernfähigkeit der Mitglieder und für die Integrationsfähigkeit der Partei, so war dieser Reformschritt doch im Interesse der Sicherung der langfristigen Existenzgrundlagen der PDS unumgänglich. Zweifellos barg er ein erhebliches Risiko, weil die Nachfrage nach einer Partei links von der SPD auf dem bundesdeutschen Wählermarkt vorab kaum kalkulierbar, mögli-

104 Gero Neugebauer/Richard Stöss: Die PDS. Geschichte - Organisation - Konkurrenten, Opladen: Leske + Budrich 1996, S. 57.

cherweise sogar gering ist. Das Triumvirat hatte nach der Bundestagswahl 1998 jedoch richtig erkannt, dass die PDS als altsozialistische Traditionskompanie der politischen Klasse der DDR und ihrer Sympathisanten keine Überlebenschance hat, dass sich das Erfolgsrezept Ostpartei über kurz oder lang zu einem Hemmnis im gesamtdeutschen Parteienwettbewerb entwickeln wird. Die PDS stand also vor der Alternative, entweder als Ostpartei zu scheitern oder mit einer Partei- und Programmreform die Voraussetzungen für ihre Zukunftsfähigkeit zu schaffen.

Die Ausgangsbedingungen für diesen Reformschritt waren günstig. Die PDS war politisch sehr erfolgreich, und sie verfügte mit dem integrativen, bedächtigen und vorausschauenden Parteivorsitzenden Bisky, mit dem eloquenten, vor allem auch im Westen und bei jungen Leuten populären Vorsitzenden der Bundestagsfraktion Gysi und mit dem zugleich theoretisch hoch versierten und einem modernen Politik- und Wahlkampfstil verpflichteten "Vordenker" Brie über eine optimale Führungskonstellation: Die Dreiergruppe beherrschte die Kommunikationsformen der modernen Mediengesellschaft und verknüpfte die dafür relevanten Persönlichkeitsmerkmale mit klaren inhaltlichen Vorstellungen über die Zukunft der Partei.

Daher grenzte es fast schon an Selbstmord, dass die PDS dieses Erfolgstrio 1999/2000 abservierte. Gabi Zimmer schien die Programmreform zunächst fortzusetzen, knickte dann aber kurz vor der Bundestagswahl 2002 ein. Die neue Parteiführung um das miteinander konkurrierende Duo Zimmer-Bartsch war weder imstande, die Partei aus der selbstverschuldeten Identitätskrise herauszuführen, noch einen erfolgreichen Wahlkampf zu führen. Die Wahlniederlage der PDS hatte mithin vor allem interne Gründe, die externen Widrigkeiten spielten eine nachgeordnete Rolle:

- Wegen des gescheiterten Reformprozesses bestand kein innerparteilicher Konsens über das Selbstverständnis und die grundlegenden Ziele der PDS. Die Fraktionierung dauerte an und lähmte die Partei.
- Bei dieser Wahl fehlte der sonst übliche Außendruck, der früher innere Einheit gestiftet und zur Mobilisierung der Partei beigetragen hatte.

- Bei der Vorbereitung des Wahlkampfs ließ sich die Partei von unrealistischen Vorstellungen über ihre Bedeutung und ihre Wettbewerbschancen leiten.
- Die Parteiführung war zerstritten und in Machtkämpfe verwickelt und daher unfähig, eine klare Wahlkampfkonzeption vorzulegen. Sie verfolgte divergierende Wahlkampfziele.
- Im Wahlkampf wurden viele handwerkliche Fehler gemacht: mangelnde Koordination von Aktionen, Festhalten an alten Kommunikationsstrategien, unzureichende mediale Strategien, um die Parteiaktivitäten zu kommunizieren etc.
- Die innerparteiliche Kommunikation zwischen Führung und Basis funktionierte ausgesprochen schlecht.
- Als Rot-Grün einen Lagerwahlkampf begann, reagierte die PDS hilflos und wurde so völlig an den Rand gedrängt. Das führte zu konfusem Stimmensplitting und Abwanderungen.
- Die PDS verfügte über kein attraktives Personalangebot, seitdem die prominenten Reformer als Wahlkampflokomotiven nicht mehr zur Verfügung standen. Das vorhandene Personalangebot war nicht geeignet, das Interesse der Medien zu wecken.
- Es mangelte der Partei an Profil bildenden Zielen und Kompetenzzuschreibungen.
- Für die zentralen Wahlkampfthemen Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik hatte die PDS kein Alternativkonzept. Dies wirkte sich angesichts der tief greifenden Rezession besonders nachteilig aus. Denn ihre Anhänger erwarteten sozial gerechte Lösungsvorschläge.
- Ihre Reaktion auf die Hochwasserkatastrophe stieß bei Mitgliedern und Anhängern auf Unverständnis.
- Die desaströse Verfassung der PDS demotivierte die Mitglieder und bewirkte eine Mobilisierungsschwäche der Partei.
- Der für die PDS existenzielle Ost-West-Gegensatz schwächt sich langsam ab. Die Fluthilfe beförderte diesen Trend vorübergehend heftig.
- Rot-Grün verfügte über die Meinungsführerschaft bei der sozialen Gerechtigkeit und der Irak-Frage. Die PDS besaß nicht mehr das "Alleinstellungsmerkmal" Friedenspartei.

Die PDS war sich bei der Überwindung der Fünf-Prozent-Hürde also selbst im Weg. Das bedeutet jedoch nicht zwangsläufig, dass ihre Entwicklung seit dem Ende der Ära Bisky in die Liquidation mündet. Noch besteht die Chance, das Vermächtnis von Bisky umzusetzen, einen konsequenten Reformkurs einzuleiten, wieder Kompetenz zu erlangen und das Personalangebot zu optimieren. Die Ergebnisse des Geraer Parteitags stimmen diesbezüglich nicht gerade optimistisch, weil dort viel Porzellan zerschlagen wurde. Aber die amtierende Parteiführung wird sehr bald einsehen, dass ihr derzeitiger Kurs zum Scheitern verurteilt ist. Daher sollte ein Reformparteitag durchgeführt werden, von dem ein unzweideutiges Signal für einen grundlegenden programmatischen und personellen Neuanfang ausgeht. Die Rahmenbedingungen sind angesichts der schwachen Performanz von Rot-Grün derzeit günstig. Einer Parteisplaltung räumen wir wenig Chancen ein. Denn die PDS kann auf die Mehrheit ihrer (traditionalistisch gesinnten) Mitglieder und auf ihr Kernmilieu nicht verzichten, sie muss beide auf ihrem Reformweg mitnehmen.

6. Die Bündnisgrünen in Ostdeutschland¹⁰⁵

Den Bündnisgrünen ist es zwar bei der Bundestagswahl 2002 nicht gelungen, im Osten¹⁰⁶ die Fünf-Prozent-Hürde zu überwinden. Mit 4,7 Prozent verbesserten sie ihr Ergebnis von 1998 aber um 0,6 Prozentpunkte, was immerhin einen Zuwachs von 15 Prozent bedeutet¹⁰⁷ (zum Vergleich: die West-Grünen erreichten einen Zuwachs von knapp 30%).

Dieser Befund ist zunächst im Kontext der sich verändernden Wettbewerbsbedingungen in Ostdeutschland zu interpretieren: Während die SPD im Westen¹⁰⁸ vier Prozentpunkte einbüßte, gewann sie im Osten 4,6 Prozentpunkte hinzu. Sie ist damit erstmalig im Osten (39,7%) stärker als im Westen (38,3%). Die PDS musste im Osten herbe Verluste hinnehmen (-4,7 PP) und stagniert im Westen bei einem Prozent. Die FDP legte im Osten drei Prozentpunkte zu und überwand in allen fünf neuen Ländern die Fünf-Prozent-Marke. Sie ist jetzt in West und Ost fast gleich stark (7,6% zu 6,4%).

Während also die PDS ostdeutsche Regionalpartei bleibt und dabei auch noch schrumpft, gewannen die übrigen Parteien teilweise beachtlich hinzu (selbst die CDU verbesserte sich um einen Punkt). Waren CDU und SPD mit Blick auf ihre Wählerbasis schon immer gesamtdeutsche Parteien, so lässt sich die FDP nicht mehr als reine "Westpartei" bezeichnen. Die Grünen sind es zwar immer noch, schneiden in Ostdeutschland aber fast fünf Mal so gut ab wie die PDS im Westen.

Zwar unterscheiden sich die Parteiensysteme in beiden Teilen Deutschlands nach wie vor deutlich voneinander, aber die Unterschiede werden geringer. Dieser Trend dürfte sich nega-

105 Referat von R. Stöss auf der Tagung des Gesprächskreises "INPUT: Politik und Wissenschaft" der Heinrich-Böll-Stiftung am 24.10.2002 in Berlin zum Thema "Am Neustart: Bündnis-grüne Herausforderungen".

106 Fünf neue Bundesländer einschließlich Ost-Berlin.

107 In den fünf ostdeutschen Bundesländern ohne Ost-Berlin verbesserten sich die Grünen von 3,8% auf 4,2%. In Ost-Berlin wurde also ein erheblicher Teil des Gesamtzuwachses der Ost-Grünen erwirtschaftet.

108 Alte Bundesrepublik einschließlich West-Berlin.

tiv auf die Entwicklungsperspektiven der PDS auswirken, da sie die einzige Partei ist, die vom (langsam abschmelzenden) Ost-West-Gegensatz lebt.

Die Ursache für das zaghafte Wachstum der grünen Wählerschaft in den neuen Bundesländern besteht vor allem darin, dass sich die libertären Wertorientierungen, die die Existenzgrundlage der Partei bilden, nur langsam ausbreiten. Die "bread and butter" - Fragen haben im Osten nach wie vor absolute Priorität, was sich zu Gunsten der "alten" Parteien bzw. der "alten Politik" auswirkt. Der Libertarismus nimmt daher nur gemächlich, aber unaufhaltsam zu, und damit verbessern sich tendenziell auch die Zukunftschancen der Grünen.

Libertäre Werte finden sich vor allem bei gebildeten urbanen Mittelschichten. Daher sind die Grünen vor allem in dicht besiedelten Gebieten erfolgreich. Das gilt auch für Ostdeutschland: Je höher die Bevölkerungsdichte, desto größer die Zweitstimmenanteile der Grünen. In dicht besiedelten Gebieten erzielten die Grünen durchschnittlich 8,6 Prozent der Zweitstimmen.

Zweitstimmenergebnisse der Bündnisgrünen bei der Bundestagswahl 2002 in Ostdeutschland nach Bevölkerungsdichte (%)

Sehr niedrig (bis 90 EW)	3,4
Niedrig (bis 150 EW)	3,6
Mittel (bis 400 EW)	4,0
Hoch (bis 3800 EW)	8,6

Bevölkerungsdichte: Einwohner pro Quadratkilometer.

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen Mannheim (Wahltagsbefragung, nur Urnenwähler)¹⁰⁹.

Dabei ist zu bedenken, dass die Bevölkerungsdichte in den neuen Bundesländern vergleichsweise gering ist. In Mecklenburg-Vorpommern leben auf einem Quadratkilometer knapp 80 Personen, in Brandenburg sind es knapp 90, in Sachsen-Anhalt ca. 130 und in Thüringen etwas über 150. Nur Sachsen erreicht mit rund 250 Einwohnern pro Quadratkilometern einen Wert, der etwas über dem Bundesdurchschnitt liegt. In den neuen Ländern existiert nur eine Großstadt mit über 500.000 Einwohnern (Leipzig).

Auf günstige soziale Milieus stoßen die Ost-Grünen vor allem in Universitätsstädten. In den städtisch geprägten Wahlkreisen Ostdeutschlands überwandern die Grünen daher auch fast ausnahmslos die Fünf-Prozent-Hürde. Dabei handelt es sich um 12 von insgesamt 54 Wahlkreisen (22%) in den fünf neuen Ländern.

Wahlkreisergebnisse ab fünf Prozent (ZSt) der Bündnisgrünen in den fünf neuen Bundesländern bei der Bundestagswahl 2002 (%)

Mecklenburg-Vorpommern (3,5; +0,6 PP^a)

014 Rostock 5,0

Brandenburg (4,5; +0,9 PP)

058 Oberhavel-Havelland II 6,0

061 Potsdam - Potsdam-Mittelmark II -
Teltow-Fläming II 7,9

Sachsen-Anhalt (3,4; +0,1 PP)

069 Magdeburg 5,1

073 Halle 5,9

Sachsen (4,6; +0,2 PP)

153 Leipzig I 6,5

154 Leipzig II 9,1

160 Dresden I 7,9

161 Dresden II - Meißen I 8,8

164 Chemnitz 5,1

Thüringen (4,3; +0,4 PP)

193 Gotha - Ilm-Kreis 6,8

195 Jena - Weimar - Weimarer Land 7,9

a) Veränderung gegenüber der Bundestagswahl 1998 in Prozentpunkten.

Dem entspricht auch das Wählerprofil der Grünen im Osten, das sich von dem der West-Grünen nicht prinzipiell unterscheidet: Ihre Anhänger finden sie vor allem bei Personen mit hohem Bildungsgrad, bei den 18-44-jährigen (im Westen auch noch bei den 45-54-jährigen) und eher bei Frauen als bei Männern. Mit Blick auf die Erwerbssituation punkten die Grünen stark bei Personen, die sich in Ausbildung befinden, bei Angestellten (im Westen insbesondere auch bei Beamten) und bei Selbständigen. Bei Rentnern, Arbeitern und Landwirten stößt die Partei auf wenig Resonanz. Im Osten wählen übrigens auch wenig Gewerkschaftsmitglieder die grüne Partei.

Es spricht wenig dafür, dass das (geringe) Wachstum der Ost-Grünen in erster Linie auf die Flutkatastrophe oder auf die Debatte über die Kriegsvorbereitungen der USA gegen den Irak zurückzuführen ist. Zwar hat die Flut die Sensibilität für ökologische Probleme verstärkt und damit vielleicht auch zu den guten Resultaten in Dresden beigetragen. Allerdings liegen keine Anzeichen dafür vor, dass Flutopfer besonders häufig grün gewählt haben. Auch die ablehnende Haltung von Rot-Grün gegenüber der Irak-Politik der USA könnte einen gewissen Einfluss auf die Wahlentscheidung der Ostdeutschen zugunsten der Grünen gehabt haben. Nutznießer beider Faktoren war jedoch in erster Linie die SPD (teilweise auch die West-Grünen), und geschadet haben sie vor allem der PDS, die im Osten erheblich an die SPD verloren und zudem ihre eigenen Anhänger schlecht mobilisiert hat. Die Ost-Grünen konnten von den Einbußen der Postkommunisten nur in bescheidenem Umfang profitieren (Tabelle 14).

Die mühsame Ausweitung der Wählerbasis der Bündnisgrünen in den neuen Ländern lässt sich plausibel nur durch den erwähnten schleichenden Mentalitätswandel der urbanen Mittelschichten im Osten, also durch langfristig wirksame Faktoren erklären. Es wäre allerdings politisch verfehlt, daraus eine "attentistische" Perspektive für die Grünen in Ostdeutschland abzuleiten. Es bedarf vielmehr gezielter Intervention, um die sich langsam verbessernden "Gelegenheitsstrukturen" auch zu nutzen (darum werden sich nämlich auch SPD und PDS bemühen). Der "grüne Aufwuchs" ist kein Selbstläufer, er muss als "Auftrieb" zielgerichtet ins Werk gesetzt werden.

Die Bundespartei hat die Bedeutung des Ostens für die Wahlchancen der Gesamtpartei lange Zeit unterschätzt und den organisatorischen Aufbau der Landesverbände im Beitrittsgebiet sträflich vernachlässigt. Gelegentlich hatte man den Eindruck, dass die Partei den internen Ost-West-Gegensatz kultiviert, dass die Wessi-Grünen die Ossi-Grünen nicht sonderlich ernst nehmen und ihnen auch keine politischen Erfolge zutrauen. Umso dringlicher sind nun erhebliche Anstrengungen, um die West-Partei in eine gesamtdeutsche Partei zu verwandeln.

Auf den ersten Blick erscheint es plausibel, wegen der genannten sozialräumlichen und mentalen Erfolgsbedingungen der Grünen den weiteren Parteiaufbau auf die bisherigen Hochburgen zu konzentrieren. Diese Strategie sollte ernsthaft geprüft werden. Sie folgt der Logik der bisherigen Ausführungen, hat aber den Nachteil, dass sie nur mittelfristig erfolgreich sein dürfte. Attraktiver und motivierender sind konkrete Projekte, die absehbare Erfolgsaussichten versprechen.

Es bedarf mithin eines ergänzenden, zeitnahen Arguments, um die Notwendigkeit der Partei unter Beweis zu stellen, um also zusätzliche Wählerschichten und neue Mitglieder zu gewinnen, die sich für ein als bedeutsam erachtetes, aussichtsreiches politisches Projekt engagieren. Dieses Argument könnte sich auf die veränderten Wettbewerbsstrukturen und Koalitionsbedingungen in Ostdeutschland gründen.

Die Situation der **PDS** ist weniger durch den Absturz bei der Bundestagswahl gekennzeichnet (von dieser Niederlage könnte sie sich theoretisch wieder erholen), sondern durch die Folgen des Geraer Parteitags. Weil die Modernisierer innerparteilich an den Rand gedrängt worden sind, ist der Einfluss der Traditionalisten sprunghaft gewachsen. Dadurch wird der realpolitische Kurs der PDS-Vertreter in den Landesregierungen von Berlin und Mecklenburg-Vorpommern erschwert, und die Hürde für Beteiligungen an weiteren Landesregierungen ist größer geworden. Und wenn sich die PDS als reine Oppositionspartei bei Wahlen präsentiert, kann sie allenfalls ihr Stammpublikum mobilisieren, aber kaum Wechselwähler gewinnen. Wegen des Abschmelzens des Ost-West-Gegensatzes dürfte ihr Stammpublikum mittelfristig kleiner werden. Aus alledem folgt, dass sie als potenzieller Bündnispartner für die SPD an

Attraktivität verlieren wird. Nicht zufällig sind in Berlin bereits jetzt Stimmen zu vernehmen, die sich für Neuwahlen und anschließend für ein rot-grünes Bündnis aussprechen.

Die Wettbewerbschancen der **SPD** verbessern sich mit der Krise der PDS. Die Sozialdemokratie macht sich mit Recht Hoffnungen auf ehemalige PDS-Wähler. Daher wird sie sich bemühen, ihre Ostkompetenz zu stärken. Mit Stolpe als "Ostminister" dürfte dies auch aussichtsreich sein. Da absolute Mehrheiten der SPD in den fünf neuen Ländern ausgeschlossen erscheinen (auch in Brandenburg), benötigt die Partei einen Regierungspartner. Wenn die PDS ausfällt, steht derzeit nur die CDU zur Verfügung. Ihren verbesserten Wettbewerbschancen stehen folglich geringere Koalitionsoptionen gegenüber.

Es sei denn, die **FDP** schafft auch den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde in den vier Ost-Ländern, in denen sie parlamentarisch noch nicht vertreten ist. Legt man das Bundestagswahlergebnis zugrunde, dann dürfte ihr dies überall gelingen. Bundestagswahlen sind aber keine Landtagswahlen! Daher ist die Zukunft der FDP schwer einzuschätzen. In Sachsen-Anhalt war sie mit einem außerordentlich populistischen Wahlkampf erfolgreich ("Höppner geht, die Arbeit kommt"). Die schwarz-gelbe Landesregierung kann die hoch gesteckten Erwartungen kaum erfüllen, und Cornelia Piper hat sich nach ihrer Spitzenkandidatur in der Hoffnung auf bessere Karriereaussichten im Bund gleich wieder nach Berlin abgeseilt. Dies trug der FDP herbe Verluste bei der Bundestagswahl in Sachsen-Anhalt ein: Im Vergleich zur Landtagswahl büßte sie über fünf Prozentpunkte ein und landete bei 7,6 Prozent. Selbst wenn die Liberalen in weitere Landtage einziehen, dürften sie mit ihrem populistisch-neoliberalen Kurs ein schwieriger Bündnispartner für die SPD sein. Politisch-programmatisch stehen sie eher der CDU nahe und kommen zuerst als deren Koalitionspartner in Betracht. Angenommen, die CDU verliert in Sachsen oder in Thüringen ihre absolute Mehrheit und die FDP schafft den Einzug in einen oder in beide Landtage, dann sind schwarz-gelbe Koalitionen wahrscheinlich (wenn sie rechnerisch möglich sind). Die Koalitionsoptionen der SPD verbessern sich also nicht notwendigerweise, wenn sich die FDP weitere parlamentarische Repräsentanzen erschließt. Es könnte auch das Gegenteil der Fall sein, weil die SPD dann nicht mehr als Bündnispartner der CDU benötigt wird.

Die **CDU** verfügt derzeit - außer in Sachsen-Anhalt - nur über einen möglichen Koalitionspartner, die **SPD**. Sie würde daher von Landtagsmandaten der **FDP** profitieren - selbst dann, wenn ein Teil ihrer Anhänger zu den Liberalen wechselt. So gesehen hat die **CDU** durchaus ein Interesse daran, dass die **FDP** parlamentarische Erfolge erzielt. Sie wird versuchen, diese dadurch zu begünstigen, dass sie die Gefahr von Rot-Rot an die Wand malt und dabei besonders hervorhebt, dass die **SPD** der traditionalistisch gewendeten **PDS** an die Macht verhilft. Die **FDP** könnte sich also auch im Osten zur Funktionspartei der **CDU** entwickeln.

Diese Konstellation bietet den **Bündnisgrünen** die Möglichkeit, sich als Funktionspartei für die **SPD** ins Spiel zu bringen. Die grüne Partei muss die Notwendigkeit ihrer parlamentarischen Existenz unter Beweis stellen und als Alternative zu einer konservativ-neoliberal-populistischen Politik ein rot-grünes, ein sozial-libertäres Projekt ausarbeiten und propagieren.

Ein derartiges Projekt erscheint derzeit nur in Brandenburg aussichtsreich. Die märkische **SPD** dürfte bei der Landtagswahl 2004 nicht die absolute Mehrheit erreichen. Realistisch sind bestenfalls 45 Prozent, und daher wird die Partei wiederum auf einen Koalitionspartner angewiesen sein. Eine vorwiegend traditionalistisch ausgerichtete **PDS** kommt dafür wohl kaum in Betracht, und so ist die **SPD** auf die Fortsetzung der bei Sozialdemokraten zunehmend umstrittenen großen Koalition angewiesen. Es sei denn, die Bündnisgrünen stünden als Koalitionspartner zur Verfügung. Dass die Grünen in Brandenburg die Sperrklausel überwinden, erscheint keineswegs aussichtslos. Ihr respektables Bundestagswahlergebnis von 2002 zeigt, dass die Wählerresonanz der Partei langsam wächst. Wenn sich die Grünen massiv und selbstbewusst in den märkischen Parteienwettbewerb hinein drängeln und mit Unterstützung der Bundespartei (und der Berliner Grünen) rechtzeitig eine professionelle und mutige Kampagne für Rot-Grün starten, könnte es gelingen, die Notwendigkeit ihrer Existenz in Brandenburg als Funktionspartei erfolgreich zu kommunizieren. Im Erfolgsfall dürfte das Projekt "Rot-Grüne Mark" erhebliche Ausstrahlungskraft auf andere Landesverbände (z.B. Sachsen-Anhalt) ausüben und dort die Wettbewerbschancen der Grünen verbessern.

Die märkische SPD dürfte von einem derartigen Projekt zunächst nicht gerade begeistert sein, weil sie die Grünen für überflüssig hält¹¹⁰ und überdies befürchten wird, dass Zugewinne der Grünen ihre eigenen Wahlchancen schmälern. Aber sie muss sich darauf einstellen, dass auch in Ostdeutschland die Parteienvielfalt zunimmt und die postkommunistische Traditions-kompanie PDS als regierungsfähiger Kompagnon kaum mehr in Betracht kommt. Um ihre Koalitionsoptionen zu verbessern, ist die märkische SPD daher gut beraten, wenn sie sich bei ihrer Wählerexpansion auf den Wertebereich soziale Gerechtigkeit konzentriert und den Grünen das libertäre Spektrum überlässt.

Auch die Bundes-SPD sollte mit Blick auf die Bundestagswahl 2006 an einer Konsolidierung der Grünen im Osten interessiert sein. Denn 2006 dürfte Rot-Grün nicht mehr so einfach mit einem blauen Auge davon kommen. Die Union wird ihren Spitzenkandidaten nicht wieder im Bayernland rekrutieren, Jahrhundertfluten suchen uns nicht alle vier Jahre heim, die USA werden (hoffentlich) nicht vor der Bundestagswahl neue Kriegspläne verkünden, und die FDP wird nicht so dumm sein, wiederum auf die Synergieeffekte einer Koalitionsaussage zu verzichten. Überdies hätte Rot-Grün in Brandenburg Auswirkungen auf die Machtverhältnisse im Bundesrat.

110 Zu den Ursachen der Erfolglosigkeit der Grünen in Ostdeutschland vgl. Eugen Meckel: Die Grünen und der deutsche Osten, in: Perspektive 21. Brandenburgische Hefte für Wissenschaft und Politik, H. 16, Juni 2002, S. 47-52.

7. Zusammenfassung und Diskussion der Untersuchungsergebnisse

Die rot-grüne Koalition ist bei der Bundestagswahl 2002 mit einem blauen Auge davon gekommen. SPD und CDU/CSU wurden mit jeweils 38,5 Prozent der Zweitstimmen gleich stark, wobei die SPD 2,4 Prozentpunkte einbüßte, die Union aber - vor allem wegen ihres enormen Erfolgs in Bayern - 3,3 Prozentpunkte hinzu gewann. Die Grünen eroberten sich mit 8,6 Prozent (+1,9 PP) den dritten Platz vor der FDP mit 7,4 Prozent (+1,1 PP). Die PDS scheiterte mit 4,0 Prozent (-1,1 PP) an der Sperrklausel, erreichte aber zwei Direktmandate. Die rechtsextremen Parteien NPD und REP brachten es gemeinsam auf 1,0 Prozent, die "Schill-Partei" auf 0,8 Prozent.

Dass sich Rot-Grün an der Macht halten konnte, lag nicht an ihrem Zweitstimmenvorsprung von 1,2 Prozentpunkten gegenüber Schwarz-Gelb, sondern an Besonderheiten des bundesdeutschen Wahlrechts. Die SPD eroberte - nicht zuletzt infolge des intensiven grün-roten Stimmensplittings - 171 Direkt- und weitere vier Überhangmandate, während die Union nur 125 und ein Überhangmandat erreichte. Insgesamt vereinigen die Koalitionsfraktionen 306 Abgeordnete, die Opposition kann dagegen 297 (einschließlich der beiden PDS-) Stimmen in die Wagschale werfen. Diese Mandatsverteilung und der knappe Vorsprung von Rot-Grün (vier Sitze über der "Kanzlermehrheit") war nur möglich geworden, weil die PDS den Einzug in den Bundestag in Gruppenstärke verfehlt hatte. Hätten die Postkommunisten das dritte Direktmandat erreicht, dann wären sie mit etwa 27 Personen in das Parlament eingezogen und Rot-Grün hätte - wenn überhaupt - nur über eine hauchdünne Mehrheit verfügen können.

Nach wie vor bestehen erhebliche Unterschiede im Wahlverhalten von Ost- und Westdeutschen. Die SPD verlor im Westen drei Prozentpunkte, legte im Osten aber 4,6 Prozentpunkte zu. Damit schnitt sie erstmalig im Beitrittsgebiet (39,7%) besser ab als in den alten Bundesländern (38,3%). Die FDP verdoppelte ihr Ergebnis im Osten gegenüber 1998 auf 6,4 Prozent und kann daher nicht mehr als reine Westpartei etikettiert werden. Auch die Grünen schnitten im Osten etwas besser ab als bei der Vorwahl (+0,6 PP), blieben mit 4,7 Prozent allerdings

knapp unter der Fünf-Prozent-Hürde¹¹¹. Die PDS bleibt dagegen eine reine Ostpartei. In den alten Ländern brachte sie es gerade einmal auf 1,1 Prozent (-0,1 PP), in ihren Stammländern verlor sie bei einem Ergebnis von 16,9 Prozent deutliche 4,7 Prozentpunkte. Insgesamt sind die Ost-West-Unterschiede also etwas geringer geworden, und wir beobachten eine langsame Angleichung der Parteiensysteme in beiden Teilen Deutschlands.

SPD und PDS mobilisierten ihre Anhänger besonders schlecht. Beide Parteien büßten den überwiegenden Anteil ihrer Zugewinne von 1998 wieder ein, die PDS fiel sogar hinter ihr Ergebnis von 1994 zurück. In Folge des Stimmensplittings wechselten überdies viele ehemalige SPD-Wähler zu den Grünen. Die SPD verlor vor allem bei ihrer klassischen Klientel, den Arbeitern und den Gewerkschaftern, und dies fast durchgängig im Westen. Rot-Grün fand bei den Erstwählern besonderen Zuspruch: 51 Prozent von ihnen optierten für die Regierungskoalition, 39 Prozent für Schwarz-Gelb.

Im Ergebnis haben sich das rot-grüne und das schwarz-gelbe Lager als gleich stark erwiesen. Die Regierungskoalition hat nach Mandaten besser abgeschnitten, weil sie in den Wochen vor der Wahl einen Richtungs- bzw. Lagerwahlkampf führte, der durch das Stimmensplitting Synergieeffekte bewirkte. Schwarz-Gelb konnte derartige Effekte nicht für sich verbuchen, da die FDP sich und ihren Anhängern mit der abstrusen "Strategie 18" selbst noch dann Unabhängigkeit und "Äquidistanz" gegenüber den beiden großen Volksparteien vorgaukelte, als sich die SPD definitiv auf die Fortsetzung der Regierungskoalition festgelegt hatte. Dieser strategische Fehler hat die Wettbewerbschancen von Schwarz-Gelb ziemlich geschwächt.

An diesem Beispiel wird deutlich, dass die Wahlkampfstrategien der Parteien erhebliche Bedeutung für den Wahlausgang hatten. Sieht man einmal von den Grünen ab, die einen professionellen, zugleich Themen bezogenen und auf Personen orientierten Wahlkampf betrieben und zuletzt noch eine clevere Zweitstimmenkampagne auflegten, dann waren die Kampagnen aller Parteien durch teilweise gravierende Fehlentscheidungen geprägt.

111 Auf die Versäumnisse der Partei beim Aufbau Ost haben wir verschiedentlich hingewiesen.

Die Union legte zunächst einen guten Start vor, dann ging ihr aber die Luft aus: Das "negative campaigning" entwickelte sich bald zu einem langweiligen Wiederholungsritual. Über längere Strecken hinweg schien die Union einen monothematischen Wahlkampf zu führen. Angesichts der bekannten Risiken von Negativkampagnen¹¹² hätte die CDU/CSU in der heißen Wahlkampfphase konkrete Alternativen nachlegen müssen. Selbst die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung hob dieses Versäumnis in ihrer Wahlanalyse hervor: "Während des gesamten Wahlkampfes ist es der Union nicht gelungen, die Wähler davon zu überzeugen, dass sie die bessere Alternative wäre, die die anstehenden Probleme besser lösen könne."¹¹³ Und abgesehen davon, dass ein Spitzenkandidat aus Bayern im Norden und Osten schwer vermittelbar ist, wirkte der "weichgespülte" Stoiber auch zunehmend unglaubwürdig und unsicher.

Die SPD hatte 1998 einen vorbildlichen, fast schon modellhaften Wahlkampf absolviert und damit den Nachweis erbracht, dass Parteien durchaus strategiefähig sein können. Der SPD war es damals nicht nur gelungen, ihre Stammkundschaft gut zu mobilisieren, sie hatte auch in erheblichem Umfang Wechselwähler (vor allem von der Union) gewonnen, weil sie mit der Botschaft "Innovation und Gerechtigkeit" versprochen hatte, die Wirtschaft zu modernisieren, Arbeitslosigkeit abzubauen und gleichzeitig für soziale Gerechtigkeit zu sorgen. Daher war bereits 1998 absehbar, dass die Themen des nächsten Bundestagswahlkampfes Wirtschaft, Arbeit und soziale Gerechtigkeit sein würden. Da die diesbezügliche Bilanz von Rot-Grün nach drei Jahren nicht gerade rosig ausfiel, hätte es besonders großer Anstrengungen bedurft, um wenigstens das Potenzial von 1998 zu halten. Die SPD bediente sich Anfang 2002 jedoch einer völlig verfehlten Strategie (Konzentration auf die Mitte und auf Wechselwähler, Offenhalten der Koalitionsfrage, Personenduell Schröder-Stoiber) und steuerte erst Mitte Mai unter dem Eindruck katastrophaler Umfragewerte um (Konzentration auf Stammwähler und Vorfeldorganisationen, Betonung der sozialen Gerechtigkeit, Einbeziehung der Partei, Bekenntnis zu Rot-Grün).

112 Christina Holtz-Bacha: Negative Campaigning: in Deutschland negativ aufgenommen, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 32. Jg. (2001), H. 3, S. 669-677.

113 Jutta Graf/Viola Neu: Analyse der Bundestagswahl vom 22. September 2002. Politikkompass, Nr. 91/2002, Sankt Augustin: Konrad-Adenauer-Stiftung, Oktober 2002, S. 3.

Die FDP hat sich mit dem "Projekt 18" übernommen und teilweise auch lächerlich gemacht. Insbesondere ist sie leichtfertig das Risiko eingegangen, mit populistischen Praktiken liberale Wähler zu vergraulen. Spätestens in der Schlussphase des Wahlkampfes hätte sie aus den oben (S. 58 f.) genannten Gründen ihre Koalitionspräferenz offen legen müssen. "Ihre Strategieaktion muss die FDP neu lernen: Die Lager lassen nicht mit sich spielen, sie zwingen zur Entscheidung. Äquidistanz, Volkspartei, Projekt 18 - alles Traumprodukte für ein Parteiensystem, das bei uns nicht existiert."¹¹⁴ Und schließlich erwies sich der großsprecherische Kanzlerkandidat Westerwelle auch noch außerstande, die rechtspopulistischen Ausfälle von Möllemann zu unterbinden.

Die PDS war mit einem eigenen Wahlkampfkonzept so gut wie nicht präsent. Es rächte sich nun bitter, dass sie ihre Grundsatzdebatte auf Eis gelegt hatte und damit die Frage unbeantwortet ließ, ob sie sich eher als sozialistische Opposition versteht oder ob sie durch konkrete Reformpolitik (im Bündnis mit anderen Parteien) um gesellschaftliche Anerkennung ringen will. Beide Konzepte bergen erhebliche Risiken für eine postkommunistische Partei in Transformationsgesellschaften. Sie lassen sich aber nicht dadurch minimieren, dass die Frage des Selbstverständnisses verdrängt wird. Im Grunde genommen hat sich die PDS auf ihren Wahlerfolgen in Ostdeutschland und in Berlin ausgeruht und geglaubt, dass ihr die Wähler in Scharen zulaufen, weil sie über das Monopol auf soziale Gerechtigkeit verfügt, die einzige Antikriegspartei in Deutschland ist und die Interessen der Ostdeutschen besonders glaubwürdig vertritt. Mit der Parole "Wer Stoiber verhindern will, muss PDS wählen" erwies sie sich schließlich als völlig wirklichkeitsfremd.

Insgesamt häuften sich in diesem Bundestagswahlkampf in bislang unbekanntem Ausmaß strategische Fehler. Dabei handelte es sich nicht nur um handwerkliche Mängel, sondern auch um folgenschwere Fehleinschätzungen, aber selbst diese wären vermeidbar gewesen, wenn die Parteien ihre Position und ihre Chancen im Parteienwettbewerb realistischer analysiert hätten. Auch wenn es zutreffen sollte, dass Parteien strategieunfähig sind, dass sie kaum in der Lage sind, mittels eines begründeten und längerfristig angelegten Handlungskonzepts die an-

114 Joachim Raschke: Strukturen für die Zufallsmehrheit, in: Die Tageszeitung v. 4.11.2002, S. 4.

gestrebten Wirkungen auch tatsächlich zu erreichen, dass sie "immer stärker ins Ungewisse hinein"¹¹⁵ agieren, kann doch kein Zweifel daran bestehen, dass es sich bei den hier in Rede stehenden Mängeln und Fehleinschätzungen nicht um die Folgen eines Kontrollverlusts der Parteien über ihre Umwelt handelt sondern schlicht um selbstverschuldetes Versagen. Bis auf die Grünen verfügte keine der Bundestagsparteien über ein halbwegs klares Bild von ihren Existenz- und Erfolgsbedingungen. Im Grunde genommen befanden sie sich auf der Suche nach ihrer Identität. Die SPD wurde wenigstens auf halber Strecke fündig, CDU, FDP und PDS suchen immer noch (die SPD, so scheint es: wieder).

Der Wahlkampf 2002 war nicht durch unbeherrschbare Ereignisse geprägt, die die Wahlkampfstrategien der Parteien zunichte gemacht hätten. Unerwartete Entwicklungen, wie beispielsweise die Hochwasserkatastrophe, stellen Bewährungsproben für Politiker (und Wahlkampfberater) dar, die sie bestehen (Schröder, Milbradt) oder bei denen sie versagen können (Stoiber, Westerwelle, Zimmer). Rot-Grün verstand es, mit den Irak-Plänen der USA geschickt Wahlkampf zu machen, die Union quälte sich dagegen hilflos durch die von ihr selbst angezettelte innerdeutsche Debatte über die Beteiligung an einem Militärschlag gegen den Irak.

Der Wahlsieg von Rot-Grün lässt sich auch nicht damit begründen, dass die Koalition einfach nur Glück hatte, während die Opposition vom Pech verfolgt war¹¹⁶. Dieser Befund wäre auch recht banal. Denn des einen Glück ist oft des anderen Pech, und Glück hat auf Dauer sowieso nur der Tüchtige. Treffender erscheint das Urteil "selber schuld", aber dies gilt nicht nur für die Fehler der FDP oder der PDS, sondern gleichermaßen für die der CDU/CSU und der SPD. Daher sagt es nichts über die Ursachen des Wahlsiegs von Rot-Grün aus.

115 Elmar Wiesendahl: Die Strategie(un)fähigkeit politischer Parteien, in: Frank Nullmeier/Thomas Saretzki (Hrsg.), *Jenseits des Regierungsalltags. Strategiefähigkeit politischer Parteien*, Frankfurt/New York: Campus 2002, S. 187-206, Zit. S. 193.

116 Dass die Wahlverlierer so argumentieren, ist verständlich, verbessert aber nicht die Qualität des Arguments.

In diesem Zusammenhang ist die These von Joachim Raschke¹¹⁷ zu diskutieren, dass SPD und Grüne Nutznießer einer "Zufallsmehrheit" waren, dass Zufallsmehrheiten auch künftig Wahlen entscheiden werden. Raschke spricht sogar von "wachsende(r) Kontingenz". Es geht ihm dabei um "nicht vorhersehbare Zufälle, Ereignisse, Bewegungen". Und: "Tatsächlich war es eine 'Zufallsmehrheit', die Stoiber, der Flut und dem Irak alles verdankt." Raschke geht davon aus, dass in der Bundesrepublik keine strukturelle Mehrheit mehr besteht, dass die Parteienlandschaft vielmehr durch zwei mittlerweile etwa gleich große Lager geprägt ist, die über ungefähr gleiche Siegenchancen verfügen. Wahlen würden daher durch überraschende, eher zufällige Ereignisse entschieden, Mehrheiten seien situativer Natur.

Dazu ist anzumerken, dass auch bei einem sehr knappen Sieg ("Fotofinish") die Leistungsfähigkeit eines Wettbewerbers entscheidet. Die Wahlchancen einer Partei hängen im wesentlichen davon ab, wie gut sie für den Wettbewerb gerüstet ist, wie die übrigen Wettbewerber konditioniert sind und unter welchen Rahmenbedingungen die Wahl stattfindet. Die Kategorie Zufall liefert dabei keine zusätzlichen Einsichten. Eher schon eine Bilanz der hinderlichen und förderlichen Bedingungen für einen Wahlsieg der Regierungskoalition: Rot-Grün hat die Wahl gewonnen,

- *obwohl* eine Koalition links von der Mitte in der Bundesrepublik die Ausnahme bildet,
- *obwohl* die Performanz der rot-grünen Bundesregierung wegen unzähliger Koordinierungs-, Professionalitäts- und Vermittlungsdefizite und wegen des großen Verschleißes an Ministern nur mäßig ausfiel,
- *obwohl* die Bundesregierung in den zentralen Politikfeldern Wirtschaft und Arbeitslosigkeit nicht die erwarteten bzw. versprochenen Erfolge erzielt hatte und diesbezüglich auch nicht über ein klares Konzept für die folgende Legislaturperiode verfügte,
- *obwohl* Schwarz-Gelb in den Umfragen des Jahres 2002 bis auf die Zeit kurz vor der Wahl stets besser abschnitt als Rot-Grün,
- *obwohl* die SPD zunächst mit einer verfehlten Strategie in den Bundestagswahlkampf zog,

117 Raschke (Anm. 114).

- *weil* die Union ihr "negative campaigning" übertrieb und nicht mit konkreten Alternativen in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik aufwarten konnte,
- *weil* die FDP mit ihrem populistischen Spasswahlkampf bald nicht mehr ernst genommen wurde und Möllemann mit seinen antijüdischen und antiisraelischen Attacken liberale Wähler vergraulte,
- *weil* die PDS ihren Reformprozess gestoppt hatte, einen konzeptionslosen Wahlkampf machte und schließlich an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterte,
- *weil* die SPD mit ihrem Strategiewechsel im Frühsommer einen Motivationsschub bei ihren Wahlkämpfern bewirkte und zugleich ihre Fähigkeit verbesserte, Wähler zu mobilisieren,
- *weil* die SPD die Flutkatastrophe geschickt benutzte, um ihre Tatkraft und Handlungsfähigkeit unter Beweis zu stellen, während CDU/CSU, FDP und PDS dem plötzlichen Naturereignis mehr oder weniger hilflos begegneten,
- *weil* sich SPD und Grüne strikt gegen einen Militärschlag gegen den Irak aussprachen und damit der weit verbreiteten Stimmung im Lande, vor allem im Osten, Rechnung trugen und zugleich der PDS das Monopol auf Kriegsgegnerschaft streitig machten,
- *weil* SPD und Grüne in der Schlussphase einen Koalitionswahlkampf führten, der viele ihrer Wähler zum Stimmensplitting animierte und so für relativ viele Direktmandate sorgte,
- *weil* die FDP auf eine Koalitionsaussage verzichtete und daher zwischen CDU/CSU und FDP kaum Stimmensplitting stattfand,
- *weil* die SPD im Osten erheblich zulegen konnte und damit die Verluste im Westen abmildern konnte,
- *weil* die Grünen wegen ihrer im Großen und Ganzen erfolgreichen Politik Stimmen hinzu gewannen und damit die Verluste der SPD etwas ausgeglichen wurden,
- *weil* das bundesdeutsche Wahlrecht der SPD vier Überhangmandate und der Koalition damit eine passable Mehrheit im Bundestag bescherte, obwohl Rot-Grün nur über einen Zweitstimmenvorsprung von 1,2 Prozentpunkten gegenüber Schwarz-Gelb verfügte.

Diese gewiss nicht vollständige Bilanz macht deutlich, dass die rot-grüne Koalition ihre Mehrheit nicht etwa einem Zufall verdankt. Sie hat nur weniger Fehler gemacht als die Oppositionsparteien¹¹⁸ und sie hat von einer Besonderheit des deutschen Wahlrechts (Überhangmandate) profitiert. In diesem Zusammenhang ist unsere Leitfrage nach gouvernementalen Beharrungseffekten zu diskutieren. In der Wahlanalyse der Forschungsgruppe Wahlen heißt es:

"Tatsächlich gab es noch zwei Monate vor dem eigentlichen Wahltag in der politischen Stimmung einen deutlichen Vorsprung zugunsten der Opposition aus CDU/CSU und FDP. Das war aber auch in den letzten beiden Bundestagswahljahren 1994 und 1998 der Fall. Und wie der Vergleich der Politbarometer-Ergebnisse der Jahre 1994, 1998 und 2002 zeigt, schwächte sich dieser antigouvernementale Effekt regelmäßig in den Wochen vor der Wahl auffällig ab - das jeweilige Regierungslager konnte unabhängig der politischen Couleur und bei unterschiedlichen Schwerpunkten in der Hochphase des Wahlkampfs bei dieser wie auch bei den zwei vorangegangenen Wahlen auf der Zielgeraden nochmals kräftig aufholen."¹¹⁹

Last-Minute-Swings wurden auch schon bei Bundestagswahlen vor 1990 beobachtet:

"Bisher war in der deutschen Wahlgeschichte noch jeder Bundestagswahlkampf nach dem Prinzip der U-Kurven-Mobilisierung entschieden worden. Danach verlieren die Bonner Regierungsparteien im Laufe einer Wahlperiode an Unterstützung, was insbesondere bei den regionalen Zwischenwahlen häufig zu Niederlagen führt, sie reaktivieren aber ihre Anhängerschaft im alles entscheidenden Mobilisierungsprozess zur Bundestagswahl, manchmal auch in letzter Minute, wenn es ums Ganze geht und die Richtung auf dem Spiel steht."¹²⁰

Dies spricht dafür, dass die Bundesbürger, wie in unserer Vorbemerkung behauptet, eher auf Kontinuität und Stabilität setzen und nicht dazu neigen, Regierungen in kurzen Abständen zu wechseln. Gleichwohl muss vor voreiligen Generalisierungen gewarnt werden. Bei der Bundestagswahl 1994 führte der Last-Minute-Swing dazu, dass die schwarz-gelbe Koalition unter Helmut Kohl im Amt blieb, obwohl CDU/CSU und FDP Stimmenverluste hinnehmen mussten und die drei Oppositionsparteien deutlich zulegten. Die SPD hatte damals auf eine Koalitionsaussage zugunsten der Bündnisgrünen verzichtet und blieb ihren (potenziellen) Anhängern

118 Ähnlich äußert sich auch Raschke (Anm. 114): "Rot-Grün lebt mehr von der Schwäche der schwarz-gelben Formation als von eigener Kraft."

119 Bundestagswahl (Anm. 12), S. 17.

120 Ursula Feist/Hans-Jürgen Hoffmann: Die Bundestagswahlanalyse 1998: Wahl des Wechsels, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 30. Jg. (1999), H. 2, S. 215-251, Zit. S. 224.

damit die Antwort auf die Frage schuldig, wie sie denn ohne eine Koalition mit den Grünen an die Macht gelangen könnte. Die Regierungskoalition erreichte einen Zweitstimmenvorsprung von nur 0,3 Prozentpunkten (die knappste Mehrheit, die jemals bei einer Bundestagswahl gemessen wurde). Ihre komfortable Mehrheit verdankte sie dem bundesdeutschen Wahlrecht, das der CDU/CSU 12 Überhangmandate zuwies¹²¹.

1998 bewahrte der Last-Minute-Swing die Union allerdings nicht mehr vor einem Machtwechsel. Der Beharrungseffekt war nicht groß genug, um gouvernementale Kontinuität zu gewährleisten. Zwar "zeichneten sich Zweifel an der Einlösung der mit dem Machtwechsel verknüpften Erwartungen ab (...), je näher die Wahl und damit der von der Mehrheit der Bürger (52 Prozent) auch erwartete Wechsel rückte"¹²², aber die CDU/CSU verstand es nicht, diese wachsende Skepsis zu ihren Gunsten zu wenden. Während die SPD die Notwendigkeit einer rot-grünen Wachablösung geschickt kommunizierte, taumelte die Union in eine selbstverschuldete Debatte darüber, ob Kohl oder Schäuble die CDU in die Zukunft führen sollte. So löste "zuletzt gerade das Vertraute und Altgewohnte Skepsis statt Sicherheit"¹²³ aus.

Gouvernementale Beharrungseffekte in Gestalt von Last-Minute-Swings bilden also keine Garantie für den Machterhalt von Regierungskoalitionen. Sie können die Wechselbereitschaft vermindern, setzen jedoch die gängigen Determinanten des Wahlverhaltens (Parteibindungen, Zuweisung von Kompetenzen, Bewertung der Spitzenkandidaten usw.) und die Regeln des Angebotswettbewerbs auf dem Wählermarkt nicht außer Kraft. Inwieweit Rot-Grün bei der Bundestagswahl 2002 von derartigen Effekten profitiert hat, lässt sich kaum präzisieren. Dass die Performanz der Oppositionsparteien während der Legislaturperiode nicht sehr viel

121 Zum Wahlkampf, zur Mobilisierungsfähigkeit der Parteien und zu den Fehlern und Versäumnissen der SPD im Wahlkampf vgl. Richard Stöss: Stabilität im Umbruch. Wahlbeständigkeit und Parteienwettbewerb im "Superwahljahr" 1994, Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 1997, insbes. S. 104 ff.

122 Richard Hilmer: Ein Ruck ging durchs Land. Analyse der Wahl, in: Heinrich Oberreuter (Hrsg.), Umbruch 98. Wähler - Parteien - Kommunikation, München: Olzog 2001, S. 59-79, Zit. S. 72. Ähnlich Hans-Joachim Veen: Die Bundestagswahl 1998 und ihre Bedeutung für die Zukunft des Parteiensystems in Deutschland, in: Gert Pickel/Dieter Walz/Wolfram Brunner (Hrsg.), Deutschland nach den Wahlen. Befunde zur Bundestagswahl 1998 und zur Zukunft des deutschen Parteiensystems, Opladen: Leske + Budrich 2000, S. 17-30, insbes. S. 24.

123 Feist/Hoffmann (Anm. 120), S. 227.

besser ausfiel als die der Regierungsparteien, mag für manchen Wähler ein Argument gewesen sein, an Rot-Grün festzuhalten.

Erklärungsbedürftig ist schlussendlich, warum sich die Bundesbürger entgegen ihrer Gewohnheit wiederum für eine Koalition links von der Mitte ausgesprochen haben. Die Relevanz dieser Frage gründet sich auf die - auch von uns in unserer Bundestagswahlanalyse 1998¹²⁴ vertretene - These, dass die Machtchancen im Parteienwettbewerb der Bundesrepublik zu Ungunsten der linken Parteien verteilt sind. Gegen diese These sind einsichtige Argumente vorgebracht worden, denen wir uns nicht verschließen können. So weist Raschke¹²⁵ darauf hin, dass sich mit der deutschen Einheit auch die Parteienlandschaft verändert hat und die Stärkeverhältnisse daher für die Zeit seit 1990 neu (und unabhängig von früheren Entwicklungen) bestimmt werden müssen.

Eine Inspektion der Wahlergebnisse seit 1990 (Tabelle 6, S. 39) ergibt folgendes Bild: Im Westen wuchs der Anteil der linken Parteien (B90/G, PDS, SPD) zwischen 1990 und 2002 von 41 Prozent auf 49 Prozent, im Osten von 42 auf 61 Prozent; dort verfügt die Linke (trotz der PDS-Verluste) mittlerweile fast über eine Zweidrittel-Mehrheit. Von Asymmetrie kann daher in der Tat nicht die Rede sein. Bundesweit haben wir es derzeit mit einem Machtgleichgewicht zwischen linken und "bürgerlichen" Parteien zu tun. Aus dieser Perspektive betrachtet stellt der neuerliche Sieg von Rot-Grün keinen prinzipiell abweichenden Fall dar. Vielmehr besteht durchaus die Möglichkeit, dass das linke Lager auch über längere Zeit hinweg mehrheitsfähig bleibt.

Trifft es also zu, "dass die Union 1998 nicht nur vorübergehend, sondern strukturell ihre Mehrheitsfähigkeit in Deutschland eingebüßt hat?"¹²⁶

124 Stöss/Neugebauer (Anm. 5), S. 7.

125 Raschke (Anm. 114).

126 Peter Lohauß: Die Niederlage des bürgerlichen Lagers, in: Kommune, 20. Jg. (2002), H. 11, S. 14-17, Zit. S. 14.

Auch wir vertreten die Auffassung, dass die Zeiten, in denen die CDU/CSU auf Bundesebene über ein Quasi-Monopol auf beste Wahlergebnisse verfügte, endgültig vorbei sind, warnen aber vor voreiligen Schlussfolgerungen. Wenn sich auch die Machtverhältnisse seit der deutschen Einheit zu Gunsten der Linken verschoben haben, so ist doch keine Partei und kein politisches Lager geborener Inhaber einer (potenziellen) Wählermehrheit. Selbst wenn wir von einem sehr hohen Wiederwähleranteil von 70 Prozent ausgehen (vgl. Tabelle 13, S. 50), was eine enorme Konsistenz im Wahlverhalten bedeuten würde, dann benötigte jede der beiden Volksparteien bzw. jedes politische Lager - die Vollmobilisierung der treuen Anhänger vorausgesetzt - in erheblichem Umfang Erst- und Wechselwähler, um die relative bzw. absolute Mehrheit zu erreichen. Daher scheint es uns recht spekulativ, von gleich großen Lagern zu sprechen und daraus die Schlussfolgerung zu ziehen, dass Bundestagswahlen künftig sehr knapp ausgehen und daher von Zufallsmehrheiten entschieden werden.

Denn Lager¹²⁷ stellen keine fest gefügten Blöcke dar. Sie bestehen aus einem eher stabilen Kern und einem lockeren Rand, wobei mittlerweile selbst die treue Gefolgschaft einer Partei durch gute Leistungen oder wenigstens doch durch gute Argumente davon überzeugt werden will, dass sie sich an einer Wahl beteiligen und für ihre Partei stimmen soll. Es kann daher nicht ausgeschlossen werden, dass sich nachhaltig enttäuschte Teile eines Lagerrandes in größerem Umfang einem anderen Lager zuwenden, und folglich ist es durchaus möglich, dass das bürgerliche Lager - wenn Rot-Grün politisch versagt - wieder für längere Zeit in den Besitz einer klaren Mehrheit gelangt.

Rot-Grün ist diesmal mit einem blauen Auge davon gekommen, weil Schwarz-Gelb die durchaus vorhandene Chance für einen Machtwechsel nicht zu nutzen verstand. Wenn die Regierungskoalition nichts aus dem Wahlergebnis lernt und weiter so herumwurstelt wie bisher, dürfte ihr keine glückliche Zukunft beschieden sein. Die Koalitionspartner müssen sich endlich zu einem gemeinsamen Projekt zusammenfinden, um ihren Mitgliedern und Anhängern und der Gesellschaft insgesamt die Notwendigkeit und Nützlichkeit und die Perspektiven dieses

127 Lagertheorien leiden unter dem Mangel an empirischen Befunden einer "Lagerforschung", die nicht existiert. Es besteht noch nicht einmal Klarheit darüber, was ein Lager ist, wer ihm angehört und worauf sich seine Existenz gründet.

Bündnisses zu verdeutlichen. "Was fehlt, ist die Zusammenfassung der Zukunftsaufgaben unter einem neuen rot-grünen Leitbild."¹²⁸

128 Albrecht von Lucke: Phönix aus der roten Asche, in: Berliner Republik, 2002, Nr. 5, S. 17-20, Zit. S. 19.

Chronologie ausgewählter Ereignisse zwischen den Bundestagswahlen 1998 und 2002

Datum	Woche	Ereignis
27.9.98		BTW Machtwechsel; Bildung einer rot-grünen Bundesregierung
7.11.98		Schäuble wird Nachfolger von Kohl im Parteivorsitz der CDU; Merkel wird Generalsekretärin (für Hintze); "glatter Führungswechsel"
Talfahrt der SPD und Aufstieg der CDU		
16.1.99		Unterschriftenaktion der CDU gegen doppelte Staatsbürgerschaft
7.2.99		LTW Hessen Machtwechsel; Rot-Grün wird durch Schwarz-Gelb abgelöst
25.2.99		Bundestag stimmt Teilnahme Bundeswehr an Nato-Einsatz im Kosovo zu
11.3.99		Rücktritt Lafontaines als Bundesfinanzminister und SPD-Vorsitzender
24.3.99		Beginn Nato-Luftangriffe auf Jugoslawien
12.4.99		Schröder wird SPD-Vorsitzender, Eichel Bundesfinanzminister
6.6.99		LTW Bremen Fortsetzung große Koalition
8.6.99		Schröder-Blair-Papier
10.6.99		Bundestag stimmt Einsatz Bundeswehr in internationaler Friedenstruppe für das Kosovo zu
13.6.99		Europawahl CDU/CSU erreicht nahezu 50 Prozent, die SPD ganze 30 Prozent Bei Kommunalwahlen in sechs Bundesländern erobert die CDU Hochburgen der SPD
Juli/ August 99		"Sommertheater" der SPD: innerparteilicher Streit über Sparpolitik, Traditionalisten und Modernisierer, soziale Gerechtigkeit
5.9.99		LTW Saarland Machtwechsel; CDU löst SPD-Regierung ab; Bündnisgrüne nicht mehr im Landtag vertreten
		LTW Brandenburg SPD verliert 15 Prozentpunkte; Ende der Alleinregierung der SPD; große Koalition
12.9.99		LTW Thüringen SPD verliert über 10 Prozentpunkte und scheidet aus Regierung aus; Alleinregierung CDU; PDS zweitstärkste Partei Bei Kommunalwahlen in NRW starke Verluste der SPD
19.9.99		LTW Sachsen SPD erreicht 10,7 Prozent; PDS zweitstärkste Partei; weiterhin Alleinregierung CDU

Datum	Woche	Ereignis
10.10.99		LTW Berlin CDU: 40,8 Prozent; SPD 22,4 Prozent; Fortsetzung große Koalition
Krise der CDU und Erholung der SPD		
5.11.99		Beginn Parteispendenaffäre der CDU
25.11.99		Schröder wird als Retter von Holzmann gefeiert
30.11.99		Kohl räumt Führung verdeckter Parteikonten ein
7.-9.12.99		Berliner Parteitag der SPD; Partei präsentiert sich geschlossen hinter Schröder
16.12.99		Kohl bestätigt bis zu 1,5 Mio unverbuchter Spenden
27.2.00		LTW Schleswig-Holstein Fortsetzung Rot-Grün
10.4.00		Merkel wird CDU-Parteivorsitzende
Konsolidierung der CDU - Normalität im Parteienwettbewerb		
14.5.00		LTW Nordrhein-Westfalen FDP zieht mit 9,8 Prozent nach fünfjähriger Absenz wieder in den Landtag ein; Möllemanns "Projekt 8" gilt als wegweisend für den BT-Wahlkampf 2002; Fortsetzung Rot-Grün
25.6.00		Künast und Kuhn Vorsitzende der Bündnisgrünen; Parteitag billigt Konzept über Atomausstieg
14.7.00		Bremen, Berlin und Brandenburg stimmen im Bundesrat für die rot-grüne Steuerreform
14./15.10.00		Zimmer wird Nachfolgerin von Lothar Bisky im PDS-Vorsitz
16.11.00		Rücktritt Klimmt als Bundesverkehrsminister, Nachfolger Bodewig
9.1.01		Rücktritt Funke als Bundeslandwirtschaftsminister und Fischer als Bundesgesundheitsministerin (BSE), Nachfolgerinnen Künast und Schmidt
25.3.01		LTW Baden-Württemberg Fortsetzung CDU-FDP-Koalition
		LTW Rheinland-Pfalz Fortsetzung SPD-FDP-Koalition
24.4.01		Die CDU gibt bekannt, dass Leisler Kiep eine Million Mark auf seinen Konten gefunden hat, die der CDU gehören könnten
29.8.01		Bundestag beschließt Teilnahme der Bundeswehr an Nato-Einsatz in Mazedonien (ohne UN-Mandat); keine Mehrheit von Rot-Grün
11.9.01		Terroranschlag in den USA
23.9.01		LTW Hamburg Machtwechsel; FDP schafft Einzug in die Bürgerschaft; Koalition CDU, FDP und "Schill-Partei", die sensationelle 19,4 Prozent erreicht
7.10.01		USA bombardieren Afghanistan

Datum	Woche	Ereignis
21.10.01		LTW Berlin SPD steigert sich auf knapp 30 Prozent; CDU stürzt von 41 Prozent auf 24 Prozent ab; FDP nach sechsjähriger Pause mit knapp 10% wieder im Parlament vertreten; SPD-PDS-Regierung
7.11.01		Bundeskabinett beschließt Militäreinsatz der Bundeswehr in Afghanistan; Kritik in der grünen Bundestagsfraktion
16.11.01		Schröder verbindet im Bundestag erfolgreich Militäreinsatz in Afghanistan mit Vertrauensfrage; rot-grüne Mehrheit erzwungen
24./25.11.01		Grüner Parteitag stimmt nach heftigen Auseinandersetzungen mit deutlicher Mehrheit für Militäreinsatz in Afghanistan und damit für Fortsetzung von Rot-Grün; Fischer stellt indirekt Vertrauensfrage
Mobilisierungsstärke der Union - Mobilisierungsschwäche der SPD		
11.1.02	2	Stoiber wird zum Kanzlerkandidaten nominiert
14.1.02	3	Stoiber plant Kompetenzwahlkampf um die besten Lösungen; Hauptthema wirtschaft und Arbeitslosigkeit, v.a. Änderung Gesetz über Scheinselbständigkeit, Streichung Ökosteuer-Erhöhung 2003, Korrektur Steuerreform, Mittelstandsförderung, Begrenzung Zuwanderung; keine Polarisierung
21.1.02	4	Die Bündnisgrünen treten zur Bundestagswahl mit dem Spitzenkandidaten J. Fischer an
28.1.02	5	Münchener stellt SPD-Wahlkampfstrategie vor: Wahl wird in den letzten sechs Wochen zwischen Schröder und Stoiber ("er oder ich") entschieden und zwar in der Mitte; keine Festlegung auf Fortsetzung Rot-Grün, Schwerpunkte Familien- und Gesundheitspolitik
März 02	9 ff.	Beginn Korruptions- und Spendenskandal SPD-NRW
1.3.02	9	Der Bundestag verabschiedet das Zuwanderungsgesetz
16./17.3.02	11	Die Bündnisgrünen verabschieden ein neues Grundsatzprogramm
22.3.02	12	Eklat im Bundesrat bei der Abstimmung über das Zuwanderungsgesetz
12.4.02	15	Piper stellt Wahlprogramm der FDP vor
21.4.02	16	LTW Sachsen-Anhalt Machtwechsel; SPD verliert 16 Prozentpunkte, Höppner tritt zurück, FDP erreicht über 13 Prozent und zieht nach vierjähriger Absenz wieder in Landtag ein; CDU-FDP-Koalition; unionsgeführte Länder haben nun Mehrheit im Bundesrat
24.4.02	16	Schröder stellt Regierungsprogramm der SPD vor ("Erneuerung und Zusammenhalt - Wir in Deutschland"); kein Lagerwahlkampf und kein Koalitionswahlkampf, SPD wolle Bündnis mit den Grünen, habe aber auch andere Optionen; "Programm für die gesellschaftliche Mitte" Die Bündnisgrünen beabsichtigen auch keinen Lagerwahlkampf und keinen Koalitionswahlkampf sondern einen Richtungswahlkampf
1.5.02	18	Schröder fordert auf Mai-Kundgebung Unterstützung von Gewerkschaften; Zwickel kritisiert Bundesregierung

Datum	Woche	Ereignis
4./5.5.02	18	Die Bündnisgrünen verabschieden Wahlprogramm; Parteitag spricht sich gegen militärische Intervention im Irak aus
6.5.02	19	Merkel und Stoiber präsentieren Wahlprogramm der Union ("Es ist Zeit für Taten")
10.5.02	19	Späth soll bei Wahlsieg unter Stoiber Wirtschaftsminister werden
10.-12.5.02	19	FDP-Parteitag; Westerwelle Kanzlerkandidat der FDP ("Partei für das ganze Volk"); Verabschiedung Wahlprogramm
Strategiewechsel und Mobilisierungserfolge der SPD		
13.5.02	20	Stoiber stellt sein "Kompetenz-Team" vor Schröder greift FDP ("will Sozialstaat kaputt machen") erstmals scharf an; Rede auf Funktionärskonferenz wird als Strategiewandel interpretiert: nicht mehr Personalisierung sondern Politisierung, Schröder verteidigt sozialdemokratisches Gesellschaftsmodell und setzt auf Partei und "Wir-Gefühl", massive inhaltliche Kritik an Union und FDP; "Wer hat das überzeugendere Programm?"; "personalisierter Richtungswahlkampf"; Hintergrund: Umfragetief, Kritik an Kampa und Machnig: fehlende emotionale Ansprache, Vernachlässigung von Stammwählern
	21-23	Möllemann-Affäre I (Kritik an Friedman und der Politik Israels mit antisemitischen Untertönen)
30.5.02	22	Struck über Wahlkampfstrategie der SPD: "Erst einmal gilt es, die eigenen Leute zusammenzuholen. Dann werden auch die Wechselwähler mitziehen"
2.6.02	22	Wahlparteitag der SPD; Verabschiedung Wahlprogramm; Schröder in den Schoß der Partei zurückgekehrt; schließt Koalition mit FDP aus
15.6.02	24	Erste Ergebnisse der PISA-Studie sickern durch
17./18.6.02	25	Wahlparteitag der CDU; Verabschiedung Wahlprogramm; Union präsentiert sich geschlossen hinter Stoiber und hoch motiviert
21.6.02	25	Erste Reformvorschläge der Hartz-Kommission werden bekannt; Beginn Hartz-Debatte
22.6.02	25	Rücktrittserklärung von Stolpe
28.6.02	26	Streit um Familienexpertin Reiche in Stoibers Kompetenz-Team
5.7.02	27	Scheitern der Verhandlungen UN - Irak über Rückkehr Waffeninspektoren
4.-16.7.02	27-29	Telekom-Krise 4.7.: Stoiber fordert Schröder in der Bild-Zeitung zum Eingreifen bei der Telekom auf; Kanzleramt betreibt angeblich Ablösung Sommers; Rücktritt Sommers
18.7.02	29	Rücktritt Bundesverteidigungsminister Scharping, Nachfolger Struck
26.7.02	30	Özdemir tritt wegen Flugmeilenauffäre als innenpolitischer Sprecher der Bündnisgrünen zurück

Datum	Woche	Ereignis
31.7.02	31	Gysi tritt wegen Flugmeilenaffäre als Berliner Wirtschaftssenator zurück und kündigt Rückzug aus der Politik an
5.8.02	32	SPD startet heiße Phase des Wahlkampfes (früher als ursprünglich geplant)
8.8.02	32	Schröder verwendet den Begriff "deutscher Weg" in einem Artikel der Bild-Zeitung
9.8.02	32	Schröder schließt in der ARD die deutsche Beteiligung an einer Militäraktion gegen den Irak aus
	33	Beginn Flutkatastrophe
25.8.02	34	Erstes TV-Duell Schröder - Stoiber
27.8.02	35	Cheney hält Präventivschlag gegen Iran für zwingend notwendig; Ziel sei nicht Rückkehr UN-Inspektoren sondern Sturz Saddams
2.9.02	36	Thierse hält Angriffskrieg gegen Irak für verfassungswidrig
8.9.02	36	Schröder im zweiten TV-Duell definitiv gegen Beteiligung Deutschlands an militärischer Intervention im Irak Sonderparteitag der FDP
9.9.02	37	Merkel kündigt Strategiewechsel der Union an ("schärfere Botschaften": Ausländer, Zuwanderung, Innere Sicherheit)
13.9.02	37	Meinungsforscher sehen Rot-Grün erstmals vor Schwarz-Gelb
15.9.02	37	Bisky kritisiert Wahlkampf der PDS
17.9.02	38	Möller-Affäre II (Faltblatt gegen Friedman und Sharon)
18.9.02	38	Däubler-Gmelin hat angeblich Bush mit Hitler verglichen
22.9.02	38	BTW Mehrheit für Rot-Grün; SPD und CDU/CSU gleich stark; Bündnisgrüne drittstärkste Partei; PDS scheitert an Fünf-Prozent-Hürde und nur mit zwei direkt gewählten Abgeordneten im Bundestag

Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum

- Nr. 1: Richard Stöss/Oskar Niedermayer: Rechtsextremismus, politische Unzufriedenheit und das Wählerpotential rechtsextremer Parteien in der Bundesrepublik im Frühsommer 1998, Berlin 1998, 29 S. (nur im Internet verfügbar: [http://www. polwiss.fu-berlin.de/osz/forschng.htm#Rechtsextremismus](http://www.polwiss.fu-berlin.de/osz/forschng.htm#Rechtsextremismus)).
- Nr. 2: Richard Stöss/Gero Neugebauer: Die SPD und die Bundestagswahl 1998. Ursachen und Risiken eines historischen Wahlsiegs unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Ostdeutschland, Berlin 1998, 74 S. (nur noch im Internet verfügbar: <http://www.polwiss.fu-berlin.de/osz/dokumente/PDF/btw98.pdf>).
- Nr. 3: Nils Diederich/Ingeborg Haag/Georg Cadel: Industrie- und Handelskammern in den neuen Bundesländern – Die Bedeutung von Regulations- und Interessenvermittlungsinstitutionen im Prozess der Neustrukturierung der Wirtschaft, Berlin, Februar 1999, 328 S. (vergriffen)
- Nr. 4: Richard Stöss: Gewerkschaften und Rechtsextremismus in der Region Berlin – Brandenburg im Mai/Juni 2000. Mit einem Anhang: Gewerkschaften und Rechtsextremismus in der Bundesrepublik 1998, Berlin, April 2001, 141 S. (nur noch im Internet verfügbar: <http://www.polwiss.fu-berlin.de/osz/dokumente/PDF/ahosz4.pdf>).
- Nr. 5: Richard Stöss: Zur Vernetzung der extremen Rechten in Europa. Referat auf dem DVPW-Kongress 2000 in Halle im Rahmen der Sektion "Politische Soziologie" am 4. Oktober 2000, Berlin, April 2001, 34 S. (nur im Internet verfügbar: [http://www. polwiss.fu-berlin.de/osz/forschng.htm#Vernetzung](http://www.polwiss.fu-berlin.de/osz/forschng.htm#Vernetzung)).
- Nr. 6: Elmar Brähler/Oskar Niedermayer: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Erhebung im April 2002, Berlin/Leipzig, September 2002, 24 S. (nur im Internet verfügbar: [http://www.polwiss.fu-berlin.de/osz/ forschng.htm#Braehler](http://www.polwiss.fu-berlin.de/osz/forschng.htm#Braehler)).